

Entwurf des Wahlprogramms DIE LINKE. Hessen zur Landtagswahl 2023

1. Einleitung	2
2. Unser Leben sicherer!	3
2.1. Unsere soziale Sicherheit garantiert	3
2.2. Unsere Gesundheit: wohnortnah und in besten Händen	4
2.3. Unsere Pflege stärken	8
2.4. Unsere Generation zählt	11
3. Unser Zuhause sicher und bezahlbar	12
3.1. Unseren Wohnraum nicht dem Markt überlassen - Mietenwahnsinn stoppen	13
3.2. Unseren Boden und unser Klima schützen und trotzdem bezahlbaren Wohnraum schaffen	14
3.3. Unser Wohnraum: Gemeinwohlorientierte Wohnungsgesellschaften fördern, Profitinteressen stoppen	16
3.4. Unsere Entscheidung wie wir wohnen: Wohnungswesen demokratisieren und Wohnen für alle ermöglichen	17
4. Unsere Arbeit gut und gerecht!	18
4.1. Unser Leben - Wir müssen von guter Arbeit leben können	18
4.2. Unsere Anliegen zählen: Den öffentlichen Sektor stärken	22
4.3. Unsere Wirtschaft, die den Menschen dient	24
5. Unsere Zukunft klimagerechter	28
5.1. Unsere Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten	28
5.2. Unseren Verkehr sozial und ökologisch gestalten - Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen	32
5.3. Unsere Gesundheit vor Profite - Luftverkehr sinnvoll planen	36
5.4. Unsere Landwirtschaft: Gesunde Nahrungsmittel, faire Preise, Schutz von Ressourcen, Klima, Umwelt, Tier und Mensch	38
5.5. Unsere Verantwortung: Tierschutz voranbringen und konsequent durchsetzen	41
5.6. Unsere Flächen schützen: Flächenschutz ist Klimaschutz – Nachhaltige Flächennutzung umsetzen	42
5.7. Unser Wasser - sauber und rein.	43
5.8. Unsere Wälder sind Klimaschutz – für eine ökologische Waldwende	46
6. Unsere Bildung gerechter	47
6.1. Unsere Kita: beste frühkindliche Bildung und kostenfrei	47
6.2. Unsere gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle	49
6.3. Wissenschaft und Hochschulen	57
6.4. Unsere junge Menschen brauchen Zukunft - eine gute Berufsausbildung gehört dazu	62
7. Unsere Welt friedlicher	63
7.1. Unser Hessen gegen Krieg	64
7.2. Unser solidarisches Europa	65
7.3. Unsere Idee der Internationale Entwicklungszusammenarbeit	67

8. Unsere Entscheidung: Ob in Stadt oder Land - überall gut	67
8.1. Unser Leben auf dem Land: Gleichwertig für alle	67
8.2. Unsere Kommune vor Ort: selbst verwaltet und demokratisch	71
9. Unser Miteinander demokratischer	74
9.1. Unsere Demokratie, Bürger*innenbeteiligung, Mitbestimmung und Wahlrecht, Transparenz	74
9.2. Unsere Versammlungsfreiheit - ohne Wenn und Aber	75
9.3. Unsere Medien sind Träger von Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie	76
9.4. Unseren Rechtsstaat gut ausstatten und demokratisieren	77
9.5. Unsere Polizei: reformiert und kontrolliert	78
9.6. Unser Verfassungsschutz gehört abgeschafft	80
9.7. Antifaschistisches Engagement ist unsere Aufgabe	81
9.8. Unser Schutz - Verbraucher*innenschutz	82
9.9. Unsere Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz	83
9.10. Unser Ehrenamt: Förderung und Wertschätzen	84
9.11. Unseren Breitensport fördern	85
9.12. Unsere Zukunft: digital wann und wo wir es brauchen	85
9.13. Unsere Kultur: divers, vielfältig und für alle zugänglich	87
10. Unsere Entscheidung: Wie wir leben und wer wir sind	89
10.1. Unsere Gleichberechtigung, unsere Emanzipation	89
10.2. Unser Geschlecht, unsere Sexualität, unsere Freiheit	92
10.3. Unser Leben: inklusiv und barrierefrei	92
10.4. Unsere Welt: grenzenlos solidarisch	95
10.5. Unser Hessen: vielfältig und gleichberechtigt	97
11. Unser Gemeinwesen gerecht finanzieren	99
11.1. Unser Geld: Sozial gerecht Umsteuern	99
11.2. Für Investitionen in unsere Zukunft	100
11.3. Geschlechtergerechter Haushalt - Gender Budgeting	102
12. LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag	102

1. Einleitung

Hessen braucht Veränderungen. Unser Ziel ist ein soziales, gerechtes, ökologisches, friedliches und vielfältiges Land. Wir wollen eine Politik, die soziale Sicherheit für alle schafft und auch im Alter, bei Erwerbslosigkeit oder Krankheit vor Armut schützt. Eine Politik, die für gute Arbeitsplätze und armutsfeste Löhne ebenso sorgt wie für bezahlbare Mieten in den Städten und niedrige Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen, dass niemand Angst vor der nächsten Gas- oder Stromrechnung haben muss. Wir wollen eine Bildungspolitik, die von der Kindertagesstätte (Kita) über die Schule bis zur Ausbildung und Uni alle Talente und Begabungen fördert - längeres gemeinsames Lernen ist dafür ein Schlüssel. Wir wollen ein Land, das der Klimakrise entschlossen die Stirn bietet, in erneuerbare Energien investiert und die sozial-ökologische Transformation als öffentlichen Auftrag begreift. Ein Land, das in Krankenhäuser, Schulen und Bahnschienen investiert, um auch kommenden Generationen eine zeitgemäße Infrastruktur zu hinterlassen. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gut und gerne leben können – frei von Diskriminierung, Ausgrenzung und Unterdrückung. Ein Land mit einer gestärkten demokratischen Zivilgesellschaft, die Hass und Hetze den Nährboden entzieht und entschieden rechte Gewalt und rechten Terror bekämpft. Wir wollen ein Land, in dem Reiche und Vermögende gerecht besteuert werden, um unser aller Gemeinwesen auskömmlich zu finanzieren. Kurzum: Wir wollen ein Hessen, in dem Solidarität und Gemeinsinn im Mittelpunkt stehen, statt Konkurrenzdenken und Egoismus.

Seit vierundzwanzig Jahren regiert die CDU in Hessen, seit neun Jahren im Schulterschluss mit Bündnis 90/Die Grünen. Unter Schwarz-Grün ist die Armut gewachsen, der Reichtum von Wenigen gestiegen, die Mieten sind weiter in die Höhe geschneilt, Energie-, Verkehrs- und Agrarwende stocken. Die Bildung ist nach wie vor unterfinanziert, der Ausbau von Ganztagschulen kommt nicht voran, Kita-Plätze fehlen und der Bildungserfolg ist weiterhin stark abhängig von Einkommen, Vermögen und Herkunft der Eltern. Krankenhäuser, Schulen und öffentliche Einrichtungen sind oft marode oder werden vielfach ihren Ansprüchen nicht gerecht. Hass, Hetze und Ausgrenzung sind der Nährboden, auf dem rechte Gewalt erwächst. Zu oft hat der Staat im Kampf gegen den rechten Terror versagt: die Morde des NSU, die Ermordung Dr. Lübckes und der rassistische Terroranschlag in Hanau belegen das.

Die Bilanz der schwarz-grünen Landesregierung fällt düster aus. In vielen Bereichen liegt das finanzstarke Bundesland Hessen heute hinten. Das war einmal anders. Hessen galt in der alten Bonner Republik einst als Land des Fortschritts, des Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit. Das „rote Hessen“ stand für Bildungsgerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie den Anspruch, Gesellschaft und Wirtschaft demokratischer zu gestalten. An dieses verschüttete Erbe wollen wir nach den Jahren der CDU-Regentschaft erinnern und es für das 21. Jahrhundert erneuern.

41 Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für:

- 42 ● Soziale Sicherheit und gute Arbeit
- 43 ● Bezahlbare Mieten und ein sicheres Zuhause
- 44 ● Klimagerechte Zukunft durch Energie-, Verkehrs- und Agrarwende
- 45 ● Gerechte Bildung für alle
- 46 ● Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- 47 ● Vorrang für das Öffentliche und ein gut ausgebautes Gemeinwesen

48 Ob Corona-Pandemie oder die Preissteigerungen in Folge des Ukraine-Krieges: In
49 den Krisen der letzten Jahre sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden.
50 Weder die Regierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Bund noch
51 Schwarz-Grün in Hessen haben es geschafft, die Menschen vor den Krisenfolgen zu
52 schützen. Unterstützende Maßnahmen kamen zu spät, begünstigten die ohnehin
53 Besserverdienenden oder blieben ganz aus. Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen,
54 Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein. Die Regierenden in Berlin
55 und Wiesbaden müssen dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen
56 sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückgedrängt wird.

57 DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu
58 verbessern. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit Partner*innen, mit denen
59 es möglich ist, einen echten Politikwechsel durchzusetzen und Hessen sozialer,
60 ökologischer und gerechter zu machen. Für diese Ziele wollen wir weiter Druck
61 machen. Ob von der Oppositions- oder von der Regierungsbank aus: Für uns ist es
62 entscheidend, dass sich die Politik verändert.

63 Gemeinsam mit Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit
64 streikenden Belegschaften, Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger*innen-,
65 Umwelt-, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen, Geflüchtetenhelfer*innen, kritischen
66 Intellektuellen und vielen anderen arbeiten wir an gesellschaftlichen Mehrheiten für
67 Solidarität und Gerechtigkeit. Die Möglichkeiten, über das Parlament Veränderungen
68 zu erreichen, steigen, wenn der Druck aus der Gesellschaft wächst.

69 Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophen: Der Kapitalismus bleibt
70 die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Als dessen Folge jagt
71 eine Krise die nächste. Auf der Strecke bleiben Mensch, Natur, Zusammenhalt und
72 Demokratie. Damit finden wir uns nicht ab. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft
73 des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und die Natur und nicht das
74 Streben nach Profit im Mittelpunkt stehen.

75 Ändern wir Hessen und die Welt. Es ist höchste Zeit!

76 Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein soziales, gerechtes, ökologisches,
77 friedliches und vielfältiges Hessen. Machen Sie sich ein Bild von unserem Programm
78 und wählen Sie am xx.xx 2023 DIE LINKE!

79 **2. Unser Leben sicherer!**

80 **2.1. Unsere soziale Sicherheit garantiert**

81 DIE LINKE strebt nach einer Gesellschaft des sozialen Zusammenhalts und der
82 Solidarität. Wir wollen, dass alle ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial
83 abgesichert leben können. Alle Menschen sollen den gleichen Zugang zu
84 gemeinschaftlichen Gütern und Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Hilfe in
85 der Not erhalten. Dafür braucht Hessen einen Politikwechsel hin zu sozialer
86 Gerechtigkeit. DIE LINKE ist die einzige parlamentarische Kraft in Deutschland, die zu
87 einer solchen Politik bereit ist. Wir haben konkrete Lösungen, die kleine und mittlere
88 Einkommen entlasten und Sozialleistungsbeziehenden ein Leben mit voller Teilhabe
89 ermöglichen. Wir streiten in Kommune, Land und Bund an der Seite sozialer
90 Bewegungen für eine inklusive Gesellschaft, die alle abholt.

91 Der Sozialstaat in Deutschland bietet keinen Schutz für alle Menschen. Hartz IV,
92 Niedriglohn und Riesterreute sind die Realität von Millionen in unserem Land, auch
93 wenn sie nun als Bürgergeld, 520-Euro-Jobs oder Aktienrente daherkommen. Die
94 Ampelkoalition versagt bei einer dringend erforderlichen sozialen Kehrtwende und der
95 notwendigen Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten. Nur wer die Reichen
96 und Krisengewinner*innen in gesellschaftliche Verantwortung nimmt, kann die
97 zunehmende Spaltung in unserem Land aufhalten.

98 Noch nie waren so viele Menschen in Hessen armutsbetroffen. In zehn Jahren
99 schwarz-grüner Regierung hat sich die Zahl der Menschen in Armut verdoppelt. Der
100 ländliche Raum verödet. In vielen Kommunen werden soziale Angebote ausgedünnt.
101 Es herrscht massiver Fachkräftemangel in den Sozial- und Gesundheitsberufen.
102 Krankenhäuser werden ohne wohnortnahen Ersatz geschlossen. Ein Drittel der
103 hessischen Geburtsstationen wurde trotz steigender Geburtenrate in den
104 vergangenen 15 Jahren dichtgemacht. Das sind nur wenige Beispiele für das
105 politische Versagen der aktuellen Landesregierung.

106 Statt dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen, haben wir als LINKE zusammen mit
107 vielen Bündnispartner*innen konkrete Alternativen entwickelt. Wir wollen deutlich
108 weniger befristete Modellprojekte: Soziale Politik braucht eine dauerhafte und
109 angemessene Finanzierung, die alle Menschen in Hessen erreicht und eine
110 verlässliche Perspektive schafft.

111 Dazu braucht es bessere Rahmenbedingungen auf Bundesebene; etwa eine
112 existenzsichernde und sanktionsfreie Mindestsicherung, eine eigenständige
113 Kindergrundsicherung und eine Mindestrente, die den Lebensstandard sichert.
114 Prekäre Erwerbsformen wie sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und
115 Werkverträge gehören verboten oder deutlich erschwert.

116 Auch in Hessen müssen Weichen gestellt werden, um Armut zu überwinden. Aktuell
117 ist jeder fünfte Mensch in Hessen armutsbetroffen. Bei Kindern, Jugendlichen und
118 Alleinerziehenden ist die Quote deutlich höher. Armut bedeutet gesellschaftlicher
119 Ausschluss. Dem stellen wir uns entgegen.

120 DIE LINKE will:

- 121 ● **Armutsreduzierung zum politischen Schwerpunkt der kommenden**
122 **Wahlperiode machen:** Wir wollen die Zahl der armutsbetroffenen Menschen
123 in den kommenden fünf Jahren deutlich reduzieren.
- 124 ● **Die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und kostenfrei zugänglich**
125 **machen:** Museen, Schwimmbäder, Kultur und Kunst, Bildung, Bibliotheken,
126 öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und viele andere Leistungen sollen
127 unentgeltlich für alle Menschen nutzbar werden. Wo dies noch nicht der Fall ist,
128 muss geplant werden, wie das zu erreichen ist. Für Menschen in Armut soll ein
129 kostenloser Zugang als erster Schritt verwirklicht werden.
- 130 ● **Alle Maßnahmen im Landeshaushalt auf ihre Auswirkungen auf**
131 **gesellschaftliche Teilhabe hin überprüfen:** Zur Überwindung von Armut
132 müssen deutlich mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die
133 kommunalisierten sozialen Hilfen müssen erhöht und jährlich an Lohn- und
134 Kostensteigerungen angepasst werden.
- 135 ● **Einen Landesaktionsplan zur Sicherung der sozialen Teilhabe:**
136 Armutsursachen müssen wissenschaftlich untersucht und passgenaue
137 Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Dazu gehören Land und Kommunen,
138 Gewerkschaften und soziale Träger an einen gemeinsamen Tisch. Mit Sofort-,
139 kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sagen wir der Armut den Kampf an.
- 140 ● **Kinder- und Jugendarmut überwinden:** Armut verbaut jungen Menschen das
141 ganze Leben. In allen Kommunen müssen Strukturen entwickelt werden, um
142 ihnen einen gleichberechtigten Zugang und ein armutsfreies Aufwachsen zu
143 ermöglichen. Präventionsketten sollen sicherstellen, dass alle vorhandenen
144 Angebote verbunden und auf Alter und Lebensphasen abgestimmt werden. Bei
145 Übergängen (z.B. von der Kita in die Schule) sollen keine Lücken entstehen.
- 146 ● **Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden:** Wir wollen
147 Zwangsräumungen und Energiesperren verbieten. Wir stellen Mittel bereit,
148 damit in den Kommunen Wohnungssicherungsstellen eingerichtet werden.
149 Modelle wie „Housing First“ werden wir mit Landesmitteln unterstützen. Die
150 Kosten der Unterkunft und Heizung von Sozialleistungsbeziehenden müssen
151 vollständig erstattet werden.

152 2.2. Unsere Gesundheit: wohnortnah und in besten Händen

153 Gesundheit darf keine Ware sein! Krankenhäuser müssen Menschen gesund machen
154 und keinen Profit. Privatisierung und Fallpauschalen sind zurecht gescheitert. Die
155 Lösung liegt in der Rückkehr der stationären Gesundheitsversorgung in öffentliche

156 und gemeinnützige Hand. Medizinische Versorgungszentren sollen kommunal oder
157 genossenschaftlich organisiert sein. Gesundheitsversorgung mit guten
158 Arbeitsbedingungen und eine patient*innenorientierte Medizin ist unsere Vision. Die
159 Grenzen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzt*innen müssen - immer
160 orientiert an der besten medizinischen Versorgung der Patient*innen - eingerissen
161 werden.

162 All das galt vor und erst recht nach der Corona-Pandemie: Die Pandemie hat die
163 Missstände für alle Menschen offengelegt, die Ursachen sind aber nicht dort zu
164 suchen. Pflegenotstand, Hebammenmangel, die Ausbeutung der Heilberufe, die
165 Unterfinanzierung der Gesundheitsämter, mangelnde Digitalisierung, Fehlanreize
166 durch Privatisierung und vieles mehr sind lange bekannt.

167 Für eine gute Gesundheitsversorgung für alle brauchen wir auf Bundesebene die
168 Bürger*innenversicherung, in die alle einzahlen und aus der alle Leistungen getragen
169 werden – ohne Zuzahlungspflichten. Diese wollen wir im Bund durchsetzen.

170 DIE LINKE will:

- 171 ● **Gesundheitsprävention deutlich ausbauen:** Statt immer mehr Geld in die
172 Nachsorge zu investieren, wollen wir die gesundheitliche Vorsorge stärken.
173 Prävention, Rehabilitation und frühzeitige medizinische Beratung müssen allen
174 Menschen zugänglich sein. Arbeitsbedingungen dürfen nicht krank machen.
175 Wir fordern mehr Personal beim Land für Arbeitsschutzkontrollen.
- 176 ● **Die medizinische Versorgung in der Fläche garantieren:** Wir brauchen eine
177 Gesundheitsplanung von den Kommunen über die Gesundheitsregionen bis
178 zum Land. Unser „Gesundheitsplan für Hessen“ zeigt, wie wir die Versorgung
179 mit Kliniken und Krankenhäusern an qualitativen Kriterien bemessen und
180 zugleich für jede*n die Erreichbarkeit der stationären Grund- und
181 Notfallversorgung in 30 Minuten mit Bus und Bahn sicherstellen. Dazu schaffen
182 wir abgestimmte und gestufte Angebote, natürlich in öffentlicher,
183 genossenschaftlicher oder gemeinnütziger Hand. Zur Sicherung der
184 ambulanten ärztlichen Versorgung wollen wir unter anderem mit der Stärkung
185 des ländlichen Raums die Bedingungen für junge Ärzt*innen verbessern. Die
186 Landarztquote stellt nur ein Placebo dar. Wir wollen daher die
187 Hochschulmedizin und deren Ausbildungsbestandteile im ländlichen Raum
188 deutlich ausbauen und für mehr Fachrichtungen öffnen. Wir unterstützen die
189 Kommunen dabei, medizinische Versorgungszentren zu etablieren, Ärzt*innen
190 anzustellen und so von Niederlassungsdruck und Bürokratie zu entlasten.
- 191 ● **Krankenhausinvestitionen erhöhen:** Hessen spart hier an der falschen
192 Stelle: Der größte Teil der Mittel wird über die Krankenhausumlage von den
193 Kommunen eingesammelt, das Land selbst gibt kaum etwas. Im Ergebnis fehlt
194 den Krankenhäusern Jahr für Jahr ein dreistelliger Millionenbetrag für
195 Investitionen. Das geht auf Kosten der Beschäftigten und Patient*innen. Die

196 notwendigen Krankenhausinvestitionen müssen vollständig aus Landesmitteln
197 erstattet werden.

198 ● **Kommunale Kliniken erhalten und Privatisierungen rückgängig machen:**
199 Gerade kommunale Kliniken, die grundlegend für die stationäre Nahversorgung
200 sind, stehen unter Finanzdruck. Sie können sich nicht nur auf lukrative
201 medizinische Angebote begrenzen. Daher müssen sie gut ausfinanziert
202 werden, um keine weitere Schließungs- oder Privatisierungswelle nach Corona
203 zu erleben. Wir wollen, dass kleinere Kliniken erhalten und zu intersektoralen
204 Gesundheitszentren weiterentwickelt werden. So verzahnen wir stationäre und
205 ambulante Angebote, schaffen gute Rahmenbedingungen für Kurzzeit-Reha
206 und -Pflege, kooperieren mit therapeutischen Berufen und niedergelassenen
207 Ärzt*innen. Wo Kliniken schon privatisiert sind, fordern wir einen Krankenhaus-
208 Rückkauffonds des Landes, damit Kommunen die Gesundheitsversorgung
209 wieder in öffentliche Hand nehmen können.

210 ● **Das Universitätsklinikum Gießen und Marburg wieder in öffentliches**
211 **Eigentum zurückführen:** Die Privatisierung des UKGM muss rückgängig
212 gemacht werden. Ein wissenschaftliches Gutachten unserer Landtagsfraktion,
213 der Gewerkschaft ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung belegt: Eine
214 Vergesellschaftung auf der Basis des Grundgesetzes ist möglich! Ein
215 landeseigenes Klinikum bietet die besten Voraussetzungen, um gute
216 Arbeitsbedingungen, qualitativ hochwertige Forschung und Lehre und eine
217 optimale Patient*innenversorgung zu garantieren.

218 ● **Bessere Arbeitsbedingungen an den Kliniken:** Wir fordern
219 wissenschaftliche Personalmindeststandards für alle Stationen und
220 unterstützen Entlastungstarifverträge. Nur, wenn die Arbeitsbedingungen
221 deutlich verbessert werden, bekommen wir den Pflegenotstand in den Griff (s.
222 Kapitel „Unsere Pflege stärken“). Ebenso braucht es eine Entlastung der
223 Kliniken mit einer besseren Patient*innensteuerung: Alle grundversorgenden
224 Kliniken brauchen eine direkte örtliche Anbindung an den Ärztlichen
225 Bereitschaftsdienst („Höchster Tressen“).

226 ● **Den Hebammenmangel überwinden:** Der runde Tisch zur
227 Hebammenversorgung hat viele richtungweisende Ideen entwickelt. Aber die
228 hessische Landesregierung verschläft die Umsetzung und sieht weiterhin
229 tatenlos zu, wenn Geburtsstationen in Hessen geschlossen werden. Wir wollen
230 eine Eins-zu-Eins-Betreuung bei der Geburt und die freie Wahl des
231 Geburtsortes sicherstellen. Um das Berufsbild attraktiver zu gestalten, werden
232 wir uns dafür einsetzen, der Expertise der Hebammen durch Akademisierung,
233 Anerkennung und berufliche Aufwertung Rechnung zu tragen.

234 ● **Frauen*gesundheit fördern:** Medizinische Forschung und
235 Medikamententests orientieren sich in aller Regel am männlichen Körper. In
236 der Folge werden medizinische Bedürfnisse von Frauen* nicht ausreichend
237 beachtet. Wir wollen Forschungsvorhaben unterstützen, die die
238 Unterschiedlichkeit der Geschlechter im Blick behalten. Wir wollen, dass
239 Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Gebäuden in Hessen kostenfrei

240 bereitgestellt werden. Verhütungsmittel müssen Kassenleistung sein.
241 Flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen und Ärzt*innen für
242 körperliche Selbstbestimmung. Schwangerschaftsabbruch muss raus aus dem
243 Strafgesetzbuch; in der Praxis müssen Schwangerschaftsabbrüche durch
244 Zugang zu Beratungsstellen und Ärzt*innen möglich gemacht werden.

245 ● **Therapeutische Berufe stärken:** Medizinische Heilberufe sind für die
246 medizinische Versorgung und funktionierende Prävention unverzichtbar. Doch
247 auch Physiotherapie, Logopädie und viele andere Fachrichtungen sind vom
248 Schulsterben und Nachwuchsmangel betroffen. Wir unterstützen den Wunsch
249 vieler Fachgesellschaften nach der Akademisierung der Ausbildung, um
250 zeitgemäße Abschlüsse und Ausbildungsattraktivität zu erreichen. Ihre Arbeit
251 muss besser vergütet werden. Auch Therapeut*innen sollen kommunale
252 Förderung, Anstellung und Unterstützung erhalten, um sich verstärkt im
253 ländlichen Raum anzusiedeln.

254 ● **Rettungsdienste besser anbinden:** Die gesetzlich vorgegebenen
255 Rettungszeiten werden vielerorts in Hessen nur auf dem Papier erfüllt. Hessen
256 muss mehr Geld in die Hand nehmen, um Rettungskapazitäten auszubauen,
257 die Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen müssen dringend verbessert werden.
258 Um bei Notfällen eine bessere Vernetzung von Rettenden und Kliniken zu
259 erzielen, müssen deutlich mehr Mittel in Digitalisierung fließen. Die im SaN-
260 Projekt erprobte Verzahnung der Rettungsdienste mit niedergelassenen
261 Ärzt*innen wollen wir flächendeckend in Hessen umsetzen.

262 ● **Eine zügigere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in**
263 **medizinischen Berufen:** Medizinische Fachkräfte, die bei uns arbeiten wollen,
264 warten teils Jahre bis zu ihrer beruflichen Anerkennung. Wir fordern mindestens
265 vierteljährliche Anerkennungsprüfungen für alle Berufsgruppen und mehr
266 Personal für eine schnellere Abarbeitung im zuständigen Landesamt.

267 ● **Nicht krankenversicherte Menschen medizinisch angemessen versorgen:**
268 Trotz Krankenversicherungspflicht sind hunderttausende Menschen nicht
269 versichert oder wegen Beitragsschulden oder gesetzlich auf eine
270 Minimalversorgung beschränkt. Wir wollen flächendeckende unabhängige
271 Clearingstellen, die Menschen den Weg zurück in die Krankenversicherung
272 ebnen und einen Behandlungsfonds, um Menschen in Not eine angemessene
273 Gesundheitsversorgung zu garantieren. Wir fordern eine Initiative zur
274 Streichung von Beitragsschulden.

275 ● **Eine moderne Psychiatrie ohne Zwang:** Psychische Erkrankungen sind noch
276 immer tabuisiert, Betroffene werden an den Rand gedrängt. Das spiegelt sich
277 in der medizinischen Unterversorgung. Statt jedes Jahr immer mehr Millionen
278 in die Verwahrung psychisch kranker Straftäter*innen im Maßregelvollzug zu
279 investieren, wollen wir präventive Angebote ausbauen, die viele chronische
280 Verläufe mit ihren Folgen verhindern würden.

281 ● **Wir fordern flächendeckende Krisendienste, die rund um die Uhr**
282 **erreichbar und mit Fachpersonal sowie Krisenzimmern und -pensionen**
283 **ausgestattet sind:** Bei Bedarf muss aufsuchende Arbeit möglich sein, dafür

284 braucht es Ressourcen. Selbsthilfe, Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige
285 müssen viel stärker eingebunden und unterstützt werden. In den Kliniken
286 müssen Selbstbestimmung und Zwangsfreiheit einen viel höheren Stellenwert
287 erhalten. Dazu braucht es mehr Personal, bauliche Veränderungen, aber auch
288 ein neues Selbstverständnis für eine moderne Psychiatrie.
289 Besuchskommissionen und unabhängige Ansprechpersonen müssen gestärkt
290 werden.

- 291 ● **Digitalisierung zum Wohl der Menschen:** Ob eine digitale Anwendung im
292 Gesundheitswesen eingesetzt werden soll oder nicht, darf sich nur daran
293 bemessen, ob es zu besserer Patient*innenversorgung und verbesserten
294 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten beiträgt. Die digitale Dividende muss
295 für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt werden.
- 296 ● **UN-AIDS-Ziele endlich erreichen:** Die Prävention von HIV-Erkrankungen
297 braucht einen höheren Stellenwert in Hessen. Wir fordern mehr Unterstützung
298 für die Arbeit der AIDS-Hilfen und von Schwerpunktpraxen, auch um das Stadt-
299 Land-Gefälle bei Anlaufstellen und qualifizierten Ansprechpersonen zu
300 überwinden. Es braucht einen erleichterten Zugang zur
301 Präexpositionsprophylaxe (PrEP). Vorurteilen und Unwissenheit muss mit
302 zeitgemäßer Aufklärungsarbeit begegnet werden.
- 303 ● **Klimagerechte Kliniken schaffen:** Auch Krankenhäuser müssen zur
304 Begrenzung des Klimawandels beitragen. Wir fordern ein
305 Investitionsprogramm des Landes für den klimagerechten Umbau. Kliniken
306 bieten ideale Bedingungen für Solarfassaden und -dächer, vertikale
307 Windkraftanlagen und eine effektive Abwärmenutzung. Nachhaltige
308 Beschaffung und die Reduzierung von Abfällen müssen verstärkt werden.
309 Jobtickets und Jobbikes schonen nicht nur die Umwelt, sondern fördern auch
310 die Attraktivität der Kliniken für Jobsuchende. Nicht zuletzt bedeutet
311 Klimafolgenanpassung auch große medizinische Herausforderungen durch
312 veränderte Krankheitsbilder oder neue, bisher in Deutschland untypische
313 Gesundheitsgefahren.

314 2.3. Unsere Pflege stärken

315 Wir alle sind potenzielle Patient*innen. Wir erwarten zu Recht, dass Menschen in
316 Pflegeheimen, Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden.
317 Dazu will DIE LINKE einen radikalen Richtungswechsel in der Gesundheits- und
318 Pflegepolitik einleiten: Gesundheit vor Profit!

319 Der Pflegenotstand ist hausgemacht: In den 1990er und 2000er Jahren wurden in
320 Deutschland wegen angeblicher Unwirtschaftlichkeit fast 100.000 Pflegestellen an
321 Kliniken ersatzlos gestrichen. Diese Fachkräfte, die mit Ausgliederung und
322 verschlechterten Arbeitsbedingungen erst vertrieben wurden, fehlen jetzt in den
323 Kliniken und Betreuungseinrichtungen.

324 Dieses System ist spätestens mit der Corona-Pandemie in allen Bereichen an seine
325 Grenzen gestoßen. Pflegende Angehörige, die den größten Anteil der Pflegearbeit
326 leisten, erhalten kaum Unterstützung. Pflegekräfte verlassen ihren Beruf oder
327 reduzieren ihre Arbeitszeiten, fast ein Drittel bricht schon während der Ausbildung ab.
328 Auf Bundesebene fordert DIE LINKE eine Pflege-Vollversicherung, die alle
329 Pflegekosten abdeckt, damit das Einkommen nicht über den Pflegestandard
330 entscheidet und Pflegende angemessen bezahlt werden können.

331 DIE LINKE unterstützt den Kampf der Pflegekräfte für bessere Arbeits- und
332 Lohnbedingungen. Streikende Pflegekräfte und ihr Kampf für Entlastungstarifverträge
333 sind ein wichtiger Schlüssel für eine humane Pflege.

334 DIE LINKE will:

- 335 ● **Ein Pflegeplan für Hessen:** Die komplexe Situation in der Pflege erfordert ein
336 abgestimmtes Vorgehen in allen Bereichen. Wir haben einen „Pflegeplan für
337 Hessen“ vorgelegt, der alle Seiten – stationär und ambulant, Kranken- wie
338 Altenpflege – würdigt und gemeinsame, wie auch spezifische Verbesserungen
339 vorschlägt.
- 340 ● **Bessere Unterstützung für pflegende Angehörige:** Rund 85 Prozent der
341 Pflegebedürftigen werden zuhause und in erster Linie durch Angehörige
342 gepflegt. Vorwiegend tun dies Frauen* mit den entsprechenden Nachteilen bei
343 Erwerbszeiten und Rente. Es fehlt an Unterstützung und Beratung für
344 pflegende Angehörige. Deshalb wollen wir einen Ausbau der
345 Pflegestützpunkte in Hessen, damit diese wohnortnah erreichbar und
346 aufsuchend tätig sein können. Wir wollen ein Landesinvestitionsprogramm zum
347 Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, damit auch pflegende Angehörige
348 Pausenzeiten bekommen und die Nachteile im Erwerbsleben begrenzt werden.
349 Wohnraum von Pflegebedürftigen muss, staatlich gefördert, barrierefrei
350 umgebaut werden, um den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder bei der
351 Familie zu ermöglichen.
- 352 ● **Bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und ein**
353 **allgemeinverbindlicher Tarifvertrag in der Pflege:** Pflegekräfte müssen
354 entlastet, angemessen entlohnt und tarifvertraglich geschützt werden. Wir
355 brauchen eine gesetzlich verankerte Personalbemessung und
356 Personalmindeststandards in allen Bereichen des Gesundheitswesens.
357 Arbeits- und Gesundheitsschutz sind zu kontrollieren und durchzusetzen. Die
358 Einführung der 30-Stunden-Woche für Pflegekräfte bei vollem Lohn- und
359 Personalausgleich muss in großen Schritten angegangen werden.
360 Auszubildende brauchen gute Rahmenbedingungen, passgenaue Anleitung
361 und dürfen keine Lückenbüßer des Fachkräftemangels sein. Hessen muss
362 mehr für die Gewinnung von Lehrkräften an den Pflegeschulen tun.
- 363 ● **Pflegekräfte (zurück-)gewinnen:** In Deutschland fehlen 200.000 Pflegekräfte,
364 in Hessen sind es mindestens 12.000. Die Lösung liegt in der Abkehr der

365 Ökonomisierung der Pflege: Mindestens 300.000 Pflegekräfte in Deutschland
366 wären bereit wieder in ihren Beruf zurückzukehren oder von Teilzeit in Vollzeit
367 zu wechseln, wenn statt Arbeitshetze und Bürokratie vernünftige Löhne und
368 Zeit für die Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stünden. Heruntergebrochen auf
369 Hessen stünden bei uns bis zu 40.000 Pflegekräfte für eine Rückkehr bereit.
370 Doch statt gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, setzen viele
371 Arbeitgeber*innen – unterstützt von der hessischen Landesregierung – auf
372 Anwerbung von Pflegekräften auf der ganzen Welt, um die ausbeuterischen
373 Modelle aufrechterhalten zu können. Damit wird der Pflegenotstand nur in
374 andere Regionen der Welt transferiert. Natürlich ist uns jede Pflegekraft, die
375 nach Hessen kommt, herzlich willkommen. Die Anerkennung ausländischer
376 beruflicher Abschlüsse muss deutlich beschleunigt werden. Die Überwindung
377 des Pflegenotstands kann aber nicht durch internationale Abwerbung, sondern
378 nur durch angemessene Bedingungen für die Pflege gelingen.

379 ● **Bessere und kleinere Pflegeeinrichtungen:** Wir fördern alternative
380 Wohngruppen, Pflege-Wohngemeinschaften und genossenschaftliche
381 Unterstützungsstrukturen. Kommunen und kommunale Altenhilfeplanung
382 müssen hier als Anbieter gestärkt werden. Wir wollen flächendeckend
383 kommunale oder genossenschaftliche ambulante Gesundheitszentren in
384 Verbindung mit Pflegeeinrichtungen und angedockten Pflegediensten.
385 Pflegeeinrichtungen unterstützen wir bei Digitalisierung und Modernisierung -
386 immer mit dem Fokus, dass Pflegekräfte und Menschen mit Pflegebedarf davon
387 profitieren. Das Land muss sich an den Investitionen der
388 Senior*inneneinrichtungen beteiligen, auch um die Pflegebedürftigen und ihre
389 Familien finanziell zu entlasten. Profitorientierte Konzerne haben in der Pflege
390 nichts zu suchen. Wir unterstützen sensible Pflege, die die besonderen
391 Bedürfnisse von älteren Migrant*innen, queeren Personen und suchterkrankten
392 Menschen berücksichtigt.

393 ● **Eine Demenzstrategie für Hessen:** Wir wollen einen umfassenden Ansatz
394 schaffen, der die Öffentlichkeit sensibilisiert, Ängste abbaut und Demenz
395 enttabuisiert. Dafür müssen Beratungsangebote insbesondere für pflegende
396 Angehörige verbessert werden. Ein ständiges Expertengremium bei der
397 hessischen Landesregierung muss zur Erfassung der Lage und Erarbeitung
398 weiterer notwendiger Schritte etabliert werden. Mit einem Investitionspaket
399 wollen wir den Um- und Ausbau stationärer Einrichtungen in Hessen, der sich
400 am Pflegebedarf demenziell Erkrankter orientiert, ermöglichen und
401 insbesondere auch die Kommunen in der Koordination für eine gute Pflege
402 stärken. Zusammen mit kommunalen Gesundheits- und Pflegekonferenzen
403 sollen Konzepte für alternative Wohngruppen für demenziell Erkrankte mit einer
404 möglichst weitgehenden Selbstbestimmung erarbeitet, gezielt gefördert und
405 umgesetzt werden.

406 2.4. Unsere Generation zählt

407 Ob Jung oder Alt – Teilhabe muss für alle möglich sein. Dafür gilt es, gesellschaftliche
408 Hürden zu beseitigen. Wir wollen die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie alle
409 zielgerichtet unterstützen können und die gesetzlichen Rahmenbedingungen so
410 setzen, dass Mitwirkung für alle möglich wird. Erfolgreiche Modellprojekte der
411 Generationenarbeit müssen flächendeckend verwirklicht werden können.

412 DIE LINKE will:

- 413 ● **Kinder- und Jugendrechte garantieren:** Seit fünf Jahren sind die Kinder- und
414 Jugendrechte Teil der Hessischen Verfassung. Wirklich verändert hat sich
415 dadurch für die meisten Kinder und Jugendlichen nichts. Es hängt immer noch
416 vom Geburts- bzw. Wohnort ab, inwieweit Kinder und Jugendliche teilhaben
417 können – und vom Geldbeutel der Eltern. Kinder- und Jugendrechte müssen
418 gelebt werden. Wir wollen daher, dass in allen Kommunen Mitwirkungsgremien
419 für Kinder und Jugendliche existieren. Das Wahlalter gehört in Kommunen und
420 in Hessen auf 16 Jahre gesenkt. Schulen müssen demokratisiert werden.
421 Überall muss es nicht-kommerzielle öffentliche Angebote geben, bestenfalls
422 kostenfrei oder wenigstens für Familien bezahlbar. Jedes Kind, jede*r
423 Jugendliche muss kostenfrei ins Museum gehen oder ein Musikinstrument
424 erlernen können.
- 425 ● **Freiräume schaffen und ausbauen:** Wir wollen Jugendzentren erhalten und
426 Freizeitangebote ausbauen. Jugendzentren brauchen qualifiziertes und gut
427 ausgebildetes Personal. Zudem wollen wir den Einsatz von Streetwork stärken.
428 Die Finanzierung der Jugendverbände muss auf eine verlässliche Basis gestellt
429 werden.
- 430 ● **Familien besser unterstützen:** Familie, egal wie konkret definiert, ist ein
431 wichtiger und generationenübergreifender Faktor im Zusammenleben der
432 meisten Menschen. Hier finden Menschen wichtige Bezugspersonen, Liebe
433 und Geborgenheit, aber natürlich auch Streit und Konflikte. Bei Problemen
434 braucht es niedrigschwellige Beratung und Unterstützung. Viele Anlaufstellen
435 sind ebenso wie die Jugendämter überlastet. Es braucht mehr
436 Personalkapazitäten, um nicht nur in Notfällen intervenieren zu können,
437 sondern schon durch funktionierende Strukturen präventiv wirksam zu sein.
438 Dabei muss der Fokus auf den Schutz und die Bedürfnisse von Kindern und
439 Jugendlichen gerichtet werden.
- 440 ● **Zusammenhalt der Generationen stärken:** In den hessischen Kommunen
441 gibt es funktionierende Generationenarbeit, wie vielfältige Modellprojekte
442 belegen. Wir wollen das interkommunale Lernen fördern, um solche Projekte
443 für mehr Menschen im eigenen Wohnumfeld erlebbar zu machen. Wir sammeln
444 dazu Best-Practice-Beispiele, machen sie hessenweit bekannt und stellen
445 Anschubfinanzierungen bereit.

446 • **Altersgerechte Kommunen:** Die kommunale Altenhilfeplanung sowie
447 Senior*innenbeiräte wollen wir deutlich stärken. Barrierefreiheit muss bei allen
448 öffentlichen Baumaßnahmen zwingend umgesetzt werden. Der öffentliche
449 Raum ist für alle barrierefrei zugänglich zu machen. Die Hessische Bauordnung
450 muss verändert werden, um barrierefreien Wohnraum in jedem Neubau
451 vorzuschreiben. Senior*innen sollen Hilfen zur Verfügung gestellt werden, um
452 in der gewohnten Umgebung weiterleben zu können. Dazu gehören die
453 Förderung von Senior*innen- und altersübergreifenden Wohngemeinschaften,
454 Hilfen beim Erhalt der Wohnung oder bei der Suche nach geeignetem
455 Wohnraum. Beratungsangebote müssen gerade auch für Ältere aufsuchend
456 tätig sein.

457 3. Unser Zuhause sicher und bezahlbar

458 Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht. Und es ist mehr als ein Dach über
459 dem Kopf: Wie, wo, mit wem und zu welchem Preis wir wohnen, hat großen Einfluss
460 auf unseren Alltag. Umso problematischer ist es, dass die Mieten schon seit vielen
461 Jahren immer weiter steigen und bezahlbarer Wohnraum fehlt. Menschen mit
462 geringem und mittlerem Einkommen werden aus den (Innen-)Städten verdrängt,
463 Hausgemeinschaften und Nachbarschaften zerstört, Zwangsräumungen und
464 Energiesperren vollzogen. Immer neue Luxusquartiere und teure
465 Eigentumswohnungen prägen das Bild der Städte, während Immobilienkonzerne
466 Milliarden Gewinne machen. All dies zeigt: Die Wohnungsfrage ist zur sozialen Frage
467 unserer Zeit geworden – und der Kampf gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung ist
468 wichtiger denn je.

469 In Hessen ist die Situation am Wohnungsmarkt besonders dramatisch. In der Rhein-
470 Main-Region und den Hochschulstädten, aber zunehmend auch in mittleren Städten
471 und Dörfern sind die Mieten und Wohnungspreise in den letzten Jahren immer weiter
472 explodiert. Viele Haushalte müssen mehr als die Hälfte ihres verfügbaren
473 Einkommens für Miete und Nebenkosten ausgeben. Luxusmodernisierungen, die
474 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und spekulativer Leerstand sind an
475 der Tagesordnung. Doch statt Mietenwahnsinn und Verdrängung aktiv zu begegnen,
476 tut die Landesregierung nur das Nötigste und schöpft die landesrechtlichen
477 Möglichkeiten zum Schutz der Mieter*innen nicht aus. Obwohl überall gebaut wird,
478 entsteht kaum bezahlbarer Wohnraum. Die Parole „Bauen, Bauen, Bauen“ ist nicht
479 nur ökologisch, sondern auch wohnungspolitisch ein Irrweg. Trotz verstärkter
480 Bautätigkeit stagniert die Zahl der Sozialwohnungen bei rund 80.000 – und das,
481 obwohl über die Hälfte der Menschen in Hessen Anspruch auf eine geförderte
482 Wohnung hätte und Zehntausende auf Wartelisten stehen. Auch für Studierende ist
483 das Angebot an bezahlbaren, öffentlich geförderten Wohnheimplätzen schlecht und
484 im Bundesvergleich unterdurchschnittlich. Noch schwieriger ist die Situation für
485 benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen oder

486 Wohnungs- und Obdachlose. Sie alle finden kaum bezahlbaren Wohnraum – auch
487 nicht bei der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische
488 Heimstätte/Wohnstadt (NHW), deren Geschäftspolitik nicht nur zu wenig sozial
489 ausgerichtet ist, sondern die auch weiterhin Wohnungen privatisiert und ihren Bestand
490 daher kaum ausbauen kann. Demgegenüber haben sich profitorientierte
491 Wohnungskonzerne wie Vonovia auch in Hessen breitgemacht.

492 DIE LINKE will sich mit dieser Entwicklung nicht abfinden, sondern ihr aktiv
493 entgegenzutreten. Wir sind überzeugt, dass Wohnen zu wichtig ist, als dass man es dem
494 Markt überlassen sollte. Daher wollen wir gezielt öffentliche und
495 gemeinwohlorientierte, also nicht profitorientierte Akteur*innen stärken und diese
496 zugleich demokratisieren. Eine solche Vergesellschaftung von Wohnraum ist nicht nur
497 das beste Instrument für dauerhaft niedrige Mieten und gegen Diskriminierung auf
498 dem Wohnungsmarkt. Sie erlaubt es auch, Wohnungspolitik sowohl nach sozialen als
499 auch ökologischen Kriterien auszurichten und den Erhalt bzw. die Schaffung von
500 bezahlbarem Wohnraum für alle mit konkreten Schritten zum Schutz des Klimas zu
501 verknüpfen.

502 3.1. Unseren Wohnraum nicht dem Markt überlassen - 503 Mietenwahnsinn stoppen

504 DIE LINKE will:

- 505 ● **Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen:** Wir wollen, dass die
506 landesgesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz von Mieter*innen vollständig
507 ausgeschöpft und weiter ausgebaut werden. Daher möchten wir überall, wo es
508 notwendig ist, hessische Städte als Gebiete mit angespanntem
509 Wohnungsmarkt ausweisen, die Umwandlung von Miet- in
510 Eigentumswohnungen bereits ab drei (statt bisher sechs) Wohneinheiten unter
511 Genehmigungsvorbehalt stellen und die Kommunen darin unterstützen,
512 Milieuschutzsatzungen zu erlassen. Zudem wollen wir im Bundesrat darauf
513 hinwirken, dass ein bundesweiter Mietendeckel eingeführt, Zwangsräumungen
514 verboten, das kommunale Vorkaufsrecht wiederhergestellt und verschärft
515 sowie der Schutz der Mieter*innen vor Eigenbedarfskündigungen ausgebaut
516 wird. Auch kleinere Läden, Geschäfte und Gewerbetreibende wollen wir vor
517 Verdrängung aus den Innenstädten schützen.
- 518 ● **Nebenkosten begrenzen, Energiesperren verhindern:** Wir wollen, dass
519 Mieter*innen vor einem unkontrollierten Anstieg der Nebenkosten und der
520 Energiepreise geschützt werden. Hierfür braucht es einen staatlichen, zeitlich
521 unbegrenzten Preisdeckel für den Grundverbrauch an Strom, Gas, Wärme und
522 Wasser. Zusätzlich müssen kommunale und andere
523 Energieversorgungsunternehmen Sozialtarife für Menschen mit geringem
524 Einkommen bereitstellen. Wir wollen, dass alle öffentlichen Unternehmen in

525 Hessen vollständig auf Energiesperren verzichten und das Land einen
526 dauerhaften Härtefallfonds für Betroffene einrichtet.

- 527 ● **Klimaschutz vorantreiben, Verdrängung verhindern:** Zum Schutz des
528 Klimas müssen wir den CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor reduzieren und
529 bestehende Wohnungen energetisch modernisieren. Da die anfallenden
530 Kosten rechtlich zu einem Teil auf die Mieter*innen umgelegt werden dürfen,
531 belasten Modernisierungsmaßnahmen insbesondere Menschen mit geringem
532 Einkommen stark und führen vielfach zu Verdrängung. Dies wollen wir
533 verhindern, indem wir öffentliche und am Gemeinwohl orientierte
534 Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften finanziell fördern, wenn sie
535 die Gebäudesanierung warmmietenneutral umsetzen. Zudem wollen wir uns im
536 Bundesrat für die Abschaffung der Modernisierungumlage einsetzen.
- 537 ● **Spekulativen Leerstand, Wohnraumzweckentfremdung und Abriss**
538 **bekämpfen:** Damit Wohnraum erhalten bleibt, wollen wir das im Jahr 2004 von
539 CDU und FDP abgeschaffte Gesetz gegen spekulativen Leerstand und
540 Wohnraumzweckentfremdung wiedereinführen. Es soll so verschärft werden,
541 dass Abriss erschwert und die rasche Wiederherstellung von
542 zweckentfremdeten Wohnraum sichergestellt wird. Zudem wollen wir die
543 Kommunen dabei unterstützen, Leerstand in entsprechenden Katastern
544 systematisch zu erfassen und ihn in Notsituationen vorübergehend
545 beschlagnahmen zu können (z.B. zur akuten Unterbringung Geflüchteter und
546 anderer vulnerabler Gruppen). Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit
547 Besetzungen und anderen Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine
548 zweckmäßige Nutzung von leerstehenden Wohnraum oder von Freiflächen
549 einsetzen, wollen wir entkriminalisieren.

550 3.2. Unseren Boden und unser Klima schützen und trotzdem 551 bezahlbaren Wohnraum schaffen

552 DIE LINKE will:

- 553 ● **Sozialen Wohnungsbau retten, ausbauen und dauerhaft sichern:** Gegen
554 den Mangel an bezahlbarem Wohnraum wollen wir im Rahmen eines
555 ambitionierten Fünf-Jahres-Planes in ganz Hessen zusätzlich 10.000
556 Sozialwohnungen pro Jahr bzw. 50.000 Sozialwohnungen insgesamt schaffen
557 – barrierefrei und klimaneutral. Hierfür wollen wir die Mittel in der sozialen
558 Wohnraumförderung massiv erhöhen und das System stärker als bisher auf
559 öffentliche, genossenschaftliche und gemeinnützige – d.h. nicht profitorientierte
560 – Wohnungsunternehmen zuschneiden. Zudem wollen wir die vorzeitige
561 Ablösung von Sozialbindungen erschweren, die Bindungsfristen verlängern
562 und dauerhafte Sozialbindungen ermöglichen. Es muss das Prinzip gelten:
563 Einmal sozial gebaut, dauerhaft sozial gebunden.
- 564 ● **Studentischen Wohnraum fördern:** Damit mehr Studierende bezahlbaren
565 Wohnraum finden, wollen wir in den hessischen Universitäts- und

566 Hochschulstädten 2.000 Wohnheimplätze pro Jahr bzw. 10.000 Wohneinheiten
567 insgesamt schaffen. Hierzu wollen wir ein eigenständiges Förderprogramm
568 auflegen, das eine dauerhafte Sozialbindung sicherstellt. Zudem sollen
569 Studierendenwerke und Wohnungsunternehmen stärker als bisher bei der
570 Suche nach geeigneten Grundstücken und Gebäude unterstützt werden.

571 ● **Bodenspekulation stoppen, Bauland als Gemeingut sichern:** Da ohne
572 bezahlbares Bauland kein bezahlbarer Wohnraum entstehen kann, darf Grund
573 und Boden nicht länger Profitzwecken dienen. Wir wollen einen gesetzlichen
574 Privatisierungsstopp für alle landeseigenen Immobilien und Grundstücke.
575 Diese sollen künftig nur noch für öffentliche und gemeinnützige Bauvorhaben –
576 insbesondere des sozialen Wohnungsbaus – zu günstigen Konditionen in
577 Erbpacht bereitgestellt werden. Zudem wollen wir – z.B. durch einen
578 Bodenfonds – den Ankauf von Flächen durch die öffentliche Hand und eine
579 langfristige, demokratisch kontrollierte Bodenbevorratung unterstützen sowie
580 alle landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, den Anstieg der Bodenpreise zu
581 deckeln sowie Bodenwertzuwächse und Planungsgewinne abzuschöpfen.

582 ● **Neubau öffentlich und ökologisch gestalten, Hessische Bauhütte**
583 **gründen:** Angesichts der Anforderungen des Klimaschutzes, hoher Baukosten
584 und fehlender Fachkräfte steht der notwendige Neubau von bezahlbarem
585 Wohnraum in Hessen vor großen Herausforderungen. Diese lassen sich am
586 besten von der öffentlichen Hand bewältigen. Hierfür wollen wir die
587 Zusammenarbeit der kommunalen Wohnungsgesellschaften und der NHW
588 verbessern, klimaschonende Projekte fördern und eine Hessische Bauhütte
589 gründen. Diese soll als gemeinwirtschaftliches Bauunternehmen Bauleistungen
590 für öffentliche und andere nicht-profitorientierte Wohnungsgesellschaften
591 erbringen, energetische Modernisierung und ökologische Bauweisen (wie den
592 urbanen Holzbau oder Energie-Plus-Bauweise mit Wiederverwertung von
593 Baustoffen) großflächig vorantreiben und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
594 schaffen.

595 ● **Nachhaltige Flächennutzung umsetzen, Boden schützen:** Damit die
596 notwendige Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum nicht in Widerspruch
597 zum ebenfalls notwendigen Klimaschutz gerät, ist eine möglichst sparsame
598 Flächeninanspruchnahme notwendig. Daher wollen wir alle Möglichkeiten
599 nutzen, vorhandenen Wohnraum bedarfsgerecht umzuverteilen (z.B. durch
600 Wohnungstauschbörsen), neuen Wohnraum auf bereits versiegelten Flächen
601 zu schaffen (z.B. durch Aufstockung und Umnutzung von Gebäuden) und
602 Flächen zu entsiegeln, flächenschonendes Planen und Bauen umzusetzen und
603 die Kommunen bei einem nachhaltigen Flächenmanagement und dem Aufbau
604 von öffentlich zugänglichen Flächenkatastern zu unterstützen. Gute und sehr
605 gute Ackerböden wollen wir grundsätzlich von der Bebauung ausschließen.

606 3.3. Unser Wohnraum: Gemeinwohlorientierte
607 Wohnungsgesellschaften fördern, Profitinteressen stoppen

608 DIE LINKE will:

- 609 ● **Nassauische Heimstätte/Wohnstadt stärken und sozial ausrichten:** Wir
610 sehen die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische
611 Heimstätte/Wohnstadt (NHW) als zentrales Instrument im Kampf für mehr
612 bezahlbaren Wohnraum in Hessen. Daher wollen wir den Wohnungsbestand
613 durch Neubau und Zukäufe innerhalb der nächsten fünf Jahre von aktuell knapp
614 60.000 Wohnungen auf 100.000 Wohnungen erhöhen. Hierfür muss die
615 Privatisierung bestehender Wohnungen sofort gestoppt, die soziale
616 Wohnraumförderung stärker auf öffentliche Wohnungsunternehmen
617 zugeschnitten und das Eigenkapital der NHW aus dem Landeshaushalt
618 zusätzlich erhöht werden. Zudem wollen wir, dass die NHW hessenweit zum
619 Vorbild für eine soziale Geschäftspolitik wird. Hierfür braucht es einen
620 Mietenstopp für alle Mieter*innen, eine 50-Prozent-Quote für Sozialwohnungen
621 im Bestand und Neubau, feste Kontingente für benachteiligte Gruppen und
622 einen dauerhaften Verzicht auf Zwangsräumungen und Energiesperren. Die
623 aus Klimaschutzgründen dringend notwendige energetische Modernisierung
624 des Wohnungsbestandes der NHW muss warmmietenneutral erfolgen. In
625 diesem Sinne wollen wir auch den Einfluss des Landes auf die GWH,
626 Tochtergesellschaft der Landesbank Hessen-Thüringen, erhöhen und die
627 Geschäftspolitik des Wohnungsunternehmens sozial-ökologisch ausrichten.
- 628 ● **Kommunale Wohnungsgesellschaften unterstützen, Wohnraum**
629 **rekommunalisieren:** Ebenso wie die landeseigene Wohnungsgesellschaft
630 NHW sind auch kommunale Wohnungsgesellschaften ein wichtiger Eckpfeiler
631 der sozialen Wohnraumversorgung in Hessen. Daher wollen wir die
632 bestehenden Wohnungsgesellschaften unterstützen und die Neugründung
633 kommunaler und kreiseigener Gesellschaften konzeptionell und finanziell
634 fördern. Zudem möchten wir einen landesweiten Rekommunalisierungsfonds
635 auflegen, mit dem kommunale Wohnungsgesellschaften, aber auch
636 Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteur*innen
637 Wohnungen zurück in öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Hand bringen
638 können. Darüber hinaus setzen wir uns im Bundesrat für die Wiederherstellung
639 des kommunalen Vorkaufsrechts ein.
- 640 ● **Genossenschaften und gemeinschaftliches Wohnen gezielt fördern:**
641 Gemeinnützige Genossenschaften und Projekte des gemeinschaftlichen
642 Wohnens leisten einen wichtigen Beitrag für die Bereitstellung von
643 bezahlbarem Wohnraum in Hessen und sind beispielgebend für
644 selbstbestimmte, demokratische Formen des Wohnens. Daher wollen wir ihren
645 Zugang zu landeseigenen Grundstücken verbessern und diese in Erbpacht und
646 vergünstigt an sie vergeben. Zudem wollen wir im Rahmen der sozialen

647 Wohnraumförderung ein eigenes Förderprogramm für gemeinschaftliches
648 Wohnen auflegen, das dem innovativen Charakter dieser Projekte gerecht wird
649 und es den zivilgesellschaftlichen Initiativen ermöglicht, selbstorganisiert ihre
650 wohnungspolitisch wichtigen Konzepte umzusetzen.

- 651 ● **Neue Wohnungsgemeinnützigkeit schaffen:** Um eine soziale Bereitstellung
652 von bezahlbarem Wohnraum zu fördern, setzen wir uns über den Bundesrat für
653 die Wiedereinführung der 1990 abgeschafften Wohnungsgemeinnützigkeit und
654 deren Weiterentwicklung ein.
- 655 ● **Vonovia & Co. kontrollieren und enteignen:** Große, häufig börsennotierte
656 Wohnungskonzerne wie Vonovia sind für ihre unsoziale, rein profitorientierte
657 Geschäftspolitik bekannt. Sie besitzen in Hessen zehntausende Wohnungen.
658 Wir wollen die Tätigkeit dieser Wohnungskonzerne systematisch erfassen und
659 kontrollieren. Die landeseigene Wohnungsgesellschaft NHW und kommunale
660 Gesellschaften sollen ihre Wohnungsbestände aufkaufen, wenn dies
661 wirtschaftlich darstellbar ist. Gelingt dies nicht, streben wir – entsprechend des
662 gewonnenen Volksbegehrens der Initiative „Deutsche Wohnen & Co.
663 enteignen“ in Berlin – auch in Hessen die Enteignung und Vergesellschaftung
664 großer Wohnungskonzerne nach § 15 des Grundgesetzes an.

665 3.4. Unsere Entscheidung wie wir wohnen: Wohnungswesen 666 demokratisieren und Wohnen für alle ermöglichen

667 DIE LINKE will:

- 668 ● **Mietervereine fördern, die Mietenbewegung unterstützen:** Die
669 Selbstorganisation von Mieter*innen, das Engagement von
670 Hausgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und stadtpolitischen Gruppen
671 sowie die Arbeit des Deutschen Mieterbundes Landesverband Hessen und
672 lokaler Mietvereine ist der wichtigste Faktor im Kampf gegen Mietenwahnsinn
673 und Verdrängung sowie ein Musterbeispiel für zivilgesellschaftliche Praxis in
674 unserer Demokratie. Wir wollen diese Praxis und die landesweite Vernetzung
675 dieser Akteur*innen mit einem Landesförderprogramm gezielt unterstützen.
- 676 ● **Mieter*innenbeiräte einführen, Wohnungsgesellschaften**
677 **demokratisieren:** Wir wollen, dass Mieter*innen demokratischen Einfluss auf
678 ihre Wohnsituation nehmen können. Daher wollen wir die Einführung von
679 Mieter*innenbeiräten bei größeren Wohnungsgesellschaften fördern und
680 sicherstellen, dass diese tatsächlich Kontroll- und Mitbestimmungsrechte
681 gegenüber Management und Verwaltung erhalten. Zudem wollen wir Modelle
682 entwickeln, wie die landeseigene Wohnungsgesellschaft NHW und andere
683 öffentliche, insbesondere kommunale Gesellschaften – z.B. in Gestalt einer
684 Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) – dauerhaft demokratisiert, vergesellschaftet
685 und gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden können.
- 686 ● **Benachteiligte Gruppen unterstützen und Diskriminierungen abbauen:**
687 Die Wohnraumversorgung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen in Hessen

688 ist besonders dramatisch. Hierzu zählen u.a. Geflüchtete, Straftatlassene,
689 Suchtkranke, Wohnungs- und Obdachlose, Menschen mit Behinderungen oder
690 Frauen* aus Frauen*häusern. Wir wollen, dass diese Personengruppen gezielt
691 unterstützt sowie rassistische und andere Diskriminierungen am
692 Wohnungsmarkt abgebaut werden. Hierfür müssen die Datenlage verbessert,
693 soziale Angebote ausgebaut, entsprechende Kontingente bei öffentlichen
694 Wohnungsgesellschaften vorgehalten und andere Formen der dezentralen
695 Unterbringung gestärkt werden.

696 ● **Obdachlosigkeit bekämpfen:** Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu
697 reduzieren, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen die
698 flächendeckende Einrichtung von Wohnungssicherungsstellen fördern, neue
699 Ansätze wie „Housing first“ durch Landesprogramme unterstützen sowie eine
700 hessische Wohnungsnotfallstatistik erstellen, die auf sofortige und
701 bedingungslose Wohnraumversorgung in Kombination mit enger
702 sozialpädagogischer Begleitung und Unterstützung setzen. Kommunen
703 müssen verpflichtet werden, angemessenen Wohnraum für Wohnungsnotfälle
704 bereitzuhalten.

705 ● **Neubau barrierefrei gestalten, Umbau fördern:** Der Bedarf an barrierefreiem
706 Wohnraum ist in Hessen deutlich größer als das Angebot. Dabei nützt
707 Barrierefreiheit allen, nicht nur Älteren und Menschen mit Behinderungen.
708 Daher wollen wir, dass die Vorgaben für den Anteil barrierefreier Wohnungen
709 im Neubau deutlich erhöht werden und dieser mittelfristig vollständig
710 barrierefrei erfolgt. Da in Hessen bisher nur der barrierefreie Umbau von
711 selbstgenutztem Wohneigentum gefördert wird, fordern wir zudem ein
712 eigenständiges Förderprogramm für den barrierefreien Umbau von
713 Mietwohnungen.

714 4. Unsere Arbeit gut und gerecht!

715 4.1. Unser Leben - Wir müssen von guter Arbeit leben können

716 Wir kämpfen gegen Ausbeutung und Unsicherheit im Job – und setzen uns ein für
717 gute Arbeitsbedingungen für alle. Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten
718 sollten das Ziel der Politik sein. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und eine Rente
719 reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arbeit soll für alle Menschen sicher,
720 unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein. Arbeit muss zum Leben passen und den
721 Menschen ausreichend Zeit und Energie für ehrenamtliches Engagement und Familie
722 bieten. Arbeiten, um zu leben, nicht leben, um zu arbeiten.

723 Dieser Grundsatz ist in Hessen noch lange nicht verwirklicht. Viele Menschen, ganz
724 besonders Frauen*, sind im Niedriglohnbereich tätig. Sie sind arm trotz Arbeit. Die
725 zurückliegende Corona-Krise, die Energiekrise und die rasant steigenden
726 Lebenshaltungskosten verschärfen die Situation dramatisch. Hier gegenzusteuern, ist
727 dringend nötig. Der gesetzliche Mindestlohn ist trotz der Anhebung auf 12 Euro viel zu

728 niedrig. Er bietet keinen ausreichenden Schutz vor Erwerbs- und Altersarmut. Viele
729 Menschen können trotz Vollzeitstelle nicht mehr von ihrem Gehalt leben und sind
730 gezwungen „aufzustocken“. Diese Subventionierung der Niedriglöhne wird durch die
731 Allgemeinheit finanziert. Zu den oft schlechten Löhnen kommen zunehmend
732 unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Neue Jobs sind oft befristet und
733 werden in der Leiharbeit geschaffen. Gerade junge Beschäftigte kennen das
734 klassische Normalarbeitsverhältnis (unbefristete, sozialversicherungspflichtige,
735 tariflich geregelte Vollzeitarbeit) gar nicht mehr. Was Unternehmen gerne als
736 „Flexibilisierung“ bezeichnen, bedeutet für viele Beschäftigte und ihre Familien ein
737 Leben ohne jede Planungssicherheit.

738 Die "Hartz-Reformen" nach der Jahrtausendwende haben zigtausend
739 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet. Die Reallöhne sind gesunken.
740 Hierdurch wurde zugleich die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
741 unterspült. Das darf nicht so bleiben. Relativ niedrige Erwerbslosenzahlen in Hessen
742 können über diese Probleme nicht hinwegtäuschen. Menschen müssen von ihrer
743 Arbeit leben können und dürfen im Alter nicht in die Armut abrutschen. Altersarmut
744 trifft besonders Frauen*, die in ihrem Erwerbsleben niedrigere Löhne bekommen
745 haben und für Care-Arbeit ihre Erwerbsarbeit unterbrochen oder gekürzt haben.

746 DIE LINKE will:

747 ● **Lohndumping verhindern – Mindestlohn erhöhen:** DIE LINKE will den
748 bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn auf 14 Euro anheben und fordert eine
749 jährliche Anpassung an die Produktivitäts- und Preisentwicklung. In Hessen
750 wollen wir mit einem Landesmindestlohngesetz dafür sorgen, dass im
751 öffentlichen Dienst, in landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften sowie
752 bei Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben oder
753 Wirtschaftsförderung durch das Land Hessen erhalten, ein Mindestlohn von 14
754 Euro gilt. Wir fordern harte Kontrollen und Sanktionen zur Durchsetzung des
755 Mindestlohnes.

756 ● **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Frauen*arbeit ist mehr wert:** Der
757 hessische Lohnatlas zeigt auf, dass die Lohnlücke zwischen den
758 Geschlechtern im ländlichen Bereich höher ist als in den Städten. Frauen*
759 verdienen durchschnittlich 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.
760 Die Unterschiede gibt es bei gleicher Arbeit und bei gleichwertiger Arbeit. In
761 Branchen mit einem besonders hohen Anteil weiblicher Beschäftigter, wie im
762 Handel, Sozial- und Gesundheitswesen, werden verglichen mit den
763 Anforderungen in anderen Branchen viel geringere Einkommen erzielt. Die
764 Landesregierung hat darauf Einfluss, indem sie Zuwendungen für
765 Auftragsmaßnahmen so ausgestaltet, dass gute Löhne mit einer guten
766 Altersversorgung gezahlt und Befristungen verhindert werden.

767 ● **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Verbot der Leiharbeit:** Immer mehr
768 Menschen sind in Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Sie haben weniger Rechte,

769 kaum Sicherheiten und ein niedrigeres Gehalt als die Stammbesellschaften.
770 Viele Unternehmen gründen eigene Leiharbeitsfirmen und lagern einen Teil
771 ihrer Beschäftigten dahin aus – zu schlechteren Bedingungen. DIE LINKE will
772 ein Verbot der Leiharbeit. Um sie für ihre Flexibilität zu entschädigen, müssen
773 Leiharbeiter*innen 10 Prozent mehr Lohn als die Stammbesellschaft
774 bekommen und nach drei Monaten übernommen werden. Das Ausufern von
775 Werkverträgen und deren Missbrauch müssen bekämpft werden.

- 776 ● **Ein Nachhaltiges Landesvergabegesetz:** Die öffentliche Hand ist der größte
777 Auftraggeber der Privatwirtschaft. Die staatliche Auftragsvergabe hat aufgrund
778 ihres Umfangs erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben und kann
779 Maßstäbe setzen. Diesen Einfluss wollen wir nutzen, um tarifliche Standards,
780 Umweltschutz und Gleichstellung in der Wirtschaft durchzusetzen.
781 Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen oder Umweltstandards missachten,
782 dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. Das von Schwarz-Grün eingeführte
783 Vergabegesetz bleibt leider zahnlos. Es sieht keine systematische Kontrolle vor
784 und bleibt in weiten Teilen freiwillig. DIE LINKE setzt sich für die Einführung
785 eines Tariftreue- und Vergabegesetzes ein, das Betriebe, die öffentliche
786 Aufträge erhalten wollen, auf die Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreue) und
787 einen Mindestlohn von 14 Euro pro Stunde, sowie auf Engagement bei der
788 Ausbildung und auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards
789 verpflichtet. Lohndumping und ein Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten
790 und der Umwelt können so wirksam verhindert werden.
- 791 ● **Ausländische Abschlüsse anerkennen:** Durch die Nichtanerkennung
792 ausländischer Berufsabschlüsse werden viele Arbeitnehmer*innen nicht ihrer
793 Qualifikation entsprechend entlohnt. Das wollen wir durch eine verbesserte und
794 unkomplizierte Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse und
795 bessere Angebote zur Nachqualifikation ändern.
- 796 ● **Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen:** Obwohl die Gleichberechtigung
797 der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, sind Frauen* auf dem
798 Arbeitsmarkt immer noch mehrfach benachteiligt. Viele berufstätige Frauen*
799 haben kein existenzsicherndes Einkommen. Arbeitsplatzvernichtung sowie
800 Abbau regulärer Beschäftigung zwingen sie in ungeschützte, niedrig entlohnte
801 und unsichere Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für alleinerziehende
802 Mütter.
- 803 ● **Arbeitszeit gerecht verteilen:** Wir setzen uns für eine Politik ein, die
804 Arbeitszeit gerechter verteilt, soziale Arbeit wertschätzt und Arbeit von Frauen*
805 genauso bezahlt wie die der Männer.
- 806 ● **Arbeitszeit verkürzen:** Wir setzen uns im Öffentlichen Dienst für eine
807 verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35 Stunden pro Woche
808 als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich ein. Das hessische
809 Gleichstellungsgesetz muss entsprechend den Anforderungen der
810 Frauen*beauftragten geändert werden. In Behörden und in der
811 Landesverwaltung muss die Macht der Frauen*beauftragten gestärkt werden,
812 so dass Benachteiligungen abgebaut werden und die Vereinbarkeit von Familie

813 und Beruf verbessert wird. Außerdem fordern wir das garantierte Recht der
814 Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit. Wir unterstützen die Gewerkschaften in der
815 Privatwirtschaft in ihrem Bemühen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und
816 die tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten zu verkürzen.

817 ● **Verkürzung der Ladenöffnungszeiten – Reduzierung der Sonntagsarbeit:**
818 Die nach der Jahrtausendwende erfolgte weitgehende Freigabe der
819 Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel
820 geführt noch die Zahl der regulären Vollzeitarbeitsplätze erhöht. Stattdessen
821 helfen längere Ladenöffnungszeiten Handelskonzernen dabei, kleinere
822 Geschäfte zu verdrängen; zugleich führen sie zu unnötigem zusätzlichen
823 Energieverbrauch. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung in ländlichen
824 Regionen und Randlagen der Städte. Da im Einzelhandel überwiegend
825 Frauen* arbeiten, sind diese durch die ungünstigen Arbeitszeiten besonders
826 stark betroffen. Die Landesregierung hat zudem durch den Erlass der
827 Bedarfsgewerbeverordnung die Sonntagsarbeit ausgeweitet. DIE LINKE will
828 Ladenöffnungszeiten im Einklang mit ver.di wieder im Sinne der Beschäftigten
829 gestalten. Verkaufsoffene Sonntage lehnen wir ab.

830 ● **Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern – Arbeitszeitverkürzung**
831 **durchsetzen:** Arbeit darf nicht krank machen, deshalb brauchen wir einen
832 Arbeits- und Gesundheitsschutz, der stärker die Veränderungen der
833 Arbeitswelt berücksichtigt, sowie mehr Personal und wirksame Kontrollen zur
834 Einhaltung des Arbeitsschutzes. Die Fortschritte durch die Digitalisierung
835 müssen im Sinne der Beschäftigten genutzt werden, um eine bessere
836 Verteilung von Arbeit und kürzere Arbeitszeiten zu erreichen, sie dürfen nicht
837 zu einer weiteren Verdichtung und völligen Entgrenzung von Arbeit führen.

838 ● **Öffentlich geförderte und tariflich entlohnte Beschäftigung schaffen:** Wir
839 wollen mehr öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige und tariflich
840 entlohnte Beschäftigungsverhältnisse schaffen, um die
841 Langzeiterwerbslosigkeit zu verringern. Dazu sollen die Mittel von Gemeinden,
842 Bundesagentur für Arbeit und Europäischen Sozialfonds für Arbeitslosengeld
843 (ALG) II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen gebündelt werden. Ergänzt
844 durch einen ausreichenden Zuschuss aus Landesmitteln werden Kommunen
845 und Landkreisen in die Lage versetzt, sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse zu
846 schaffen, die andere Arbeitsplätze weder verdrängen noch ersetzen.

847 ● **Arbeitslosigkeit bekämpfen - Arbeitsplätze schaffen:** In Hessen bleibt viel
848 Arbeit liegen: im Gesundheitswesen, in der Pflege, in der Jugendarbeit, im
849 öffentlichen Nahverkehr, beim Sport und beim Umweltschutz. Gleichzeitig gibt
850 es viele Erwerbslose. Hessen muss im öffentlichen Bereich Arbeitsplätze
851 schaffen, um diese wichtigen Aufgaben zu erledigen und Menschen eine
852 sichere Erwerbstätigkeit zu verschaffen.

853 ● **Verwirklichung der Rechte der Beschäftigten in den Einrichtungen der**
854 **Religionsgemeinschaften:** Dies umfasst z.B. das Streikrecht der
855 Beschäftigten in kirchlichen Kitas, Beratungsstellen, Krankenhäusern, Schulen

856 und anderen und verbietet die Diskriminierung oder Entlassung bei Scheidung,
857 Wiederheirat, Homosexualität oder auch Kirchenaustritt.

858 4.2. Unsere Anliegen zählen: Den öffentlichen Sektor stärken

859 DIE LINKE will den Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors.
860 Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsangebote sowie die Gerichtsbarkeit
861 müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürger*innen muss qualifiziert und in
862 angemessener Zeit Rechnung getragen werden.

863 Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft in Deutschland ist in den letzten
864 Jahrzehnten dramatisch gesunken. Kürzungspolitik, Stellenabbau, zunehmendes
865 Outsourcing und Privatisierungen sind die Ursachen dafür. Erfahrungen mit
866 Privatisierungen zeigen allerorts, dass sich die Versprechen, Dienstleistungen würden
867 besser und billiger werden, nicht erfüllen. Im Gegenteil, Privatisierungen führen zu
868 Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen.

869 Alle Landesregierungen der letzten Jahre haben einen Konfrontationskurs gegen die
870 Beschäftigten in der Landesverwaltung gefahren: Personalabbau, der Ausstieg aus
871 der Tarifgemeinschaft der Länder, Abbau von Mitbestimmungs- und
872 Beteiligungsrechten sowie Nullrunden und eine hohe Wochenarbeitszeit für die
873 Beamt*innen. Damit muss endlich Schluss sein! Wir wollen einen gut ausgestatteten
874 öffentlichen Dienst und eine angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten. Die
875 Tätigkeiten im öffentlichen Dienst müssen aufgewertet werden.

876 DIE LINKE will:

- 877 ● **Privatisierungen stoppen:** Die Privatisierungspolitik richtet sich gegen die
878 große Mehrheit der Bevölkerung. DIE LINKE lehnt die Privatisierung von
879 hoheitlichen Aufgaben ebenso ab wie die Privatisierung im Bereich der
880 öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede Privatisierung, auch die Überführung in
881 private Rechtsformen (z. B. GmbH oder gGmbH) bedeutet einen Abbau von
882 Demokratie, weil demokratisch gewählte Parlamente deutlich weniger Einfluss
883 auf die Tätigkeit dieser privatisierten Einrichtung haben. Auch sogenannte
884 öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind Teil der
885 Privatisierungsbestrebungen und gehen zu Lasten der öffentlichen Hand.
886 Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand und unter
887 demokratische Kontrolle. Dazu ist es nötig, dass §121 Abs.1 Nr.3 der HGO, der
888 besagt, dass eine Gemeinde sich nicht wirtschaftlich betätigen darf, wenn der
889 Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt
890 werden kann, abgeschafft wird.
- 891 ● **Rekommunalisierungen fördern:** Die auf kommunaler Ebene in den letzten
892 Jahrzehnten erfolgten Privatisierungen bleiben ein Problem. DIE LINKE will die
893 Kompetenzstelle Public-Private-Partnership (PPP) in der Staatskanzlei
894 auflösen und durch eine „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“ ersetzen, die

- 895 die Kommunen fachlich und rechtlich unterstützt, kommunale Infrastruktur
896 wieder in die öffentliche Hand zu überführen.
- 897 ● **Öffentlichen Dienst ausbauen:** DIE LINKE will den öffentlichen Dienst und
898 öffentliche Dienstleistungen ausbauen. Um beispielsweise Schulen,
899 Krankenhäuser, Kitas, Gerichtsbarkeit und viele andere Teile der öffentlichen
900 Daseinsvorsorge besser auszustatten, wollen wir einen bedarfsgerechten
901 Ausbau der Stellen im öffentlichen Dienst. Zudem muss die Ausbildungsquote
902 deutlich erhöht werden. Die Einführung von „Beschäftigten zweiter Klasse“, wie
903 bei angelernten Hilfskräften im Schuldienst und als sogenannte Wachpolizei,
904 lehnt DIE LINKE ab.
 - 905 ● **Befristungspraxis im öffentlichen Dienst beenden:** Mittlerweile ist der
906 öffentliche Dienst branchenübergreifend der Arbeitgeber mit den meisten
907 befristeten Arbeitsverträgen. Gerade in der öffentlichen Verwaltung und in den
908 sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Erziehung, Bildung und
909 Gemeinnütziges) ist der befristete Arbeitsvertrag bei Neueinstellungen die
910 Regel. Damit muss Schluss sein. DIE LINKE will den unbefristeten
911 Arbeitsvertrag als Normalfall im öffentlichen Dienst.
 - 912 ● **Arbeitszeiterhöhung im Öffentlichen Dienst zurücknehmen:** Die Koch-
913 Regierung hat die Arbeitszeit der Beamt*innen ohne Lohnausgleich von 38,5
914 auf 42 Stunden erhöht. Auch wenn Schwarz-Grün die Arbeitszeit der
915 Beamt*innen wieder um eine Stunde auf 41 Stunden reduziert hat,
916 überschreitet in vielen Bereichen, insbesondere in Schulen und bei der Polizei,
917 die Arbeitsbelastung das Maß des Zumutbaren. Viele wechseln deshalb in
918 Teilzeit und nehmen Einkommensverluste hin. DIE LINKE fordert, die
919 Arbeitszeit der Beamt*innen wieder auf 38,5 Stunden zu reduzieren. Die
920 tarifvertragliche Einkommensentwicklung ist wirkungsgleich auf die
921 Beamt*innen zu übertragen.
 - 922 ● **Öffentlichen Dienst demokratisieren:** Mitbestimmungs- und
923 Beteiligungsrechte der Personalräte wurden von den CDU-geführten
924 Landesregierungen der letzten Jahre massiv beschnitten. DIE LINKE setzt sich
925 für eine vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und
926 Mitwirkungsrechte der Personalräte im hessischen Personalvertretungsgesetz
927 ein. Konsequenter Einsatz für die Beschäftigten darf keine Sanktionen zur
928 Folge haben.
 - 929 ● **Die Gewerkschaften unterstützen:** Zur Durchsetzung ihrer Ziele arbeitet DIE
930 LINKE mit den Gewerkschaften zusammen und unterstützt sie bei ihren
931 Aktionen. Sie beteiligt sich an Solidaritätskomitees, wenn es darum geht,
932 gewerkschaftliche Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Und sie flankiert
933 gewerkschaftliche Aktivitäten im Parlament, indem sie diese dort diskutiert,
934 sowie durch Vorschläge für gesetzliche Regelungen, die die Gewerkschaften
935 stärken und die Verteilungssituation für Beschäftigte verbessern.

936 4.3. Unsere Wirtschaft, die den Menschen dient

937 DIE LINKE will keine marktkonforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem
938 Wohl der Menschen verpflichtet ist. Die Landespolitik muss aktiv eingreifen, um
939 Arbeitsplätze langfristig zu erhalten und zu sichern, um Unternehmen auf die
940 Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu verpflichten und um zukunftsfähige
941 Konzepte insbesondere für die Industrie zu entwickeln.

942 Landes- und Bundesregierung verfolgen eine einseitig exportorientierte Strategie in
943 der Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse dieser Strategie waren sinkende Reallöhne,
944 Anstieg der Armut und Schwächung der Binnenkonjunktur. Normalarbeitsverhältnisse,
945 von denen Beschäftigte den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien auskömmlich
946 sichern können, werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt.
947 International sind durch die rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie
948 dramatische Ungleichgewichte entstanden, die in der sogenannten Euro-Krise
949 sichtbar wurden.

950 DIE LINKE will:

- 951 ● **Demokratisierung der Wirtschaft:** Wir wollen die Gründung und Arbeit von
952 Genossenschaften fördern und den Einfluss der öffentlichen Hand im
953 Wirtschaftsleben verstärken. Deshalb setzen wir uns für eine Änderung der
954 Hessischen Gemeindeordnung ein, damit Kommunen - wie in allen anderen
955 Bundesländern auch - wieder das volle Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu
956 betätigen. Wir kämpfen außerdem für eine allgemeine Demokratisierung des
957 Wirtschaftssystems und halten an dem Anspruch fest, dass Schlüsselbereiche
958 der Wirtschaft für die Allgemeinheit den größten Nutzen haben, wenn sie unter
959 öffentlicher Kontrolle stehen, wie es dem Geiste des Artikels 41 der Hessischen
960 Verfassung entspricht.
- 961 ● **Betriebliche Mitbestimmung ausbauen:** DIE LINKE will die Mitbestimmung
962 und Interessenvertretung der Beschäftigten stärken und die Gründung von
963 Betriebsräten unterstützen.
- 964 ● **Aktive Industriepolitik durch eine Landesholding fördern:** Hessen hat
965 einen hohen Anteil industrieller Arbeitsplätze. Allerdings stehen weite Teile der
966 Industrie und ganz besonders die Automobilindustrie vor einem Umbruch und
967 einem tiefgreifenden Strukturwandel. Bereits in den vergangenen Jahren sind
968 viele Industriearbeitsplätze in Hessen verloren gegangen, zulasten der
969 Beschäftigten und ganzer Regionen. Dabei bieten insbesondere die Energie-
970 und Verkehrswende große Chancen, um industrielle Arbeitsplätze zu erhalten,
971 auszubauen und langfristig zu sichern. Dazu müssen die Beschäftigten und ihre
972 Gewerkschaften beteiligt werden. Es ist auch Aufgabe der Landespolitik,
973 Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau zu fördern und umzusetzen.
974 Zur Bewältigung des Strukturwandels in der Industrie und den
975 Herausforderungen durch die Digitalisierung müssen Beschäftigung nachhaltig
976 gesichert, fortwährende Qualifizierung zum Beispiel mit einem

977 Transformations-Kurzarbeitergeld entwickelt und Regeln für gute Arbeit in
978 Zeiten der Digitalisierung aufgestellt werden. Wir treten dafür ein, umwelt- und
979 klimaschädliche Arbeitsplätze in umweltfreundliche Arbeitsplätze ohne
980 Lohnneinbußen umzuwandeln. Für die Finanzierung dieses
981 Konversionsprogrammes wollen wir eine Sonderabgabe für klimaschädliche
982 Unternehmen erheben. Für die Rüstungsindustrie, wie etwa den Konzern
983 Krauss-Maffei/Wegmann in Kassel, müssen Konversionsprogramme aufgelegt
984 werden, damit durch die Arbeit und den Materialeinsatz Produkte hergestellt
985 werden, die ausschließlich der friedlichen Nutzung dienen.

986 Wir wollen auf Landesebene einen Transformationsfonds/Landesholding
987 schaffen, um Unternehmen bei der Umstellung auf eine nachhaltige, ökologisch
988 sinnvolle, zivile Produktion zu unterstützen. Hierfür müssen finanzielle Mittel in
989 erheblichem Umfang bereitgestellt werden: Einerseits geht es darum,
990 arbeitnehmerorientierte Beratungs- und Bildungseinrichtungen institutionell zu
991 fördern und den Strukturwandel mit geeigneten Dialogplattformen zur
992 Einbeziehung der Beschäftigten zu unterstützen. Andererseits geht es darum,
993 staatliche Beteiligungen an Unternehmen zu fördern, um diese Transformation
994 durchzusetzen.

- 995 ● **Einen Transformationsbeirat auf Landesebene und in den Regionen:** Eine
996 der Aufgaben wäre die Beratung der Landesregierung und der Kommunen bei
997 der Strategie zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im
998 öffentlichen Sektor (Wasserstoffstrategie, Elektromobilität, Digitalisierung,
999 Fachkräftesicherung, Flächenpolitik, Energieversorgung,
1000 Auszubildendenwohnheime u.v.m.).
- 1001 ● **Nachhaltige Kaliförderung in Hessen:** Die Einleitung der Abwässer in Werra
1002 und Weser sowie ihre Versenkung in den Untergrund versalzen Flüsse und
1003 Böden und gefährden das Grund- und Trinkwasser. Wir sind überzeugt:
1004 Laugenentsorgung und Energiewende können gewinnbringend für Umwelt,
1005 Arbeitsplätze und die Kaliindustrie verbunden werden. Eine nachhaltige
1006 Kaliproduktion würde die kurzfristigen Gewinne des K+S Konzerns schmälern,
1007 aber Umweltschäden verringern, Rohstoffe schützen und Arbeitsplätze auch in
1008 der Zukunft sichern. Wir wollen, dass flüssige Abwässer eingedampft, in der
1009 Lauge und dem Haldenmaterial enthaltene Wertstoffe zusätzlich gewonnen
1010 und feste Reste und die auf Halden geschütteten Abfälle der letzten Jahrzehnte
1011 wieder in die Hohlräume unter Tage verbracht werden. Zudem wollen wir eine
1012 Senkung des Kalidüngerverbrauchs durch den Umstieg auf ökologischen
1013 Landbau erreichen. Auf Bundesebene fordern wir die Novellierung des
1014 Bundesberggesetzes und die Änderung des Wasserrechts, so dass salzhaltige
1015 Abwässer in die Liste umweltgefährdender Stoffe aufgenommen werden.
- 1016 ● **Tourismus in der Region stärken:** Die Förderung soll darauf ausgerichtet
1017 sein, die ländlichen Regionen zu stärken. Die lokale und regionale
1018 Zusammenarbeit unterschiedlicher Anbieter wollen wir erleichtern und
1019 verbessern, z.B. kann gezielt die bäuerliche Direktvermarktung gestützt
1020 werden. Die Förderung der Kur- und Rehasstandorte ist durch das Land zu

- 1021 verstärken. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wollen wir es für alle
1022 Menschen erleichtern, Ausflugsziele zu erreichen und sich Ausflüge auch
1023 leisten zu können.
- 1024 ● **Den Finanzplatz Frankfurt regulieren:** Am Finanzplatz Frankfurt arbeiten gut
1025 60.000 Menschen. Durch die Umstrukturierungen und
1026 Personalabbauprogramme der Banken sind viele Arbeitsplätze gefährdet.
1027 Bisher ergreift die Landesregierung keine geeigneten Maßnahmen dagegen.
1028 Sie will den Finanzplatz Frankfurt durch die Ansiedlung neuer Banken immer
1029 weiter vergrößern, statt ihm Schranken aufzuzeigen. Wer aber Arbeitsplätze
1030 sichern, Finanzblasen vermeiden und die nächste Finanzkrise verhindern will,
1031 muss dafür eintreten, dass die Finanzmärkte reguliert, Hochrisikogeschäfte
1032 verboten und die Tätigkeiten der Banken auf ihren Kernbereich beschränkt
1033 werden.
 - 1034 ● **Wirtschaftsförderung neu ausrichten:** Die Wirtschaftsförderung des Landes
1035 muss zukünftig an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet sein und dem Erhalt
1036 von Beschäftigung dienen. Bei Insolvenzen und Massenentlassungen muss die
1037 Landesregierung eingreifen. Den Einsatz öffentlicher Mittel zum Erhalt von
1038 Arbeitsplätzen verbindet DIE LINKE dabei mit der Eigentumsfrage. Es ist nicht
1039 einzusehen, weshalb öffentliche Gelder zur Absicherung privater Profite
1040 eingesetzt werden sollten. Die Förderrichtlinien der Wirtschafts- und
1041 Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) sollen überarbeitet werden. Unternehmen,
1042 die Lohndumping betreiben oder Umweltstandards unterlaufen, dürfen keine
1043 öffentliche Förderung bekommen. Die Wirtschaftsförderung muss am
1044 Grundsatz „Gute Arbeit“ ausgerichtet werden. Um in den Genuss von
1045 Wirtschaftsförderung zu kommen, muss u.a. die Tarifbindung gewährleistet und
1046 prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und Befristungen
1047 ausgeschlossen sein. Bei Vorhandensein eines Betriebsrats sollte ein Bonus
1048 gezahlt werden. Eine wirksame Kontrolle ist wichtig, damit soziale Kriterien
1049 auch eingehalten werden. Die monetäre und nicht-monetäre
1050 Wirtschaftsförderung in Hessen wollen wir wieder zusammenführen. Die
1051 regionale Struktur- und Wirtschaftsförderung sollte stärker auf die Bewältigung
1052 des Strukturwandels und im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation
1053 ausgerichtet werden.
 - 1054 ● **Kleine und mittelständische Unternehmen fördern:** Wir wollen kleine und
1055 mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften, gerade bei
1056 Ansiedlungen in ländlichen Regionen, fördern und stärken. Aufträge der
1057 öffentlichen Hand wollen wir nach einem Vergabegesetz erteilen, das die
1058 Aufteilung der Aufträge in Teillose vorschreibt, die die KMU leisten können. Die
1059 Energiewende birgt große Chancen für das Handwerk in Hessen, wenn sie
1060 endlich vorangetrieben und gefördert wird. Gleiches gilt für die Reparatur- und
1061 Modernisierungsoffensive, die wir vorschlagen, um den Energie- und
1062 Ressourcenverbrauch von Haushalten, Behörden und Unternehmen zu
1063 verringern.

- 1064
- 1065
- 1066
- 1067
- 1068
- 1069
- 1070
- 1071
- 1072
- 1073
- 1074
- 1075
- 1076
- 1077
- 1078
- 1079
- 1080
- 1081
- 1082
- 1083
- 1084
- 1085
- 1086
- 1087
- 1088
- 1089
- 1090
- 1091
- 1092
- 1093
- 1094
- 1095
- 1096
- 1097
- 1098
- 1099
- 1100
- 1101
- 1102
- 1103
- 1104
- 1105
- 1106
- 1107
- **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken:** DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollen vom Land unterstützt werden. Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen Personenverkehrs spielen hier eine wichtige Rolle. So können Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen sowie Verkehrswege reduziert werden.
 - **Wirtschaftskriminalität bekämpfen:** In der Bundesrepublik Deutschland sind laut der Statistik des Bundeskriminalamtes nur 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7 Prozent entfallen rund 60 Prozent des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen Schadens. Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz. Sanktionen gegen diese Institutionen müssen ausgeschlossen sein, eine Wiederholung der kriminellen Machenschaften der Koch-Regierung gegen Steuerfahnder*innen muss wirksam verhindert werden.
 - **Den Versorgungsauftrag der hessischen Sparkassen gewährleisten:** Die in öffentlich-rechtlicher Gewährträgerschaft geführten Sparkassen dienen insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen, deshalb ist ein dichtes Filialnetz zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, mit Krediten an ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe zur regionalen Mittelstandsförderung beizutragen. Anders als private Banken sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir wollen die Gemeinwohlorientierung stärken. Die letzten Novellierungen des Sparkassengesetzes, die gegen den erklärten Willen der Sparkassen, Städte und Gemeinden sowie der Beschäftigten durchgedrückt wurden, müssen zurückgenommen werden. DIE LINKE lehnt eine Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab. Wir wollen den Einfluss der Kommunen auf die Sparkassen erhalten. Darüber hinaus ist gesetzlich festzuschreiben, dass die Dispozinsen bei Sparkassen maximal 5 Prozent über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen dürfen. Derzeit werden nicht einmal 10 Prozent der von den Sparkassen erwirtschafteten Gewinne an ihre Träger, die Kommunen, ausgeschüttet, obwohl die Haushaltslage in vielen hessischen Kommunen angespannt ist. Das wollen wir ändern.

1108 5. Unsere Zukunft klimagerechter

1109 DIE LINKE setzt sich für eine lebenswerte Umwelt ein. Dafür müssen unsere
1110 natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und die Ressourcen auf ökologisch
1111 verträgliche, nachhaltige und gerechte Weise genutzt werden. Ohne eine
1112 grundlegende Veränderung der Energieversorgung, der Produktion von
1113 Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern sowie des Konsum- und Mobilitätsverhaltens
1114 werden wir weder das Artensterben noch den Klimawandel stoppen können.

1115 Extreme Wetterereignisse, Waldsterben und Ernteaufschläge durch Dürren, der
1116 steigende Meeresspiegel und sinkende Grundwasserstände: Die Klimakrise ist
1117 angekommen. Die globale Erwärmung ist aber nur ein Teil der ökologischen Krise,
1118 deren Ursache ein Wirtschaftssystem ist, das für Profit und Wachstum Menschen und
1119 unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutet. Weltweit treffen Umweltzerstörung,
1120 Folgen des Klimawandels und Verknappung natürlicher Ressourcen sozial schlechter
1121 gestellte Menschen zuerst und besonders hart. Das gilt auch für Hessen.

1122 Die schwarz-grüne Landesregierung erreicht die Nachhaltigkeitsziele nicht, legte
1123 einen unzureichenden Klimaschutzplan vor und verabschiedete ein weitgehend
1124 unverbindliches Klimaschutzgesetz. Damit setzt sie unsere natürlichen
1125 Lebensgrundlagen aufs Spiel. Der Verlust von Arten und Lebensräumen in Hessen
1126 hat in zehn Jahren schwarz-grüner Regierung traurige Höchststände erreicht. Eine
1127 Trendumkehr ist nicht in Sicht. Die Landesregierung ist mit ihrer Biodiversitätsstrategie
1128 gescheitert. Wirtschaftliche Entscheidungen, die dem Erhalt des Wohlstandes weniger
1129 dienen, bestimmen an Stelle einer am Gemeinwohl orientierten Ökonomie das
1130 politische Handeln. Wachstumszwang im Kapitalismus macht bis dato alle
1131 Bemühungen des Umwelt- und Naturschutzes zunichte. Das müssen wir gemeinsam
1132 ändern!

1133 5.1. Unsere Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

1134 Eine klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare
1135 Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21.
1136 Jahrhunderts. Die Verwerfungen durch den Krieg in der Ukraine haben das Bedürfnis
1137 nach bezahlbarer Energie, aber auch nach einem zukunftsfähigen Umbau der
1138 Energieversorgung noch verschärft. DIE LINKE setzt sich daher für einen sozial-
1139 ökologischen Umbau ein. Dieser Umbau muss dazu beitragen, den Verbrauch
1140 natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Energie aus
1141 erneuerbaren Quellen zu erzeugen, muss den Grundsätzen der Ressourcenschonung
1142 und der Reduzierung von Energieverbrauch folgen.

1143 Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, zu denen sich Deutschland international
1144 verpflichtet hat, muss der Kohlendioxid Ausstoß pro erzeugte Kilowattstunde drastisch
1145 verringert werden. Dies kann nur durch eine Stromproduktion mittels erneuerbarer

1146 Energien gelingen. Hessen bleibt beim Ausbau der erneuerbaren Energien zurück und
1147 belegt aktuell nur Platz 14 im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

1148 DIE LINKE will:

- 1149 ● **Eine Energieeinsparung:** Am preiswertesten und klimafreundlichsten ist
1150 immer noch die Kilowattstunde, die gar nicht erst bereitgestellt werden muss.
1151 Strom, Heizenergie und Prozessenergie in der Industrie müssen eingespart
1152 werden. Auch Strom aus erneuerbarer Energie wird in Zukunft nicht unbegrenzt
1153 zur Verfügung stehen. Wärmedämmung und neue Technik können den
1154 Heizenergiebedarf erheblich reduzieren. Öffentlicher Personenverkehr
1155 verbraucht deutlich weniger Energie als die individuelle Nutzung von PKW,
1156 Güterverkehr auf der Schiene oder dem Binnenschiff weniger als Lkw-Verkehr
1157 auf der Straße. Noch immer gehen in Industrie und Gewerbe große Mengen
1158 sogenannter Abwärme ungenutzt verloren. Dazu sind staatliche
1159 Fördermaßnahmen, aber auch gesetzliche Vorgaben für Einsparung und die
1160 Senkung des Materialaufwands sowie die Erhöhung der Lebensdauer von
1161 Produkten notwendig.
- 1162 ● **Die Energiewende zügig umsetzen:** Für den Klimaschutz und für dauerhaft
1163 bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler Brennstoffe am
1164 Energieverbrauch deutlich schneller gesenkt werden. Eine hundertprozentige
1165 Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2040
1166 ist dies auch für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Für Hessen
1167 liegen die Schwerpunkte bei der Nutzung von Wind- und Solarenergie,
1168 Wasserkraft und Biomasse aus Abfällen. Eine großräumige Vernetzung der
1169 verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die Schwankungen bei der
1170 Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe
1171 Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue,
1172 zukunftssichere Arbeitsplätze. Kommunale Projekte sollen von Hessenforst
1173 durch pachtfreie Bereitstellung öffentlicher Flächen unterstützt werden. Die
1174 hessische Bauordnung ist dahingehend zu überarbeiten, dass so genannte
1175 Solarsatzungen wieder möglich werden. Wir müssen bei der Nutzung der
1176 Solarenergie den Turbo einschalten. Die Dächer von öffentlichen Gebäuden
1177 müssen in nur fünf Jahren für Solaranlagen genutzt werden.
- 1178 ● **Den Kohleausstieg in Hessen:** Hessen kann beim Ausstieg aus der
1179 Kohleverstromung vorangehen. Erste Maßnahme wäre die endgültige und
1180 vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Danach müssen bis
1181 2025 alle weiteren Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die Konzerne müssen
1182 frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die
1183 Beschäftigten sozial abgesichert werden. Ein planmäßiger Ausstieg ist auch
1184 deshalb notwendig, damit durch weitere gezielte Investitionen in erneuerbare
1185 Energien neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- 1186 ● **Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren:**
1187 Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere

1188 Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung
1189 der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen
1190 Gemeinden als wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine
1191 aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen
1192 wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung
1193 wieder in der hessischen Gemeindeordnung verankern. Privatisierte
1194 Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt werden.
1195 Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen
1196 wir fördern und unterstützen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss
1197 den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den
1198 Einnahmen aus Windparks beteiligt werden. Außer Kommunen oder
1199 Bürgerenergiegenossenschaften kann auch das Land selbst Windkraftanlagen
1200 planen, bauen und betreiben. Auch hierbei müssen die umliegenden
1201 Kommunen an den Gewinnen beteiligt werden.

- 1202 ● **Entscheidungsprozesse demokratisieren – Bürgerbeteiligung:** Mit der
1203 Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und
1204 Planungsrecht, der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen
1205 verbunden. Auch hier heißt es auf allen Ebenen :mehr Demokratie wagen.
1206 Damit kann auch die lokale Akzeptanz für den Ausbau von Anlagen und Netzen
1207 verbessert werden.
- 1208 ● **Energiepreise deckeln:** Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht
1209 verteilt werden. In den letzten Jahren sind die Energiekosten für private
1210 Haushalte erheblich gestiegen. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert DIE
1211 LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle.
- 1212 ● **Stromabschaltungen verhindern – Grundverbrauch billiger machen:** DIE
1213 LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur bei den Grundversorgern ein. Der
1214 Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird
1215 ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Höherer Stromverbrauch wird mit
1216 höheren Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung
1217 dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt
1218 werden. Stromabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören. Der
1219 Zugang zu Energie ist ein Grundrecht!
- 1220 ● **Energieberatung:** Eine flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für
1221 alle Privathaushalte angeboten werden. Für Haushalte mit niedrigen
1222 Einkommen sind ausreichende Hilfen für die Anschaffung energiesparender
1223 Haushaltsgeräte und Heizungen erforderlich.
- 1224 ● **Energiegenossenschaften unterstützen und fördern:** In Hessen haben sich
1225 Energiedörfer und Energiegenossenschaften gebildet, in denen Bürger*innen
1226 gemeinsam für eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie aktiv
1227 werden. Diese Initiativen gilt es zu unterstützen und zu fördern, um weitere
1228 solche Projekte in ganz Hessen anzuregen. Neben Windkraft ist die Installation
1229 von Solaranlagen auch auf privaten Flächen sowie auf Dächern privater
1230 Gebäude und Eigenheime zu fördern und durch zinslose Kredite finanziell zu
1231 unterstützen.

- 1232
- 1233
- 1234
- 1235
- 1236
- 1237
- 1238
- 1239
- 1240
- 1241
- 1242
- 1243
- 1244
- 1245
- 1246
- 1247
- 1248
- 1249
- 1250
- 1251
- 1252
- 1253
- 1254
- 1255
- 1256
- 1257
- 1258
- 1259
- 1260
- 1261
- 1262
- 1263
- 1264
- 1265
- 1266
- 1267
- 1268
- 1269
- 1270
- 1271
- 1272
- 1273
- 1274
- **Energetische Sanierung voranbringen:** Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein großes Potential zur Einsparung von Energie. Die Landesregierung will die energetische Sanierungsquote von derzeit 1 Prozent auf 2 Prozent aller Gebäude in Hessen jährlich erhöhen, stellt aber keine Mittel dafür bereit. Für die in den Nachkriegsjahren erbauten Großwohnsiedlungen soll ein Sofortprogramm zur energetischen Sanierung aufgelegt werden. Für alle privaten Hausbesitzer wird bis 2025 ein kostenloser Klimacheck durch qualifizierte Sanierungsberater*innen aktiv angeboten. Nach der energetischen Sanierung darf die Mieterhöhung nicht höher sein, als die Mieter*innen an Heizkosten sparen.
 - **Die Wärmewende einleiten:** Die Kraft-Wärme-Kopplung, die Abwärmenutzung und/oder der Einsatz erneuerbarer Energien müssen Vorrang bei der Wärmeversorgung von Gebäuden und Anlagen haben. Öffentliche Gebäude dürfen nur noch als Energie-Plus-Häuser erstellt werden. Fernwärmenetze sowie der Aufbau von Abwärmenetzen im Nahumfeld von Kraftwerken, Klärwerken und Abwasserleitungen, Industrieparks und Rechenzentren müssen vom Land unterstützt werden. Die Genehmigung neuer Rechenzentren wollen wir von einer nachhaltigen Abwärmenutzung und einem hohen Grad an Energieeffizienz abhängig machen. Wärme aus industriellen Anlagen und Rechenzentren darf nicht länger ungenutzt an die Umwelt abgegeben werden. Hier muss es eine Pflicht zur Nutzung der Abwärme geben.
 - **Fracking verbieten:** Durch den Ausfall der Erdgaslieferungen aus Russland wird wieder der Einsatz von Fracking zur Gasgewinnung aus tiefen Erdschichten gefordert. Aber Fracking ist mit großen, zum Teil unkalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, vor allem für das Trinkwasser, verbunden. Jetzt enorme Summen und Technik in den Aufbau einer Technologie zur Gewinnung fossiler Brennstoffe zu investieren, deren Nutzung bis 2035 eingestellt werden muss, ist Unsinn. Stattdessen muss der Ausbau erneuerbarer Energie endlich entschieden vorangetrieben werden. Wir bleiben bei der Forderung nach einem bundesweiten Verbot von Fracking. Der Schutz von Grund- und Oberflächengewässern hat oberste Priorität.
 - **Den Rückbau des AKW Biblis:** Der Schutz der Bevölkerung muss beim Rückbau des Atomkraftwerks in Biblis an erster Stelle stehen. Insbesondere das als „Freimessen“ bezeichnete Verfahren, radioaktive Abrissteile als unbedenklich zu erklären und auf (Hausmüll-)Deponien zu lagern oder sogar wieder zu verwerten, lehnen wir ab. Solange es keine Endlager gibt, muss das hochradioaktive Material im Zwischenlager in Biblis verbleiben und so sicher wie möglich gelagert werden. Dazu braucht es Wartungs- und Reparatureinrichtungen wie z.B. Heiße Zellen, die an die unterschiedlichen Castor-Behälter angepasst sind. Der Schutz vor Flugzeugabstürzen und Anschlägen muss verbessert werden. Radioaktives Material aus dem Rückbau von Biblis muss in einem Altlastenkataster erfasst werden. Der Landkreis

- 1275 Bergstraße ist von der Entsorgungspflicht für leicht radioaktive Abfälle zu
1276 befreien. Ein weiteres Zwischenlager in Hanau lehnen wir ab.
- 1277 ● **Reparieren statt wegwerfen - Reparaturbonus für Haushaltsgeräte:**
1278 Haushaltsgeräte müssen nicht nur länger halten, sie müssen auch repariert
1279 werden können. Wer das kaputte Handy, den Kühlschrank oder die
1280 Waschmaschine wieder in Stand setzen lässt, soll sich die Hälfte der
1281 Reparaturkosten (bis zu 100 Euro) vom Land erstatten lassen können.
 - 1282 ● dass die Landesregierung den **Klimanotstand** erklärt: Alle Beschlüsse müssen
1283 auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden.

1284 5.2. Unseren Verkehr sozial und ökologisch gestalten - 1285 Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

1286 Das 9-Euro-Ticket hat es gezeigt: Eine andere Verkehrspolitik ist möglich, wenn nur
1287 der politische Wille da ist. Leider fehlt dieser bei der hessischen Landesregierung an
1288 viel zu vielen Stellen.

1289 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen
1290 Leben. Fahrten zum Arzt oder zur Ärztin, zu Kulturveranstaltungen, zu Freund*innen
1291 und Familie müssen jedem Menschen möglich sein. Verkehr verursacht aber auch
1292 erhebliche Umweltbelastungen. Feinstäube, Stickoxide und Verkehrslärm führen zu
1293 Gesundheitsschäden. Verkehr macht einen großen Teil des Energieverbrauchs in
1294 Hessen aus. Ein Drittel des klimaschädlichen Treibhausgasausstoßes in Hessen
1295 stammt aus dem Verkehr. Bislang ist es nicht gelungen, den Treibhausgasausstoß
1296 des Verkehrs in Hessen gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Seit Jahren
1297 nimmt der Autoverkehr weiter zu. Auch der Trend zu immer größeren Autos (SUVs)
1298 hat daran einen Anteil und muss gestoppt werden. Um den Klimawandel aufzuhalten,
1299 brauchen wir eine Verkehrswende. Während der Ausbau des Straßen- und
1300 Luftverkehrs massiv vorangetrieben wird, ist der öffentliche Personennahverkehr
1301 (ÖPNV) weiterhin chronisch unterfinanziert. Die Folge sind schlechte Fahrpläne,
1302 fehlende Verbindungen und zu hohe Fahrpreise.

1303 Bus- und Bahnunternehmen bieten Arbeitsplätze für tausende Menschen in Hessen.
1304 Gerade diese Menschen haben erleben müssen, wie die Politik der Landesregierung
1305 ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Die Liberalisierung
1306 im öffentlichen Personennahverkehr lehnen wir ab. Das ÖPNV-Angebot stagniert und
1307 die Fahrpreise befinden sich im bundesweiten Vergleich an der Spitze. Ein gutes
1308 ÖPNV-Angebot in der Fläche entlastet die Städte und Menschen können auf dem
1309 Land leben bleiben.

1310 DIE LINKE will:

- 1311 ● **Bezahlbare und flächendeckende Mobilität für alle:** DIE LINKE tritt dafür
1312 ein, dass alle Bürger*innen eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch

1313 außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dafür
1314 brauchen wir einen flächendeckend ausgebauten, rund um die Uhr gut
1315 getakteten, klimaschonenden und bezahlbaren ÖPNV. Im Bereich des
1316 öffentlichen Personennahverkehrs kann dies unmittelbar erreicht werden,
1317 indem die Regionalisierungsmittel entsprechend erhöht werden.
1318 Wir wollen die Preise im ÖPNV deutlich senken und streben dabei die zügige
1319 Umsetzung des Nulltarifs an. Dies kann kostenneutral durch den Abbau
1320 umweltschädlicher Subventionen für den Autoverkehr gegenfinanziert werden.
1321 Neue solidarische Finanzierungsmodelle könnten beispielsweise auch eine
1322 Umlagefinanzierung durch Gewerbe und Arbeitgeber*in und/oder ein
1323 Bürgerticket darstellen, das preislich deutlich unter den heutigen Monatskarten
1324 liegen müsste, sowie einer stärkeren Bezuschussung aus Steuermitteln. Die
1325 zeitlich begrenzte Einführung des 9-Euro-Tickets zeigt, was politisch möglich
1326 ist. Den Preis für das bundesweite 49-Euro-Ticket wollen wir senken und ein
1327 sehr kostengünstiges Sozialticket für Bus und Bahn schaffen.

- 1328 ● **Die Stärkung des ÖPNV:** Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert, dabei sind
1329 massive Investitionen in den Ausbau und ein besseres Angebot notwendig. DIE
1330 LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderung des Bundes vor allem die
1331 Regionalisierungsmittel erhalten und dynamisch erhöht wird. Das Land Hessen
1332 muss, wie andere Bundesländer, auch in ausreichendem Maße eigene
1333 Landesmittel für die Förderung des ÖPNV bereitstellen. Die Kapazitäten
1334 müssen erhöht werden. Zur Erhöhung der Beförderungskapazität setzen wir
1335 uns für die Abschaffung der 1. Klasse im Regionalverkehr in Hessen ein. Die
1336 Bedien- und Taktzeiten müssen auch außerhalb des Ballungsraums so
1337 ausgeweitet werden, dass der ÖPNV dort eine realistische Alternative zum
1338 Auto darstellt und Menschen ohne eigenes Auto eine Teilhabe am
1339 gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht. Umsteigezeiten sollten
1340 auch im ländlichen Raum 15 Minuten nicht überschreiten.
- 1341 ● **E-Mobilität fördern im Schienenverkehr und bei E-Bikes:** Die
1342 Elektromobilität wollen wir vor allem als Schienenverkehr und durch
1343 Kaufprämien für Pedelecs, E-Bikes und Lastenräder fördern. Insbesondere die
1344 öffentliche Verwaltung sollte auf ressourcenschonende E-Mobilität umgestellt
1345 werden.
- 1346 ● **Bahnhöfe sanieren und Barrierefreiheit schaffen:** Barrierefreie Mobilität ist
1347 gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein ausreichendes
1348 Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich. Viele Bahnhöfe in Hessen
1349 sind in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites
1350 Modernisierungskonzept für Bahnhöfe. Zentraler Bestandteil davon muss die
1351 Barrierefreiheit sein.
- 1352 ● **Gute Arbeit und Arbeitsbedingungen:** Wir wollen eine bessere
1353 Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung im ÖPNV.
1354 Lohndumping muss bekämpft werden. Beschäftigten müssen ausreichende
1355 Erholungszeiten zugestanden werden, Warte- und Wendezeiten dürfen nicht
1356 als Pausenzeit angerechnet werden.

- 1357
- 1358
- 1359
- 1360
- 1361
- 1362
- 1363
- 1364
- 1365
- 1366
- 1367
- 1368
- 1369
- 1370
- 1371
- 1372
- 1373
- 1374
- 1375
- 1376
- 1377
- 1378
- 1379
- 1380
- 1381
- 1382
- 1383
- 1384
- 1385
- 1386
- 1387
- 1388
- 1389
- 1390
- 1391
- 1392
- 1393
- 1394
- 1395
- 1396
- 1397
- 1398
- 1399
- 1400
- **Integrierte Verkehrskonzepte entwickeln:** Wir wollen integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichteren Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote entwickeln. Radverkehr, motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen optimal miteinander vernetzt werden. Das gilt auch für ländliche Räume. DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung des stationären Carsharings durch finanzielle Förderung, Beratung und Bereitstellung von Flächen ein.
 - **Verkehr und Verkehrsbelastung reduzieren:** Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen Lkw-Transporte und motorisierter Individualverkehr zu. Für die kommenden Jahre sehen die Prognosen Steigerungen im hohen zweistelligen Bereich voraus. Im Transportwesen ist die Hauptursache dafür in den Warenströmen von Roh-, Halb- und Fertigprodukten zu sehen. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht ausreichend. Auch die Raumordnungsplanung muss so geändert werden, dass lärmintensive Fernverkehrsstraßen nicht durch Wohngebiete geführt werden. Durch Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe können unsinnige bzw. vermeidbare Transportfahrten vermieden und Verkehr reduziert werden. Die Innenstädte müssen gestärkt werden, statt immer mehr Einkaufsmöglichkeiten auf die „grüne Wiese“ zu verlegen. Nachtfahrverbote für Lkw auf Landstraßen sind ein Mittel, um die Lärmbelastung für Anwohner*innen wirksam zu reduzieren. Die Zulassung von Gigalinern (überlange Lkw) lehnen wir ab.
 - **Bahnstrecken gezielt ausbauen:** Um mehr Güter auf der Schiene zu transportieren und mehr Menschen bewegen zu können, ist die Ertüchtigung bestehender und der Ausbau neuer Bahnstrecken notwendig. Über die bereits im Bau befindlichen oder in der Planung weit fortgeschrittenen Strecken hinaus (nordmainische S-Bahnverbindung Frankfurt – Hanau, Westtangente, Rhein-Main/Rhein-Neckar-Bahn, Wallauer Spange) müssen ergänzende Strecken im Rhein-Main-Gebiet (z.B. S-Bahnring Frankfurt, Stadtbahn Wiesbaden), zur Entlastung des Rheintals, in Mittelhessen (weiterer Ausbau der Main-Weser-Bahn) und Nordhessen (RegioTram Kassel) jetzt diskutiert und geplant werden. Die Odenwaldbahn muss zweigleisig werden. Stillgelegte Strecken, wie z.B. die Verbindungen Darmstadt – Groß-Zimmern – Dieburg, Griesheim – Riedstadt-Wolfskehlen, Wächtersbach – Bad Orb, Baunatal – Schauenburg, die Aartalbahn von Wiesbaden über Bad Schwalbach nach Diez, Weiltalbahn, Solmstalbahn, Dietzhöhlzalbahn, Lumdatalbahn, Ohmtalbahn (auch im Zusammenhang mit dem Ausbau der Vogelsbergbahn), HorloffalBahn, Salzbödebahn, die alte Kanonenbahn von Treysa über Homberg (Efze) bis Malsfeld wollen wir wieder in Betrieb nehmen. Damit würden auch die Oberzentren Bad Orb, Bad Schwalbach, Taunusstein, Gladenbach, Laubach und Homberg (Efze) wieder einen Anschluss an das Schienennetz erhalten.
 - **Bahnstrecken elektrifizieren:** Die weitaus beste und sinnvollste Form von Elektromobilität ist und bleibt der innerstädtische, regionale und überregionale Schienenverkehr. Wir setzen uns für ein Investitionsprogramm zur zügigen

- 1401 Elektrifizierung der bisher von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken in
1402 Hessen und bundesweit ein. Im Bahnland Schweiz ist fast die komplette
1403 Schieneninfrastruktur elektrifiziert, in Deutschland nicht einmal zwei Drittel.
- 1404 ● **Bahnlärm bekämpfen:** Die Anwohner*innen der Bahnstrecke durch das
1405 Rheintal müssen besser vor Lärm geschützt werden. Zur Minderung des Lärms
1406 will DIE LINKE für den Güterverkehr verbesserte Schallabsorption, Einsatz von
1407 Flüsterbremsen, eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h und ein
1408 Nachfahrverbot. Mittelfristig muss eine alternative Streckenführung geplant
1409 werden, um die Anwohner*innen zu entlasten, das UNESCO-Welterbe Oberes
1410 Mittelrheintal zu schützen und den Tourismus zu fördern.
 - 1411 ● **Kein weiterer Ausbau von Autobahnen und Tempolimit einführen:** DIE
1412 LINKE lehnt den weiteren Ausbau von Autobahnen in Hessen ab. Zudem
1413 wollen wir eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h für Pkw auf allen
1414 hessischen Autobahnen.
 - 1415 ● **SUV-Verbot in Innenstädten:** Die zunehmende Nutzung von immer größeren
1416 Autos (SUVs) belastet die Innenstädte. Sie stellen eine große Gefahr für andere
1417 Verkehrsteilnehmer*innen dar, sind besonders umweltschädlich,
1418 lärmverursachend und nehmen viel Platz im öffentlichen Raum ein. Durch ihre
1419 Höhe und Größe sind sie auch geparkt besondere Sichthindernisse, etwa für
1420 Kinder. Die gemeinschädliche Nutzung von SUVs aufgrund von
1421 Statusbedürfnissen ihrer Nutzer*innen lehnt DIE LINKE ab und fordert ein
1422 Fahrverbot für unnötig große und schwere Pkw in Innenstädten.
 - 1423 ● **Radverkehr fördern:** DIE LINKE will den Erhalt, Bau und Ausbau des
1424 Radwegenetzes in Hessen und Projekte zur Ausweitung des Radverkehrs wie
1425 z.B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-Mitnahmemöglichkeiten
1426 im ÖPNV fördern. Fahrradleihsysteme sollten in die Verkehrsverbünde
1427 integriert werden. Zudem sollen Fahrradkurse für Erwachsene besser gefördert
1428 werden.
 - 1429 ● **Fußverkehr stärken, Lebensqualität erhöhen:** Fast jeder Weg aus dem Haus
1430 beginnt zu Fuß, ein Viertel aller Wege der Hess*innen wird komplett zu Fuß
1431 zurückgelegt. DIE LINKE möchte mehr Platz für Fußgänger*innen, weniger
1432 Hindernisse, mehr Überwege und bessere Grünzeiten an Ampeln. Kommunen
1433 müssen dazu verpflichtet werden, für breite und freie Gehwege zu sorgen. Rad-
1434 und Fußverkehr dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern
1435 haben unterschiedliche Anforderungen.
 - 1436 ● **Verkehrsrecht reformieren:** Hessen muss sich auf Bundesebene für eine
1437 komplette Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung einsetzen. Die heutigen
1438 Regeln, die großteils aus der Zeit der Massenmotorisierung, teilweise noch aus
1439 den 1930er-Jahren stammen, sollen möglichst viel ungehinderten Autoverkehr
1440 ermöglichen. Fuß- und Radverkehr sollen vor allem nicht stören. Regelungen,
1441 wie die, dass Kinder grundsätzlich nicht auf der Straße spielen dürfen, dass
1442 Kommunen nicht frei darüber entscheiden können, wo sie 30-Zonen errichten
1443 oder Geschwindigkeitskontrollen durchführen, sind nicht mehr zeitgemäß.

- 1444 • **Die Einhaltung von Lärm- und Luftreinhaltepläne:** Diese müssen
1445 eingehalten werden.

1446 5.3. Unsere Gesundheit vor Profite - Luftverkehr sinnvoll planen

1447 Der Flughafen Frankfurt hat für die Region eine große wirtschaftliche Bedeutung. DIE
1448 LINKE ist nicht gegen den Flughafen. An der Seite der Bürgerinitiativen und
1449 gemeinsam mit vielen Menschen kämpft DIE LINKE aber gegen das ungebremsste
1450 Wachstum des Luftverkehrs und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und
1451 Menschen. Der Luftverkehr trägt als klimaschädlichstes Verkehrsmittel stark zur
1452 globalen Erwärmung bei – die CO2-Emissionen des Luftverkehrs in Deutschland
1453 haben sich seit 1990 verdoppelt.

1454 Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht auch krank und führt zum Beispiel
1455 dazu, dass Kinder schlechter lernen. Hinzu kommen Umweltgifte wie Kohlenmonoxid,
1456 Stickoxide, Schwefeloxide und (Ultra-) Feinstaub im Bereich der Einflugschneisen.
1457 Das Land Hessen als Miteigentümerin des Flughafens trägt auch die Verantwortung
1458 für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Doch die Versuche von Verkehrsminister
1459 Al-Wazir, mit sogenannten Lärmpausen und einer freiwilligen Lärmobergrenze Abhilfe
1460 bei der Lärmbelastung zu schaffen, sind allesamt gescheitert. Die Lärmobergrenze
1461 begrenzt nicht den Fluglärm, sondern erlaubt, dass es sogar noch deutlich lauter wird.
1462 Wie die Coronakrise gezeigt hat, sorgen nur weniger Flüge für mehr Ruhe.

1463 Beim Ausbau des Frankfurter Flughafens hantierten die Ausbaubefürworter*innen mit
1464 falschen Zahlen und Prognosen. Jahrelang wurde von den Ausbauparteien CDU, SPD
1465 und FDP sowie dem Flughafenbetreiber Fraport behauptet, ohne den Ausbau des
1466 Flughafens komme es zu bedrohlichen Kapazitätsengpässen und der Flughafen sei
1467 dann nicht mehr konkurrenzfähig. Dann wurde den sogenannten Billigfliegern der rote
1468 Teppich ausgerollt, um die geschaffene Überkapazität zu füllen und ein unsäglicher
1469 Unterbietungswettbewerb befeuert. Die Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste und
1470 die vorübergehende Ansiedlung von Ryanair mit Hilfe der Landesregierung hat die
1471 Bedingungen für die Beschäftigten weiter verschlechtert. Schlecht bezahlte Jobs,
1472 Arbeit auf Abruf, Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung greifen am
1473 Flughafen immer weiter um sich.

1474 Die Fraport AG wird ihrer Verantwortung als mehrheitlich öffentliches Unternehmen
1475 nicht gerecht. Vielmehr agiert sie auf Kosten von Klima, Gesundheit und
1476 Arbeitsbedingungen als profitorientierter Global Player. Sie profitiert vom Kauf der
1477 griechischen Flughäfen bei deren erzwungener Privatisierung. Diese Politik ist nicht
1478 europafreundlich, sondern befördert die Spaltungstendenzen in Europa.

1479 Wir als LINKE meinen: Öffentliche Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl
1480 orientieren und sollten demokratisch von den Bürger*innen kontrolliert werden.
1481 Staatliche Hilfen sind notwendig, um Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven der

1482 Beschäftigten zu sichern und die erforderliche Infrastruktur zu erhalten. Sie müssen
1483 aber auch die dringend notwendige soziale und ökologische Neuordnung des
1484 Luftverkehrssektors befördern. Fluggesellschaften mit Steuergeldern über die Krise
1485 zu retten, damit sie nach der Krise wieder Flüge zu Dumpingpreisen anbieten, die
1486 eigenen Beschäftigten durch Outsourcing unter Druck setzen und einen klimapolitisch
1487 untragbaren Expansionskurs fortsetzen, ist keine Lösung. Jetzt müssen die Weichen
1488 auf eine nachhaltige Mobilität gestellt werden, statt sozial und ökologisch untragbare
1489 Geschäftsmodelle zu subventionieren.

1490 Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber
1491 den gesundheits- und klimaschädlichen Flugverkehr zu vermindern, wollen wir ein
1492 integriertes Verkehrskonzept zwischen Schiene und Flugverkehr auf deutscher und
1493 europäischer Ebene. Flughäfen müssen zusammenarbeiten, anstatt in Konkurrenz
1494 zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu vergrößern.

1495 Die Luftverkehrsbranche setzt mit dem „klimaneutralen Fliegen“ darauf, ihr bisheriges
1496 Geschäftsmodell durch technische Neuerungen zu retten. Tatsächlich zeigen erste
1497 Forschungen, dass Kerosin aus erneuerbarer Energie den CO₂-Ausstoß und den
1498 mancher anderer Schadstoffe beim Fliegen vermeiden kann. Bei
1499 Verbrennungsvorgängen in den oberen Schichten der Erdatmosphäre entstehen aber
1500 zusätzliche Stoffe mit klimaschädlicher Wirkung. Diese lassen sich verringern, aber
1501 nicht vollständig vermeiden. Fliegen wird also auch in Zukunft das Klima bedrohen
1502 und muss auf ein vernünftiges Maß beschränkt bleiben.

1503 Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE dafür ein, die steuerliche Begünstigung des
1504 Luftverkehrs z.B. gegenüber der Bahn zu beenden. Kerosin darf nicht länger von der
1505 Energiesteuer befreit sein, Umsatzsteuer muss auch auf internationale Flugtickets
1506 erhoben und der Luftverkehr vollständig in den europäischen Emissionshandel
1507 einbezogen werden. Im Fluglärmschutzgesetz sollen die Lärmgrenzwerte abgesenkt
1508 werden und auch für Militärflugplätze gelten, die Beteiligung der Bevölkerung muss
1509 festgeschrieben werden.

1510 DIE LINKE will:

- 1511 ● **Luftverkehr verringern:** Kurzstreckenflüge zu Zielen, die in weniger als fünf
1512 Stunden mit der Bahn erreicht werden können, sollen vollständig auf den
1513 Zugverkehr verlagert werden. Dadurch freiwerdende Start- und Landerechte
1514 dürfen nicht neu vergeben werden. Die Kostenübernahme für Dienstreisen auf
1515 solchen Strecken soll ausgeschlossen werden. Die Zahl der Flugbewegungen
1516 am Flughafen Frankfurt wollen wir auf 380.000 Starts und Landungen pro Jahr
1517 begrenzen. Die Nordwestlandebahn kann dann geschlossen und der weitere
1518 Ausbau vom Terminal 3 gestoppt werden.
- 1519 ● **Fluglärm reduzieren und Anwohner entschädigen:** Das Nachtflugverbot in
1520 Frankfurt soll auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr ausgedehnt werden. Flugrouten
1521 müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und

1522 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
1523 Lärminderung und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen stehen.
1524 Dort, wo es nicht leiser werden kann, müssen Anwohner*innen vollständig
1525 entschädigt werden. Der Flughafenbetreiber FRAPORT muss sämtliche
1526 Kosten tragen, die Kostenübernahme darf nicht verjähren.

- 1527 ● **Gesamtbelastung ermitteln und verringern:** Eine Gesamtbelastungsstudie
1528 für das Rhein-Main-Gebiet mit der Zielsetzung,
1529 Umweltverträglichkeitsprüfungen von regionalen Planungsprozessen zu
1530 qualifizieren und eine monetäre Bewertung von Folgekosten für Menschen und
1531 Umwelt vorzunehmen (externe Kosten) ist seit langem überfällig. Zusätzlich
1532 brauchen wir eine umweltökonomische Gesamtbilanz der gesellschaftlichen
1533 Kosten und Nutzen des Flughafens. Unverzüglich wollen wir eine
1534 wissenschaftlich fundierte und qualifizierte Untersuchung der Auswirkungen
1535 von Schadstoff- und Feinstaubemissionen des Flugverkehrs auf die
1536 Gesundheit der Bevölkerung in den Anliegergemeinden des Frankfurter
1537 Flughafens durchführen. Im Zuge der Verkehrswende entwickeln wir ein
1538 Transformationskonzept für den Frankfurter Flughafen mit weniger Luftverkehr.
- 1539 ● **Arbeitsbedingungen verbessern:** Outsourcing und Lohndumping müssen
1540 unterbunden werden.
- 1541 ● **Rückstufung Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz:** Der vom Land
1542 Hessen gebaute Flughafen Kassel-Calden ist ein Millionengrab, dass die
1543 Steuerzahler*innen teuer zu stehen kommt. DIE LINKE fordert deshalb, den
1544 Flughafen zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen und die öffentlichen Mittel
1545 für den Betrieb für eine geeignetere Wirtschaftsförderung in Nordhessen zu
1546 nutzen.

1547 5.4. Unsere Landwirtschaft: Gesunde Nahrungsmittel, faire 1548 Preise, Schutz von Ressourcen, Klima, Umwelt, Tier und 1549 Mensch

1550 DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Lebensmittel müssen
1551 sozialer und umweltschonender produziert und faire Preis für die Erzeuger*innen
1552 garantiert werden. Dazu müssen die in den ländlichen Räumen für alle erbrachten
1553 ökologischen Leistungen wie Grundwasserschutz, Kohlendioxidspeicherung in Böden
1554 und Schutz der biologischen Vielfalt, von der Gemeinschaft z.B. durch höhere
1555 Erzeugerpreise honoriert werden. Gleichzeitig dürfen Lebensmittelpreise nicht weiter
1556 steigen, sondern Gewinnmargen von Handelsketten begrenzt werden.

1557 Die Sicherung unserer Ernährung mit einer klima- und umweltfreundlichen
1558 Landwirtschaft muss oberste Priorität haben. Landwirtschaft gehört zu den
1559 Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. Die Agrarwirtschaft wird
1560 europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dies trägt zur Zerstörung
1561 lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des Globalen Südens, aber

1562 auch hier vor Ort bei. Von niedrigen Erzeugerpreisen profitieren nur die
1563 Ernährungsindustrie und die Handelsketten.

1564 Eine Landwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen zerstört, darf nicht weiter mit
1565 öffentlichen Geldern gefördert werden. Rechnet man den konventionell erzeugten
1566 Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden
1567 Umweltschäden zu (z.B. Grundwasserschäden, Bodendegradation, Artensterben),
1568 sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger
1569 als konventionelle.

1570 DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein, welche
1571 regionale Wertschöpfung befördert, das Höfesterben beendet, existenzsichernde
1572 Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen schützt und im Sinne einer gerechteren
1573 Welthandelsordnung wirkt.

1574 Die landwirtschaftliche Produktion muss schneller an den Klimawandel mit höheren
1575 Temperaturen und längeren Trockenperioden angepasst und die
1576 Treibhausgasemissionen verringert werden. Zwischen 14 und 20 Prozent der
1577 klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und
1578 Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn
1579 weniger tierische Produkte konsumiert werden, können die Klimaziele erreicht werden.
1580 Auch die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie müssen radikal verbessert
1581 werden. Werkverträge und Leiharbeit müssen abgeschafft werden.

1582 Ob krebserregend oder nicht - Glyphosat hat in Muttermilch, Nahrungsmitteln,
1583 Trinkwasser oder im Boden nichts verloren. Der Einsatz von Totalherbiziden wie
1584 Glyphosat hat einen großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des
1585 Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, entziehen
1586 wir zehn Insektenarten die Nahrungsgrundlage. Die von schwarz-grün vor fünf Jahren
1587 angekündigte Reduktion von Pestiziden hat es nicht gegeben.

1588 DIE LINKE will:

- 1589 ● **Wochenmarkt statt Weltmarkt:** Die Erzeugung, Verarbeitung und
1590 Vermarktung regionaler Produkte werden wir fördern, z.B. durch Kita- und
1591 Schulessen aus regionalem und Bio-Anbau. Regionale Molkereien,
1592 Getreidemühlen und Schlachthöfe müssen unterstützt werden. Der Export von
1593 Fleisch in Länder des Globalen Südens darf nicht durch staatliche Zuschüsse
1594 verbilligt werden. Für Soja und Palmöl darf kein Regenwald mehr fallen.
1595 Agrarrohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau stammen.
- 1596 ● **Bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie:** Das Höfesterben wollen wir
1597 beenden und die soziale Situation der Landwirt*innen verbessern, z.B. durch
1598 eine angemessene Alterssicherung und die Einbindung in die gesetzliche
1599 Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der
1600 großen Agrarkonzerne geschützt werden. Die massive Ansiedlung

1601 agrarindustrieller Tierfabriken in Nordhessen unter schwarz-grün wollen wir
1602 beenden. Sie bedeutet eine Verdreifachung der Mastplätze und damit einen
1603 sprunghaften Anstieg von Treibhausgasen und gefährlichen Abwässern.
1604 Patente auf Leben wollen wir verbieten. Alte Pflanzensorten und Tierrassen
1605 sollen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. So schützen wir
1606 auch die genetische Vielfalt. Gentechnikfreie klassische und ökologische
1607 Züchtung wollen wir mit höheren Forschungsmitteln stärken. Das Klonen von
1608 Tieren muss verboten bleiben.

- 1609 ● **Öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden,**
1610 **transparent und nachvollziehbar machen:** Fördermittel müssen künftig nicht
1611 nur an ökologische Ziele, sondern auch an Tierschutz- und soziale Ziele, wie
1612 die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und
1613 Ausbildungsplätzen, gebunden werden.
- 1614 ● **Ökolandbau in Hessen ausweiten, Energieverbrauch und**
1615 **Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft reduzieren:** Die gesamte
1616 Nahrungsmittelproduktion muss klimaschonender werden. Nicht nur der
1617 Ökolandbau, auch die konventionelle Landwirtschaft muss ihre
1618 Anbaumethoden schneller an den Klimawandel anpassen. Hierzu zählen z.B.
1619 Agroforstsysteme, Permakulturen, angepasste Sorten und
1620 Bewässerungssysteme.
- 1621 ● **Regionale Energieerzeugung aus Biomasse:** Biogas lässt sich leicht und
1622 wirtschaftlich aus Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft und aus Ernteabfällen
1623 produzieren. Das wollen wir fördern. Der Bau von neuen Biogasanlagen darf
1624 eine Bestandserhaltung von hohen Viehdichten nicht unterstützen. Der Anbau
1625 von Lebensmitteln muss Vorrang vor der Biomasseerzeugung zur
1626 Energiegewinnung haben. E10 ist kein Klimaschutz.
- 1627 ● **Chancen der Digitalisierung auch in der Landwirtschaft nutzen:** Zur
1628 Entlastung der Landwirt*innen und um den bürokratischen Aufwand zu
1629 verringern, müssen Daten zur Berichtspflicht halbautomatisch erfasst und
1630 übermittelt werden. Für regionale Kooperationen wie Sharing-Modelle für
1631 Geräte oder Wissen sowie Vernetzung und Logistik muss es eine digitale
1632 Plattform geben.
- 1633 ● **Solidarische Landwirtschaft fördern:** Ernährungssysteme, wie z.B.
1634 Solidarische Landwirtschaft oder Ernährungskooperativen, die die Verbindung
1635 zwischen städtischen und ländlichen Regionen verbessern, wollen wir auch
1636 institutionell fördern.
- 1637 ● **Tierschutz verbessern:** Die Anzahl der Nutztiere darf die Menge des zur
1638 Verfügung stehenden Futters nicht übersteigen. Die Futtermittelproduktion darf
1639 nicht in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau stehen, sondern muss diesen
1640 ergänzen. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wollen wir auf kranke
1641 Tiere beschränken und nur nach tierärztlicher Verschreibung erlauben. Der
1642 Einsatz von Reserveantibiotika muss verboten werden. Lebendtiertransporte
1643 sind soweit wie möglich zu vermeiden und dürfen nicht länger als vier Stunden
1644 dauern

- 1645 ● **Glyphosat verbieten:** Den Einsatz von Glyphosat und anderen
1646 Totalherbiziden sowie Importe von glyphosathaltigen Nahrungs- und
1647 Futtermitteln wollen wir verbieten.
- 1648 ● **Lebensmittelverschwendung verringern:** Wir setzen uns für verbindliche
1649 Reduktionsziele entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein. Supermärkte
1650 müssen verpflichtet werden, aussortierte, aber noch genießbare Lebensmittel
1651 kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Nahrungsmittel dürfen nicht mehr
1652 absichtlich ungenießbar gemacht werden. Wir fordern einen legalen Zugang zu
1653 weggeworfenen und dennoch genießbaren Lebensmitteln. Containern wollen
1654 wir überflüssig machen.

1655 5.5. Unsere Verantwortung: Tierschutz voranbringen und 1656 konsequent durchsetzen

1657 DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und
1658 Tieren. Wir wollen Tiere nicht als Dinge verstanden wissen und nicht als Mittel zum Profit.
1659 Deshalb setzt sich DIE LINKE für konsequenten Tier- und Artenschutz ein. Tierschutz muss
1660 unabhängig von Profitinteressen durchgesetzt werden. Dafür muss der Umgang mit
1661 Tierversuchen, Heim- und Wildtierhaltung, Tierhandel sowie mit sogenannten Nutztieren
1662 verändert werden. Das geht nur mit einer Reform des Tierschutzgesetzes im Sinne des im
1663 Grundgesetz verankerten Staatsziels. Konsequenter Tierschutz braucht klare Regeln ohne
1664 Schlupflöcher.

1665 Tiere sind fühlende Wesen und als solche zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf
1666 Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu. Sie werden in unserer Gesellschaft
1667 aber immer wieder wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Rechtlich gelten sie als
1668 Sache. Sie sind Ausbeutung und Quälerei durch Wirtschaft und Wissenschaft
1669 ausgeliefert. Damit dies ein Ende hat, machen wir auch für die Tiere Politik.

1670 DIE LINKE will:

- 1671 ● **Heimtierhaltung und -handel reglementieren:** Der Heimtierhandel muss zum
1672 Schutz der Tiere reglementiert werden – wer mit Tieren handeln möchte, muss
1673 sachkundig sein und Beratungspflichten erfüllen. Außerdem muss es eine
1674 Rückverfolgbarkeit auch bei Kleintieren und Exoten geben. Viele Anbieter auf
1675 Online-Portalen agieren unseriös. Einen Welpen mit einem Klick online kaufen
1676 - ohne, dass die Identität des Händlers ersichtlich ist, muss verboten werden.
1677 Auch muss es klare Vorgaben als Mindestschutzstandards von Heimtieren
1678 geben. Dass beispielsweise ein einzelnes Kaninchen den ganzen Tag in einem
1679 kleinen Käfig sitzt, ist heute leider noch Alltag und muss verboten werden.
- 1680 ● **Rasseliste abschaffen:** Die Gefährlichkeit eines Hundes ergibt sich nicht aus
1681 der Zugehörigkeit zu einer Rasse, sondern hängt stark von den Fähigkeiten der
1682 den Hund haltenden Person ab. Deshalb fordern wir die Einführung eines
1683 Sachkundenachweises und die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für

1684 alle Hunde. Die Kosten hierfür müssen für alle bezahlbar sein. Die Rasseliste
1685 ist unwissenschaftlich und muss unverzüglich abgeschafft werden.

1686 ● **Katzenschutz:** Herrenlose Straßenkatzen leben oft im Elend. Wir setzen uns
1687 für eine landesweite Katzenschutzverordnung ein. Durch Kastration von
1688 Straßenkatzen wird der Bestand reduziert. Um eine unkontrollierte
1689 Fortpflanzung zu vermeiden, müssen auch alle fortpflanzungsfähigen
1690 Freigänger - Katzen gekennzeichnet und registriert sein – und kastriert werden.

1691 ● **Tierheime retten:** Vor allem dem ehrenamtlichen Einsatz der
1692 Tierschützer*innen ist zu verdanken, dass ungeliebte Heimtiere nicht auf der
1693 Straße enden, sondern in Tierheimen Unterschlupf finden. Die Tierheime sowie
1694 die Wildtierauffangstationen und Gnadenhöfe brauchen eine kostendeckende
1695 Finanzierung durch das Land. Hierfür setzen wir uns ein.

1696 ● **Jagd einschränken:** Invasive Arten, wie der Waschbär, sollen nicht pauschal
1697 der Bejagung unterliegen. Arten, die bereits weit verbreitet sind und räumlich
1698 negative Auswirkungen auf das Ökosystem haben, sollen, wenn möglich, durch
1699 non-letale Maßnahmen vergrämt werden.
1700 Die unsägliche Regelung im hessischen Jagdgesetz, die den Abschuss von
1701 Katzen und Hunden erlaubt, muss abgeschafft werden.
1702 Unabhängige Monitoring-Verfahren zur Erfassung der Bestandszahlen und
1703 Besatzdichten sowie zur Evaluierung jagdlicher Maßnahmen wären ein Schritt
1704 in Richtung kritischer wissenschaftlicher Beobachtung der Jagd. Jagd als
1705 Freizeitvergnügen muss verboten werden.

1706 ● **Tierversuche abschaffen:** Ziel muss sein, Tierversuche durch alternative
1707 Methoden überflüssig zu machen. Dass eine Maus kein Mensch ist, liegt auf
1708 der Hand. Der Trend geht in Hessen leider in eine andere Richtung. Die
1709 hessische Linksfraktion hat in regelmäßigen Anfragen den steigenden Trend
1710 der Tierversuchung in Hessen sichtbar gemacht. Dieser muss umgekehrt
1711 werden.

1712 ● **Landwirtschaftliche Tierhaltung an Tierbedürfnisse anpassen –**
1713 **Tierschutz durchsetzen:** Auch landwirtschaftliche Tierhaltung muss sich an
1714 den Bedürfnissen der Tiere orientieren, nicht am Profit. Beispielsweise die
1715 unsägliche Praxis, die Tiere an ihre Haltungen anzupassen (Schnäbelkürzen
1716 bei Puten), ist abzulehnen. Ebenso das Einpferchen der Muttersauen in enge
1717 Käfige oder die ganzjährige Anbindehaltung der Milchkühe. Tiertransporte sind
1718 zu vermeiden und auf maximal drei Stunden zu begrenzen.
1719 Wenn Tierschutzvorschriften verletzt werden, muss dies konsequent
1720 sanktioniert werden. Hierfür ist eine engmaschige Kontrolle notwendig – dafür
1721 müssen Stellen geschaffen werden. Ein Verbandsklagerecht sichert die
1722 Einklagbarkeit von Tierschutzmaßnahmen – nicht nur in der Landwirtschaft.
1723 Dafür setzen wir uns ein.

1724 5.6. Unsere Flächen schützen: Flächenschutz ist Klimaschutz –
1725 Nachhaltige Flächennutzung umsetzen

1726 Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind unversiegelte Böden der
1727 drittgrößte Speicher für Treibhausgase. Auch in Hessen muss der Flächenverbrauch
1728 reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und für den Arten- und
1729 Biotopschutz mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume gesichert
1730 werden. Aber der grüne Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir hat das
1731 Nachhaltigkeitsziel, die Flächenneuanspruchnahme ab 2020 auf 2,5 Hektar pro Tag
1732 zu begrenzen, aufgegeben. Unter grüner Führung verschwinden in Hessen jährlich
1733 viele hundert Hektar beste Ackerböden unter Logistik- und Verkehrsflächen.

1734 Eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Flächennutzung ist öffentlicher
1735 Einfluss auf und öffentliches Eigentum an Grund und Boden. Statt öffentliche Flächen
1736 zu privatisieren, muss über verschiedene Maßnahmen der Bodenbevorratung der
1737 öffentliche Grund und Boden wieder vermehrt werden.

1738 DIE LINKE will:

- 1739 ● **Flächenverbrauch verringern:** Ziel muss eine Netto-Null-Versiegelung sein,
1740 d.h. neue Flächen können nur dann versiegelt werden, wenn andernorts eine
1741 mindestens gleich große Fläche entsiegelt wird. Kommunen und Kreise
1742 müssen die Instrumente, mit denen ein solcher Umgang mit Flächen durch- und
1743 umgesetzt und dann auch kontrolliert werden kann, erst aufbauen. Flächen mit
1744 Böden, die eine hohe Klimaschutzfunktion haben, wie z.B. gute und sehr gute
1745 Ackerböden sollen gar nicht mehr bebaut werden. Um das
1746 sicherzustellen, werden wir Kataster für Frei-flächen, für zu entsiegelnde und
1747 für leerstehende Flächen aufbauen. Dies sind zentrale Informationen für eine
1748 nachhaltige Flächennutzung.
- 1749 ● **Ackerboden schützen:** Gute und sehr gute Ackerböden wollen wir in
1750 Gemeineigentum überführen, um sie besser vor dem Kauf durch (Agro-
1751)Konzerne und Spekulanten sowie der Versiegelung durch Straßen oder
1752 Gewerbegebiete schützen zu können. Diese Flächen sollen von der
1753 Hessischen Landgesellschaft (HLG) aufgekauft und ausschließlich an
1754 Landwirt*innen vergeben werden, die sich für eine umweltschonende und die
1755 ökologische Leistungen der Böden erhaltende Land-wirt-schaft verpflichten.
- 1756 ● **Naturschutzflächen in die öffentliche Hand:** Sie sollen an Naturschutz- und
1757 Umweltverbände in Erbpacht vergeben werden. Das Biosphärenreservat Rhön
1758 wollen wir der militärischen Nutzung vollständig entziehen. Umweltgefährdende
1759 militärische Altlasten müssen umgehend saniert werden.

1760 5.7. Unser Wasser - sauber und rein.

1761 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass unsere Kinder und Kindeskinde
1762 r sich mit sauberem Trinkwasser versorgen können.

1763 Die letzten trockenen Sommer haben gezeigt: Unsere Wasserversorgung ist nicht an
1764 den Klimawandel angepasst. In Hessen stammen 95 % des Trinkwassers aus
1765 Grundwasser. Zwischen 2003 und 2019 ist die Menge an neu gebildetem
1766 Grundwasser um 26 % zurückgegangen. Die Landesregierung hat diese Entwicklung
1767 verschlafen und die Lösung vor allem den Kommunen und ihren Wasserversorgern
1768 überlassen. Doch die Kommunen sind überfordert und viele Versorger handeln zu
1769 wenig ökologisch und haben ein Interesse daran, viel Trinkwasser zu verkaufen.
1770 Wasser ist aber keine übliche Handelsware, „sondern ein ererbtes Gut, das geschützt,
1771 verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ (europäische
1772 Wasserrahmenrichtlinie)

1773 Wir gehen weiterhin zu verschwenderisch mit Wasser um und schützen unsere Flüsse
1774 zu wenig: In Nordhessen werden sie versalzen und in Südhessen durch
1775 Industrieabwasser und Nitrateintrag verunreinigt. Dadurch wird auch unsere
1776 Trinkwasserversorgung gefährdet, denn das alles landet im Grundwasser und
1777 gefährdet diese lebenswichtige Ressource für nachkommende Generationen. Das ist
1778 schnellstens zu ändern.

1779 Bis 2022 wurde nicht ein hessisches Klärwerk mit einer vierten Reinigungsstufe
1780 ausgestattet, in Baden-Württemberg waren es 20. Durch die Untätigkeit von Schwarz-
1781 Grün seit 2014 ist die rechtliche Verpflichtung zur Minderung und Vermeidung von
1782 Mikroverunreinigungen bis spätestens 2030 nicht mehr einzuhalten.

1783 Nach über 20 Jahren befinden sich gerade einmal 15 Prozent der Hessischen Flüsse
1784 in einem guten ökologischen Zustand. Die Hessische Umweltministerin tritt die
1785 Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie mit Füßen. Die Sanierung der
1786 Gewässer geht viel zu langsam oder wird überhaupt nicht angegangen.

1787 Mit Genehmigung der Grünen Umweltministerin wird die Werra weiterhin als
1788 Abwasserkanal verwendet. Große Mengen Salz aus der Kaliindustrie werden
1789 eingeleitet oder gelangen von den Salzhalden in das Grundwasser. Bis 2060 werden
1790 in Folge der vergangenen Versenkgenehmigung weitere 85 Millionen Kubikmeter
1791 Grundwasser versalzen. Diese Trinkwasservernichtung hat die Landesregierung
1792 selbst zugelassen, aber die Umweltministerin betätigt sich als Schadensleugnerin.

1793 DIE LINKE will:

1794 ● **Wasserversorgung in öffentlicher Hand:** Die Wasserversorgung soll zu 100
1795 Prozent in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle erfolgen. Eine
1796 Privatisierung widerspricht dem Gedanken der EU-Wasserrahmenrichtlinie.
1797 Wasserbehörden wollen wir stärken: Zum Aufbau einer klimafesten
1798 Wasserversorgung muss entscheidend mehr qualifiziertes Personal bei der
1799 Wasserbehörde eingestellt werden. Die Wasserversorgung der Kommunen
1800 aus ihren eigenen Ressourcen stärken. Das Schwammstadt-Prinzip muss
1801 verbindlich umgesetzt werden. Regenwasser darf nicht mehr ungenutzt in den

- 1802 Kanal fließen. Es muss in Zisternen aufgefangen, vor Ort genutzt oder für den
1803 Grundwasserschutz versickert werden. Wasserverluste können verringert
1804 werden, indem Leitungen modernisiert werden. Das ist Ressourcenschutz.
- 1805 ● **Brauchwasser konsequent nutzen:** Neubaugebiete und neue sowie
1806 grundsanierte Gebäude im Bestand sollen mit Anlagen zur Nutzung von
1807 Brauchwasser ausgestattet werden. Alle Toiletten in öffentlich genutzten
1808 Gebäuden müssen auf Brauchwasser oder eine wasserfreie Entsorgung
1809 umgestellt werden. Das Land muss die Kommunen bei diesen Aufgaben mit
1810 einem Förderprogramm unterstützen.
 - 1811 ● **Wasserentnahme sichern, reduzieren und gegen Mikroplastik ausrüsten:**
1812 Es darf keine Stilllegungen bestehender Brunnen aufgrund von
1813 Flächenversiegelungen geben. Die Uferfiltration an Rhein und Main muss mit
1814 Filteranlagen gegen Mikroplastik erfolgen. Dabei sind die ökologischen
1815 Grenzen der Uferfiltration einzuhalten. Für gewerbliche Wassernutzung wollen
1816 wir ein Wasserentnahmeentgelt (Wassercent) wieder einführen.
 - 1817 ● **Die Klärwerke modernisieren:** Alle Klärwerke mit einer Ausbaustufe für mehr
1818 als 10.000 Einwohner*innen müssen durch eine vierte Reinigungsstufe
1819 modernisiert werden. Phosphor muss zurückgewonnen werden, Mikroplastik
1820 und Medikamentenrückstände herausgefiltert und Keime abgetötet werden.
1821 Den Energieverbrauch von Klärwerken wollen wir mit effizienter Technik
1822 deutlich senken. Durch die zukünftig stärkere Nutzung von Niederschlags- und
1823 Brauchwasser können überdimensionierte Klärwerke zurückgebaut und
1824 Abwassergebühren gesenkt werden. Die zügige Modernisierung der
1825 hessischen Klärwerke soll ein neuer Landesbetrieb federführend voranbringen.
1826 Das für die Genehmigungsverfahren zuständige Personal muss verstärkt
1827 werden und das Land muss die Kommunen bei diesen Aufgaben unterstützen.
 - 1828 ● **Nachhaltige Kali-Produktion:** Die seit 2007 entstandenen Schäden an
1829 Grund- und Fließgewässern durch Laugenversenkung, Aufhaldung und
1830 Salzabwassereinleitung müssen gemäß der EU-Umwelthaftungsrichtlinie
1831 gemeldet und saniert werden. Die Einleitung von Salzabwässern in die Werra
1832 sowie die Aufhaldung von Abfällen wollen wir so schnell wie möglich beenden.
1833 Stattdessen können flüssige Abwässer eingedampft und die in der Lauge und
1834 den Salzhalden enthaltenen Wertstoffe zurückgewonnen werden. Feste Reste
1835 und die auf Halden geschütteten Abfälle der letzten Jahrzehnte sollen wieder
1836 in die Hohlräume unter Tage verbracht werden. Eine Einlagerung von flüssigen
1837 Abfällen in die Bergwerke lehnen wir aus Sicherheitsgründen ab. Den
1838 Verbrauch an Kalidünger wollen wir durch eine Ökologisierung der
1839 Landwirtschaft senken. Salzhaltige Abwässer müssen in die Liste
1840 umweltgefährdender Stoffe aufgenommen werden. Dazu ist das
1841 Bundesberggesetz zu ändern. Eine nachhaltige Kaliproduktion würde die
1842 kurzfristigen Gewinne des K+S Konzerns schmälern, aber Umweltschäden
1843 verringern, Rohstoffe schützen und Arbeitsplätze auch in der Zukunft sichern.
 - 1844 ● **Nitratbelastung im Grundwasser senken:** Nicht nur Felder werden
1845 überdüngt, auch die Gewässer werden dadurch geschädigt. Die

1846 Gesundheitsschäden durch Nitrat sind vielfältig, die unmittelbarste ist die
1847 Umwandlung im Körper zu Nitrit, was die Sauerstoffaufnahme massiv
1848 behindert. Insbesondere für Säuglinge ist das lebensgefährlich. Seit 1991 gibt
1849 es daher in der EU einen Nitrat-Grenzwert für Trinkwasser, der unbedingt
1850 einzuhalten ist und Richtwerte, die als Vorsorgewerte anzustreben sind. Wir
1851 brauchen Sanierungspläne für die betroffenen Grundwasserkörper. Die
1852 Vorsorgewerte müssen eingehalten werden

1853 5.8. Unsere Wälder sind Klimaschutz – für eine ökologische 1854 Waldwende

1855 Wälder haben eine herausragende Bedeutung für den Schutz von Wasser, Luft und
1856 Boden, als wichtige CO₂-Senke, als Quelle für nachhaltige Baustoffe sowie als
1857 Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere. In heißen Sommern geben sie uns Kühlung
1858 und Erholung. Unsere Wälder zu erhalten ist eine Gemeinwohlaufgabe.

1859 Aber ihr Zustand ist besorgniserregend. Über 70.000 Hektar Wald sind abgestorben,
1860 26 Prozent der Bäume sind stark geschwächt. Trockenheit, Hitze,
1861 Schadstoffbelastungen, Grundwasserabsenkung wie im Hessischen Ried und ein
1862 stark betriebswirtschaftlich ausgerichteter Waldbau setzen den Wäldern erheblich zu.
1863 So viel Holz zu entnehmen wie nachwächst, ist nur ökonomisch nachhaltig, schützt
1864 die ökologischen Leistungen der Wälder aber zu wenig. Das wurde über Jahrzehnte
1865 falsch gemacht und dafür haben wir jetzt die Quittung bekommen. Die
1866 Fichtenmonokulturen sterben ab und die Förster*innen kämpfen an manchen
1867 Standorten darum, dass überhaupt wieder Wald wächst.

1868 Auch bei fortschreitendem Klimawandel mit einer erhöhten Waldbrandgefahr muss die
1869 Waldwirtschaft in einem umfassenden Sinn nachhaltig und unsere Wälder zu stabilen
1870 Klimawäldern werden.

1871 DIE LINKE will:

- 1872 ● **Nachhaltig klimaschutzgerechte Waldbewirtschaftung:** Diese orientiert
1873 sich an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus für Staats- und Privatwald.
1874 Das gelingt mit einer naturnahen ökologischen Waldbewirtschaftung, die auf
1875 Laubmischwälder mit vielfältiger Altersstruktur und europäischen Baumarten
1876 setzt. Dazu muss die Forstwirtschaft Naturschutz und die ökologischen
1877 Leistungen des Waldes höher gewichten als die Holzproduktion. Naturwälder
1878 wollen wir auf zehn Prozent der Waldfläche in Hessen zulassen. Eine starke
1879 Forstwissenschaft muss die Anpassung des Waldbaus an den Klimawandel
1880 begleiten.
- 1881 ● **Wälder mit Grundwasseranschluss besonders schützen:** Wälder mit
1882 Grundwasseranschluss wie im Vogelsberg, dem Burgwald oder im Hessischen
1883 Ried wollen wir besonders gut schützen. Wasserentnahmen, die diese Wälder

- 1884 gefährden, müssen eingestellt werden. Wälder, die von einem hohen
 1885 Grundwasserstand beeinflusst sind oder waren, wollen wir erhalten oder wieder
 1886 vernässen. Wasser aus Niederschlägen soll so viel wie möglich - auch und
 1887 gerade bei Starkregen - zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung
 1888 in Wäldern und auf Feldern bleiben. Deshalb muss besonders in Hanglagen
 1889 das Abflussverhalten überprüft und falls nötig geändert werden. Wege müssen
 1890 hangparallel angelegt werden. Alles das dient auch dem Hochwasserschutz;
- 1891 ● **Schonende Bearbeitung von Waldflächen:** Bei der Holzernte wollen wir den
 1892 Waldboden besser schützen. Die Befahrung der Waldböden mit z.B. schweren
 1893 Maschinen muss weitgehend vermieden werden. Nach
 1894 Extremwetterereignissen sollen Waldflächen besonders schonend behandelt
 1895 werden. Die großmaschinelle Räumung und Bodenbearbeitung von
 1896 Verjüngungs- und Kalamitätsflächen soll deshalb nicht mehr mit Steuergeldern
 1897 gefördert werden.
 - 1898 ● **Schadstoffe verringern – Waldvernichtung verhindern:** Hohe
 1899 Stickstoffeinträge aus Verkehr und Industrie gehören zu den bedeutendsten
 1900 vom Menschen verursachten Belastungsfaktoren für den Wald . Durch eine
 1901 zügige Verkehrswende wollen wir sie deutlich verringern. Das hessische
 1902 Waldgesetz wollen wir so ändern, dass der Abbau von Kies und Sand in
 1903 Bannwäldern wirklich unterbunden wird. Ein zu hoher Wildbestand macht die
 1904 Arbeit der Förster*innen zu nichte und fördert eine Savannenlandschaft.
 1905 Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel beim Wildtiermanagement.
 - 1906 ● **Umweltbildung verbessern:** Umweltbildung soll eine zentrale Aufgabe der
 1907 Forststellen werden: Nur wer seine Umwelt kennt, kann sie auch schützen.
 - 1908 ● **Holz besser nutzen:** Holz wird auch als Baustoff immer wichtiger. Um einer
 1909 Holzarmut vorzubeugen, müssen wir auch mit der Ressource Holz sparsamer
 1910 umgehen. Wir wollen ein umfassendes Holzrecycling mit einer
 1911 Nutzungskaskade von Gebrauchtholz, in der die Holzverbrennung zur
 1912 Energiegewinnung erst ganz am Ende steht. Energie direkt aus dem Wald ist
 1913 kein Beitrag zum Klimaschutz.
 - 1914 ● **Öffentliches Eigentum am Wald erhalten:** Die Privatisierung von Staats- und
 1915 Kommunalwäldern lehnen wir ab.

1916 6. Unsere Bildung gerechter

1917 6.1. Unsere Kita: beste frühkindliche Bildung und kostenfrei

1918 Für alle Kinder einen guten Start ins Leben: Dieser Weg muss von Geburt an
 1919 beginnen. Frühe Hilfen unterstützen Eltern und Kinder bei den ersten Schritten in eine
 1920 neue Welt und mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz beginnt individuelle
 1921 Förderung und frühkindliche Bildung.

1922 Leider ist das für viele Kinder und Eltern nur Theorie. Frühe Hilfen sind oft
1923 unterfinanziert und personell nicht gut ausgestattet. Der Rechtsanspruch auf einen
1924 Kita-Platz scheitert an fehlenden Plätzen und dem Fachkräftemangel. Die teils noch
1925 immer hohen Kita-Gebühren, gerade für Unter-Dreijährige, verhindern frühkindliche
1926 Bildung für Kinder aus Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen. Zumeist sind es
1927 dann die Mütter, die zuhause bleiben und so später niedrige Renten in Kauf nehmen
1928 müssen.

1929 Als DIE LINKE. Hessen setzen wir uns für gleiche Startchancen für alle Kinder ein.
1930 Kinder lernen voneinander: Sie lernen solidarisch miteinander umzugehen und setzen
1931 sich mit ihrer Umwelt auseinander. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen, sich zu
1932 engagieren und haben Spaß. Dabei ist frühkindliche Bildung der entscheidende
1933 Schlüssel.

1934 DIE LINKE will:

- 1935 • **Frühe Hilfen ausbauen:** Wir wollen die Frühen Hilfen bei den Familien vor Ort.
1936 Dazu soll ein Angebot für alle Familien eingerichtet werden, die mit kleinen
1937 Kindern zuziehen oder in denen Kinder geboren werden. Es wird ein
1938 Erstbesuch mit Informationen und Beratung für alle angeboten, nach dem
1939 gegebenenfalls weitere Hilfen vermittelt werden.
- 1940 • **Für jedes Kind den Kita-Platz garantieren:** Der Ausbau der Kita-Plätze muss
1941 in Hessen fortgesetzt werden. Dazu muss das Land weitere Investitionsmittel
1942 zur Unterstützung der Kommunen bereitstellen. Wir wollen interkommunale
1943 Kooperationen stärken, damit Kommunen mit hohen Bedarfen gegebenenfalls
1944 auch freie Kapazitäten in Nachbargemeinden nutzen können. Für Eltern, die in
1945 Schichten arbeiten, braucht es eine funktionierende Randzeitenbetreuung.
- 1946 • **Sozial- und Erziehungsberufe aufwerten:** Schon jetzt fehlt es überall in
1947 Hessen an Erzieher*innen. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf den
1948 Ganzttag in den hessischen Grundschulen ab 2026 droht sich diese Situation
1949 weiter zuzuspitzen. Dieser Gefahr muss insbesondere mit besseren
1950 Arbeitsbedingungen begegnet werden: eine gute Praxisanleitung für neue
1951 Kräfte, Anerkennung und Vergütung der mittelbaren pädagogischen Arbeit,
1952 kleinere Gruppengrößen. Nur so werden Fachkräfte gehalten und die
1953 Attraktivität des Berufsfeldes erhöht.
- 1954 • **Fachberatung ausbauen und landesseitig finanzieren:** Insbesondere zur
1955 Stärkung des Kinderschutzes und zur Implementierung entsprechender
1956 Konzepte muss das Land Hessen neben dem Bildungs- und Erziehungsplan
1957 weitere Mittel für die Träger bereitstellen.
- 1958 • **Mehr Fachkräfte für die Kitas gewinnen und ausbilden:** Die Ergänzung der
1959 schulischen Ausbildung um die praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA) ist
1960 ein Erfolg. Hier müssen seitens des Landes Hessen deutlich mehr Plätze
1961 finanziert werden. Interessierte mit mangelnden Deutschkenntnissen brauchen
1962 gezielte Unterstützung beim Spracherwerb. Auch muss das Land eigene

- 1963 Hochschulkapazitäten aufbauen, um Lehrkräfte für die Fachschulen zu
 1964 gewinnen und auszubilden. Praxisanleitung braucht es nicht nur für
 1965 Berufsanfänger*innen, sondern auch für Fachkräfte, die nach längeren
 1966 Auszeiten in den Beruf zurückkehren wollen. Multiprofessionelle Teams sind
 1967 wichtig für die pädagogische Arbeit, ihr Einsatz darf aber nur der Unterstützung
 1968 der Fachkräfte dienen und nicht auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet
 1969 werden.
- 1970 ● **Die Kindertagespflege stärken:** Tagespflegepersonen sind eine wichtige
 1971 Unterstützung. Sie dürfen nicht als Notnagel genutzt werden, weil Kitas
 1972 überlaufen. Auch in der Kindertagespflege muss es Zeit und Raum für
 1973 Qualifizierung, fachlichen und fachübergreifenden Austausch sowie Urlaub und
 1974 Ersatz für Krankheitszeiten geben. Entsprechende Standards wollen wir
 1975 stärken und gesetzlich verankern.
 - 1976 ● **Kostenfreiheit schrittweise vervollständigen:** Die Gebührenfreiheit von
 1977 Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und
 1978 soziale Teilhabe. Für uns sind Kitas nicht nur Betreuungs-, sondern vor allem
 1979 Bildungseinrichtungen, zu denen jede und jeder Zugang haben muss. Bisher
 1980 gilt in Hessen eine Kita-Gebührenfreiheit für Über-Dreijährige mit maximal
 1981 sechs Stunden pro Tag. Wir wollen dies auf acht Stunden ausbauen und
 1982 schrittweise auf den gesamten Zeitraum des Rechtsanspruchs ab dem ersten
 1983 Lebensjahr bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten.
 - 1984 ● **Inklusion, Integration und Vielfalt in den Kitas stärken:** Wir wollen, dass
 1985 jedes Kind in eine Kita gehen kann und dort die beste Förderung erhält. Dazu
 1986 muss das Land die entsprechenden Bedingungen finanzieren und die
 1987 Kommunen die baulichen und personellen Voraussetzungen schaffen. Das gilt
 1988 auch für Horte und Ferienfreizeiten/-betreuungen. Die aktuelle
 1989 Rahmenvereinbarung Integration des Landes Hessen muss durch ein
 1990 unbürokratisches und passgenaues Förderinstrument ersetzt werden. Wir
 1991 wollen, dass die Vielfalt der Lebensentwürfe und Beziehungsmodelle in unserer
 1992 Gesellschaft sich auch in der frühkindlichen Bildungsarbeit niederschlägt.

1993 6.2. Unsere gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle

- 1994 Bildung ist ein Menschenrecht! Daher muss der Zugang zu Bildung allen Menschen in
 1995 gleichem Maße offenstehen. Leider hängt auch in Hessen der sogenannte
 1996 „Bildungserfolg“, also die erreichten Bildungsabschlüsse, noch immer stark von der
 1997 sozialen und finanziellen Herkunft ab. Das darf nicht sein! Zu guter und gerechter
 1998 Bildung zählt aber noch mehr.
- 1999 DIE LINKE. Hessen will eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform. Alle
 2000 fördern und kein Kind „sitzen lassen“ muss an die Stelle von Auslese treten. Zudem
 2001 will DIE LINKE die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften verbessern, Schulgebäude
 2002 und Sportstätten gründlich und bedarfsorientiert sanieren, echte Lernmittelfreiheit
 2003 herstellen, multiprofessionelle Teams in die Klassen bringen, echte Ganztagschulen
 2004 schaffen und die Schulen inklusiv und integrativ gestalten.

2005 Dabei darf nicht vergessen werden: Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in
2006 gesellschaftlicher Verantwortung und bei umfassender und bedarfsorientierter
2007 staatlicher Förderung gewährleistet werden. Bildung ist keine Ware!
2008 DIE LINKE. Hessen wendet sich daher gegen alle Formen von Privatisierung und
2009 Ökonomisierung des Bildungswesens. Wir wenden uns gegen die Bemühungen der
2010 Landesregierung, sich immer weiter aus der Verantwortung zu stehlen und diese an
2011 die Schulen und Schulträger abzuschieben. Kitas, Schulen und Hochschulen sollen
2012 nicht wie Unternehmen agieren müssen, vielmehr stellen sie eine wichtige Säule der
2013 öffentlichen Infrastruktur dar, die allen gleichermaßen zugänglich sein muss.
2014 Die Corona-Pandemie hat die Probleme unserer Schulen wie unter einem Brennglas
2015 sichtbar gemacht. Dazu zählen der massive Unterrichtsausfall, der eklatante
2016 Lehrkräftemangel, die psychischen Belastungen von Schüler*innen ebenso wie von
2017 Lehrkräften und Schulleitungen, viel zu großen Klassen, die oftmals nur auf dem
2018 Papier bestehende Lehr- und Lernmittelfreiheit und die mangelnde digitale
2019 Ausstattung sowie das hier notwendige Knowhow. Viele neue Aufgaben sind direkt
2020 auf die Schulen und Schulträger abgewälzt worden, ohne bedarfsgerechten
2021 finanziellen und personellen Ausgleich. Dazu müssen die kommunalen Schulträger
2022 personell und finanziell in die Lage versetzt werden, auf die zukünftigen
2023 Herausforderungen zu reagieren.
2024 Auch Grundlegendes muss endlich reformiert werden: So führt das viel zu frühe
2025 Sortieren der Kinder nach der vierten Klasse zu einer Verfestigung der
2026 Bildungsungerechtigkeit. Dies trifft meist Kinder aus armen Familien und diejenigen
2027 mit Migrationsgeschichte. Dort wo viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben
2028 und die Finanzmittel der Kommunen knapp sind, zeichnen sich Schulgebäude häufig
2029 dadurch aus, dass sie das mit Abstand marodeste Gebäude in der Stadt sind. Aber
2030 auch das, was in den Gebäuden geschieht, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Leider
2031 verharrt das Bildungswesen in Hessen nach wie vor in Stagnation. Der
2032 Unterrichtsprozess muss den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen ebenso
2033 gerecht werden wie dem Ziel, heterogene Lerngruppen zu solidarischem,
2034 gemeinsamen Lernen und Arbeiten zu befähigen. Die Realität sieht in Hessen leider
2035 immer noch anders aus. Frontalunterricht ist immer noch die gängige Unterrichtsform.
2036 Auch das Problem fehlender Chancengleichheit im Bildungssystem Deutschlands ist
2037 nicht neu. In Deutschland und auch in Hessen hängt der Zugang zu Bildung noch
2038 immer stark von der Herkunft ab: Kinder aus armen Familien und Kinder mit
2039 Migrationsgeschichte werden durch das mehrgliedrige Schulsystem benachteiligt. In
2040 Hessen kommen auf einen „Schulaufstieg“ noch immer über acht „Schulabstiege“.
2041 Das Aufteilen auf verschiedene Schulformen nach der vierten Klasse ist pädagogisch
2042 längst überholt. Weder können in diesem Alter zuverlässige Prognosen für den
2043 weiteren Bildungsweg gestellt werden noch sind die Kinder in diesem Alter bereits so
2044 gefestigt, dass ein Aussortieren für sie verständlich gemacht werden kann. Zudem hat
2045 der hessische Grundschulverband schon vor Jahren erklärt, dass Lehrer*innen gar
2046 nicht in der Lage seien, die weiteren Bildungswege der Kinder vorauszusehen.
2047 Jahrelang wurde von zurückgehenden Schüler*innenzahlen gesprochen, der
2048 sogenannten „demographischen Rendite“. Der Fortbestand kleiner Schulen wurde in

2049 Frage gestellt, vereinzelt wurden auch Schulstandorte geschlossen. Die Prognosen
2050 erwiesen sich als falsch, die Zahlen steigen, mit der Folge, dass wir jetzt mit einem
2051 eklatanten zunehmenden Lehrkräftemangel zu tun haben, auf den nicht angemessen
2052 reagiert wird. Weder gibt es ausreichend Studienplatzkapazitäten, noch ein echtes
2053 Weiterqualifizierungsprogramm für Quereinsteiger*innen. Um den Lehrer*innenberuf
2054 attraktiver zu machen müssen außerdem die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert
2055 werden.

2056 Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte hat nämlich in den letzten Jahren enorm
2057 zugenommen. Die Unterrichtsverpflichtung ist nach wie vor viel zu hoch, Verwaltungs-
2058 und Dokumentationsverpflichtungen nehmen einen immer größeren Rahmen ein, die
2059 Anforderung Inklusion zu meistern ohne eine bedarfsgerechte Zuweisung von
2060 Lehrkräften ist nicht leistbar. Höhere Schüler*innenzahlen, unter anderem durch
2061 Flucht vor Krieg und Armut, brauchen nicht nur leere Stellenhülsen, sondern echte
2062 Menschen in den Klassenzimmern. Zusatzaufgaben führen dazu, dass immer mehr
2063 Lehrkräfte physisch und psychisch erkranken. Hessen hat im Grundschulbereich die
2064 höchste Pflichtstundenanzahl aller Bundesländer – und das trotz schlechterer
2065 Bezahlung der Grundschullehrkräfte. Daher unterstützen wir die gewerkschaftlichen
2066 Aktionen für „A13 für Alle“ und die gewerkschaftliche Forderung, alle
2067 Grundschullehrer*innen mit der Gehaltsstufe A13 zu entlohnen. Unzählige
2068 Überlastungsanzeigen sind in den letzten Jahren an die Landesregierung und
2069 insbesondere an den Kultusminister gesendet worden, Studien belegen, dass
2070 Hessische Lehrkräfte häufig Mehrarbeit leisten von dort kommt allerdings keine Hilfe,
2071 meist nicht einmal eine Antwort. Lehrkräfte müssen wieder in die Lage versetzt
2072 werden, ihrer Aufgabe - der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten - der Begleitung
2073 und Förderung von Kindern und Jugendlichen und der Zusammenarbeit mit Eltern
2074 umfassend nachkommen zu können.

2075 Zudem ist der bauliche Zustand vieler Schulen nach wie vor katastrophal: Putz
2076 bröckelt von der Decke, in Klassenzimmern ist es zu beengt, Lüftungsanlagen fehlen
2077 mancherorts nach wie vor, Schulkantinen sind zu klein oder gar nicht vorhanden, die
2078 Schultoiletten unzumutbar. Viele Schulgebäude und Turnhallen sind marode, weil
2079 Sanierungen über Jahrzehnte hinweg verschleppt wurden. Hessenweit beträgt der
2080 Bedarf wohl mehrere Milliarden Euro. Eine Bedarfsanalyse gibt es nach wie vor nicht
2081 und ist von Seiten der Landesregierung auch nicht gewünscht. Die Gewerkschaft
2082 Erziehung und Wissenschaft ermittelte einen Investitionsbedarf in Höhe von etwa 5
2083 Milliarden Euro, um den Sanierungsstau zu beheben.

2084 Mit Beginn des Schuljahres 2026/27 haben Grundschulkind der 1. und 2.
2085 Jahrgangsstufe einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Auch hier versagt die
2086 schwarz-grüne Landesregierung auf ganzer Linie. Der Ausbau der Ganztagschulen
2087 läuft in Hessen seit Jahren auf Sparflamme. Mit dem „Pakt für den Nachmittag“, jetzt
2088 Pakt für den „Ganzttag“, hat die Landesregierung ein Flickwerk geschaffen, das von
2089 Land, Kommunen und durch Elternbeiträge finanziert wird und weder den
2090 pädagogischen noch den räumlichen Ansprüchen gerecht wird. Um den
2091 Rechtsanspruch ab 2026 umzusetzen, fehlt es in Hessen an einem Ausbauplan und
2092 einer ehrlichen Analyse des Fachkräftebedarfs. Mit dem bisherigen

2093 Schmalspurganztag ohne Qualitätsstandards kann weder Bildung, noch Betreuung
2094 oder gar Inklusion im Ganztage gelingen. Gleiches gilt für die räumlichen
2095 Voraussetzungen für den Ganztage. Die Landesregierung darf hier nicht länger die
2096 Verantwortung auf die Schulträger abwälzen.

2097 DIE LINKE will:

- 2098 ● **Eine neue Schulstruktur: die „Schule für alle“:** Diese Schule umfasst die
2099 Primarstufe und die Sekundarstufe I (Klassen 1-10) und ermöglicht alle
2100 schulischen Abschlüsse in zehn Jahren Vollzeitschulpflicht. Sie integriert
2101 Schüler*innen mit allen Begabungen und Behinderungen, mit Flüchtlings- und
2102 Migrationsgeschichte, unabhängig vom sozialen und finanziellen Hintergrund
2103 und fördert sie individuell. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse
2104 bestehen ausreichende Möglichkeiten zur weiteren Bildung: Erwerb der
2105 Hochschulreife, Zugang zu fachspezifischen Hochschulen, anspruchsvolle
2106 berufliche Ausbildung, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen.
2107 Privatschulen stehen wir skeptisch gegenüber – wir wollen die höchste
2108 Bildungsqualität an allen öffentlichen Schulen. Zumindest gilt es, das
2109 Sonderungsverbot endlich strenger zu überprüfen und gegebenenfalls zu
2110 sanktionieren.
- 2111 ● **Den Ausbau von Ganztageesschulen statt „Pakt für den Ganztage“,**
2112 **Rechtsanspruch ernst nehmen und gut vorbereiten:** Wir wollen den Ausbau
2113 von Ganztageesschulen voranbringen. Dazu gehört ein kostenloses Mittagessen
2114 ebenso wie eine lerngerechte Unterrichtsgestaltung in
2115 jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, der themenübergreifenden
2116 Projektarbeit und dem Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung in
2117 Kooperation mit Vereinen und Verbänden. Statt Arbeitsverdichtung und
2118 Entgrenzung von Arbeitszeiten der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionell
2119 aufgestellte Schulen, bei denen Lehrkräfte gemeinsam mit (sozial-)
2120 pädagogischen Fachkräften die Lern- und Bildungsprozesse gestalten.
- 2121 ● **Mehr Lehrer*innen an die Schulen:** Wir wollen zusätzliche
2122 Lehrer*innenstellen schaffen. Die Lehrkräfte sollen durch verstärkte
2123 Qualifizierung und Betreuung unterstützt werden. Ebenso darf es keine
2124 weiteren unbegründeten Befristungen von Beschäftigungen geben. Prekäre
2125 Arbeitsverhältnisse von Lehrkräften müssen beendet werden. Um deutlich
2126 mehr Lehrkräfte ausbilden zu können müssen noch mehr Stellen für
2127 Lehrer*innenausbildung an den Universitäten geschaffen werden
- 2128 ● **Die Aufwertung des Grundschulberufs:** A13 für alle! Wir wollen den Beruf
2129 der Grundschullehrkräfte aufwerten und sie wie andere Lehrkräfte nach
2130 Besoldungsstufe A13 bezahlen. Zudem möchten wir die Regelstudienzeit für
2131 alle Lehrämter auf zehn Semester anheben. Die Landesregierung weigerte sich
2132 entgegen den Aussagen des Koalitionsvertrages vehement gegen A13 für
2133 Grundschullehrkräfte – dabei bezahlt die Hälfte aller Bundesländer die

- 2134 Grundsullehrkräfte mittlerweile genauso gut wie die Lehrkräfte anderer
2135 Schulformen, auch unser Nachbarland Thüringen.
- 2136 ● **Den Schulalltag nach den Bedürfnissen der Schüler*innen gestalten:**
2137 Individuelles Lernen ist nur in kleinen Gruppen möglich. Außerdem soll der
2138 Schulalltag in den Ganztagsklassen mehr Angebote beinhalten, die sich an den
2139 Interessen der Kinder orientieren.
 - 2140 ● **Inklusion umsetzen:** Wir wollen die UN-Konventionen umsetzen und jedem
2141 Kind den Platz an einer Regelschule garantieren. Kinder mit
2142 Beeinträchtigungen müssen betreut und gefördert werden. Die
2143 Landesregierung muss die Möglichkeit schaffen, dass die Beschulung aller
2144 Kinder in inklusiven Schulen möglich ist und die notwendigen Ressourcen
2145 hierfür zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund soll der im hessischen
2146 Schulgesetz formulierte Ressourcenvorbehalt aufgehoben werden. Das Land
2147 ist verpflichtet, die pädagogisch notwendige personelle Ausstattung
2148 sicherzustellen und die Schulträger in die Lage zu versetzen, die sächliche
2149 Ausstattung der Schulen den Anforderungen einer inklusiven Schule
2150 anzupassen und hierfür einen verbindlichen Zeitplan zu entwickeln. Inklusive
2151 Schulen erfordern multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften,
2152 Förderlehrkräften, sozialpädagogischen, psychologischen und therapeutischen
2153 Fachkräften. Wir wollen Inklusion als festen Bestandteil der Lehrer*innenaus-
2154 und Weiterbildung verankern. Teilhabeassistenzen müssen (besser) qualifiziert
2155 werden. Es muss flächendeckend Beratungsstellen geben, die Eltern und
2156 Kinder unterstützen, ihren Anspruch geltend zu machen.
 - 2157 ● **Echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen:** DIE LINKE. Hessen
2158 will ein neues Lehr- und Lernmittelfreiheitsgesetz, das seinen Namen auch
2159 verdient. Zuzahlungen zu Büchern, Kopien und anderen Materialien wollen wir
2160 abschaffen. Zudem müssen digitale Lernmittel komplett unter Lernmittelfreiheit
2161 fallen. Das Land Hessen muss dafür Sorge tragen, dass Endgeräte und
2162 Software den Schüler*innen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Die
2163 Landesregierung darf dies nicht auf die kommunalen Schulträger oder die
2164 Eltern abwälzen.
 - 2165 ● **Ein kostenfreies Schüler*innenticket:** Natürlich darf auch der Weg in die
2166 Bildungseinrichtung nichts kosten – daher fordert DIE LINKE. Hessen ein
2167 kostenfreies Schüler*innenticket, unabhängig vom Wohnort und der Entfernung
2168 zur Schule. Dafür müssen die Einschränkungen im Schulgesetz gestrichen
2169 werden. Gleichzeitig muss das Land die originären Landesmittel für den ÖPNV
2170 aufstocken und die steigenden Kosten für die Kommunen ausgleichen.
 - 2171 ● **Den Sanierungsstau auflösen – Schulgebäude in Stand setzen, Mensen**
2172 **bauen:** Um die teils desaströsen baulichen Zustände von Schulgebäuden
2173 auszubessern, wollen wir ein Landesprogramm in Höhe von 2 Milliarden
2174 Euro auflegen. Damit sollen die Kommunen beim Ausbau und der Sanierung
2175 maroder Schulen unterstützt werden. Das Kommunalinvestitionsprogramm
2176 (KIP) ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die räumlichen
2177 Voraussetzungen der Schulen müssen den Erfordernissen einer

- 2178 Ganztagschule auch im Hinblick auf den Rechtsanspruch ab 2026 angepasst
2179 werden und Mensen gebaut und erweitert werden.
- 2180 ● **Die Folgen der Corona-Pandemie abmildern:** Der in der Corona-Pandemie
2181 notwendig gewordene Distanzunterricht muss eine Ausnahme bleiben.
2182 Schüler*innen haben nicht nur unter schulischen Leistungsaspekten gelitten,
2183 auch die stark eingeschränkten Sozialkontakte und Freizeitangebote haben
2184 ihre Spuren hinterlassen. Das von der Landesregierung auferlegte Programm
2185 „Löwenstark – der Bildungskick“ ist mehr als der Hälfte aller Schüler*innen nicht
2186 einmal bekannt. Mit zusätzlichen Fachkräften müssen den Kindern und
2187 Jugendliche zusätzliche Angebote und Ansprechpartner*innen an die Seite
2188 gestellt werden. Dazu gehören auch zusätzliche psychologische
2189 Beratungsstellen. Schulen müssen unterstützt werden, um mögliche
2190 infektionsbedingte Einschränkungen schnell und einheitlich umsetzen zu
2191 können.
 - 2192 ● **Die Digitalisierung vorantreiben:** Es muss einheitliche, von der Schule
2193 bereitgestellte Endgeräte geben. Digitale Lernmittel fallen unter
2194 Lernmittelfreiheit. Dies gilt auch für Lehrkräfte. Außerdem muss das Land
2195 endlich eine digitale Lern- und Verwaltungsumgebung schaffen, die
2196 benutzerfreundlich und datenschutzkonform ist. Große IT-Konzerne haben mit
2197 ihrer Lern-Software und ihren pädagogischen Konzepten an unseren Schulen
2198 grundsätzlich nichts zu suchen. Außerdem muss der Umgang mit digitalen
2199 Medien als Querschnittsaufgabe im Unterricht verankert sein.
 - 2200 ● **Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote ausweiten:** Alle
2201 Schulen müssen flächendeckend und dauerhaft mit echter Schulsozialarbeit
2202 versorgt sein. Schon vor der Corona-Pandemie benötigten immer mehr
2203 Schüler*innen, die in ihrem häuslichen oder persönlichen Umfeld Probleme
2204 haben, sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. Die
2205 Schulsozialarbeit sowie der schulpsychologische Dienst müssen dringend in
2206 der Relation 1:1000 ausgebaut werden. Schulsozialarbeit muss nicht nur an die
2207 Schulen, sondern auch in die Klassen. Dazu muss die „Umsetzung der
2208 unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“
2209 (UBUS-Erlass) überarbeitet werden. Multiprofessionelle Teams gehören
2210 an jede Schule. Zudem wollen wir die positiven Erfahrungen mit
2211 Schulkrankpflegekräften ausbauen und ihren Einsatz auf mehr Schulen
2212 ausweiten.
 - 2213 ● **Keine Schulschließungen, kleine Schulen im ländlichen Raum erhalten:**
2214 Wir wollen eine gute und wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und eine
2215 gute Erreichbarkeit weiterführender Schulen. Eine individuelle Lösung könnte
2216 jahrgangsübergreifender Unterricht sein. Die Erfahrungen der Eingangsstufe
2217 an einigen Grundschulen könnten dabei helfen.
 - 2218 ● **Sprachliche und kulturelle Vielfalt fördern durch herkunftssprachlichen**
2219 **Unterricht:** Sprachliche und kulturelle Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine
2220 Bereicherung. Wir wollen den mehrsprachig und in verschiedenen
2221 Herkunftsländern aufwachsenden Kindern gerecht werden und ihnen einen

2222 zusätzlichen, schulisch verantworteten herkunftssprachlichen Unterricht
2223 anbieten. In allen in Hessen gängigen Sprachen. Daneben wollen wir den
2224 Fremdsprachenkanon an weiterführenden Schulen um Türkisch und
2225 Griechisch erweitern.

2226 ● **Schulische Seiteneinsteiger*innen besser fördern:** Die
2227 Rahmenbedingungen der Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne
2228 Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren
2229 Altersgrenzen müssen beseitigt, Klassengrößen wieder gesenkt, Lehrer*innen
2230 entlastet und bessere Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Die Mittel
2231 für Intensivklassen müssen wieder erhöht werden. Zudem dürfen Maßnahmen,
2232 die Übergänge von Schule in den Beruf fördern, nicht abgeschafft, sondern
2233 umfassend ausgebaut werden. Auch für Seiteneinsteiger*innen muss die
2234 schulpsychologische Betreuung begleiten, insbesondere im Hinblick auf vor
2235 Krieg und Folter geflüchtete junge Menschen.

2236 ● **Lehrkräfte als Pädagog*innen ausbilden, motivieren, anerkennen:** Wir
2237 wollen die Lehrkräfteausbildung reformieren und eine Verzahnung von
2238 theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und
2239 Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der
2240 Ausbildung. Inklusion, Integration, Heterogenität, Ganzttag, Digitalisierung – all
2241 dies muss mehr Berücksichtigung in der Lehrer*innenbildung finden. Eine an
2242 den Bedürfnissen der Kinder orientierte Pädagogik muss Inhalt der Ausbildung
2243 sein. Wir wollen eine gemeinsame Ausbildung von Lehrer*innen mit einer
2244 Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen. Wer die erste
2245 Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch
2246 auf die zweite Phase der Ausbildung haben. Dazu braucht es ein langfristig
2247 angelegtes Personalentwicklungskonzept des Landes, das Perspektiven und
2248 Chancen im hessischen Schulwesen bietet. Die stetig gestiegene
2249 Pflichtstundenzahl muss deutlich reduziert und für alle Schulformen
2250 vereinheitlicht werden. Zugleich müssen die Weiterbildungsangebote für
2251 Lehrkräfte ausgebaut werden.

2252 ● **Schulen demokratisieren:** Demokratie muss in der Schule alltäglich gelebt
2253 werden. Wo immer möglich, müssen Schüler*innen in die Planung von
2254 Unterrichtsvorhaben einbezogen und unterschiedliche gesellschaftliche
2255 Interessen thematisiert werden. Der alles Maß überschreitenden
2256 Einflussnahme der Unternehmerverbände bzw. unternehmensnaher
2257 Institutionen muss Einhalt geboten werden. In der Gesellschaft müssen strittige
2258 Themen auch in der Schule als strittig behandelt werden. Junge Menschen
2259 müssen mit ihren Ideen und Meinungen ernst genommen werden, deshalb
2260 wollen wir die Schulkonferenz umgestalten und eine Drittelparität von
2261 Schüler*innen, Lehrkräften inklusive Schulleiter*innen sowie Eltern einführen.

2262 ● **Hausaufgaben abschaffen:** Hausaufgaben tragen zur sozialen Ungleichheit
2263 bei. Manche Schüler*innen können keine Hilfe von ihren Eltern, Geschwistern
2264 oder Großeltern bekommen. Viele können sich private Nachhilfe nicht leisten.

- 2265 Damit alle Schüler*innen die gleichen Chancen haben, soll der Unterricht in der
2266 Schule unter professioneller Betreuung vor- und nachbereitet werden.
- 2267 ● **Die Schüler*innenvertretungen stärken:** Schüler*innenvertretungen sollen
2268 sich mit allen Interessen und Fragen der Schüler*innen befassen können. Sie
2269 erhalten Räumlichkeiten und einen festen Etat. Schüler*innen sollen im
2270 Unterricht über die Auswahl von Unterrichtsinhalt und Themen, über
2271 Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer
2272 schulischer Angebote mitentscheiden können.
 - 2273 ● **Politische Bildung aufwerten:** Anhand aktueller kommunal-, landes- und
2274 bundespolitischer Themen soll schon in der Schule ein Bewusstsein für
2275 Mitbestimmung geschaffen werden. Fahrten zu Gedenkstätten, Museen,
2276 Parlamenten etc. müssen für alle Schüler*innen kostenfrei zugänglich sein. Es
2277 darf bei Ausflügen und Klassenfahrten keine Ausgrenzung von Schüler*innen
2278 aus finanzschwachen Familien geben. Außerdem wollen wir Politikunterricht an
2279 nicht-gymnasialen weiterführenden Schulen ausbauen.
 - 2280 ● **Schule ohne Rassismus und Diskriminierung:** In den Schulen sollen alle
2281 Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisiert und in den
2282 Lehrplan eingearbeitet werden, um Kinder und Jugendliche gegen
2283 Diskriminierung und Ausgrenzung zu sensibilisieren. Dazu gehört es, den
2284 Unterrichtsstoff und alle Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und
2285 ausgrenzende Inhalte zu überprüfen und den eurozentristischen Blickwinkel zu
2286 beseitigen. In interkulturellen Projekten sollen Kinder und Jugendliche lernen,
2287 dass Menschen aus allen Ländern und Kulturen gleichermaßen wichtige
2288 Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet haben. Wir wollen, dass
2289 Schule für alle Schüler*innen ein sicherer Ort ist. Es braucht deutlich mehr
2290 wirksame Konzepte, um Rassismus, Mobbing, Homophobie und andere
2291 Formen der Diskriminierung einen Riegel vorzuschieben und Schutzräume
2292 zuschaffen.
 - 2293 ● **Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auflösen:** Die
2294 Bundeswehr hat als militärischer Akteur an Schulen und Ausbildungsmessen
2295 nichts zu suchen. Die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen dem
2296 Kultusministerium und der Bundeswehr wollen wir aufheben. Das Zusenden
2297 von Werbematerialien der Bundeswehr ohne Einwilligung der Schüler*innen
2298 soll abgestellt werden. Zur Friedensbildung an Schulen sollte eine
2299 Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte
2300 Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) und anderen zivilen Menschenrechts- und
2301 Friedensorganisationen getroffen werden.
 - 2302 ● **Lebenslanges Lernen ermöglichen – selbstbestimmt und ohne**
2303 **Verwertungszwang:** Weiterbildung findet im beruflichen, kulturellen und
2304 politischen Bereich statt. Deshalb müssen die Volkshochschulen mehr
2305 finanzielle Unterstützung erhalten und die Kursleiter*innen rechtlich
2306 abgesichert und angemessen honoriert sein. Die Weiterbildungsmaßnahmen
2307 müssen weiter ausgebaut und die Mittel für den Weiterbildungspakt aufgestockt
2308 werden. Das Hessische Gesetz über den Anspruch auf Bildungsurlaub muss

2309 überarbeitet, die Voraussetzungen vereinfacht und weitere Bildungsangebote
2310 aufgenommen werden. Die Teilnahme an Bildungsurlauben darf nicht an den
2311 finanziellen Mitteln einer Person scheitern, deshalb müssen die Kosten
2312 bezuschusst werden.

2313 ● **Kulturelle Bildung stärken:** Hier braucht es dringend eine Initiative zur
2314 Lehrkräfteausbildung. Wir wollen kulturelle Bildung an unseren Schulen
2315 ausbauen. Jede*r Schüler*in sollte einmal im Jahr ein Theater, eine Oper, ein
2316 Museum oder eine Galerie besuchen. Außerdem möchten wir schulischer
2317 Kooperationen mit beispielsweise Theaterpädagog*innen flächendeckend
2318 ausweiten, um Schüler*innen mehr kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

2319 **6.3. Wissenschaft und Hochschulen**

2320 Die hessischen Hochschulen sind an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Der lang
2321 vorhersehbare Studierendenansturm und die chronische Unterfinanzierung der
2322 Hochschulen haben zu einer massiven Verschlechterung der Studien-, Lehr- und
2323 Arbeitsbedingungen geführt. Überfüllte Hörsäle gehören zum Alltag, Seminare und
2324 Vorlesungen werden teilweise in anderen Räumlichkeiten wie Kirchen und in
2325 Kinosälen abgehalten. Die schwarz-grüne Landesregierung hat es leider unterlassen
2326 im Rahmen des hessischen Hochschulpakts für eine ausreichende und verlässliche
2327 Grundfinanzierung der Hochschulen zu sorgen. Die viel gepriesene Autonomie an den
2328 Hochschulen ist unter diesen Bedingungen in weiten Teilen Makulatur.

2329 Die Mangelverwaltung an den Hochschulen führt vielerorts zu schlechten
2330 Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigungsverhältnisse sind überwiegend, mittlerweile
2331 zu 84%, befristet, Zukunftsängste und hohe Personalfuktuation sind die Folgen. Den
2332 Ankündigungen der schwarz-grünen Landesregierung, die prekäre Beschäftigung
2333 eindämmen zu wollen, sind leider keine Taten gefolgt. Der „Kodex für gute Arbeit“ ist
2334 bisher eine reine Selbstverpflichtung der Hochschulen, bei deren Erarbeitung die
2335 Personalvertretungen nur unzureichend eingebunden waren. Der Kodex wurde weder
2336 ins Hochschulgesetz noch in die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen
2337 aufgenommen. Von daher bleibt er ein Papiertiger. Zudem werden immer mehr
2338 Lehraufgaben von so genannten Lehrkräften für besondere Aufgaben übernommen.
2339 Deren Aufgabenbeschreibung sieht eine akademische Weiterqualifizierung nicht vor
2340 und führt in die berufliche Sackgasse.

2341 Zudem herrscht Wohnungsnot unter den Studierenden. Zu Beginn jedes Semesters
2342 müssen Notunterkünfte für Studienanfänger*innen geschaffen werden, die zu Beginn
2343 ihres Studiums noch keinen Wohnplatz gefunden haben, weil es viel zu wenig
2344 bezahlbaren Wohnraum gibt. Für über 215.000 Studierende stehen lediglich 15.000
2345 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal jede*r 14. Studierende erhält einen
2346 Wohnheimplatz.

2347 Der neoliberale Umbau der Gesellschaft zeigt sich auch an den Hochschulen. Die
2348 immer stärkere Ausrichtung auf Verwertbarkeit und Wirtschaftsinteressen,

2349 zunehmende prekäre Beschäftigung, der Abbau demokratischer Strukturen,
2350 Privatisierungstendenzen und der Einsatz von Drittmitteln prägen die Entwicklung der
2351 Hochschullandschaft. Der neue Hochschulpakt sieht zwar leichte Verbesserungen
2352 vor, eine notwendige Umkehrung der Dynamiken der letzten Jahrzehnte stellt der Pakt
2353 aber nicht dar. Kritische Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Hochschulen
2354 werden immer mehr an den Rand gedrängt.

2355 DIE LINKE steht für eine grundsätzlich andere Hochschulpolitik: Statt auf
2356 Eliteförderung und Wettbewerb setzen wir auf ein sozial gerechtes und durchlässiges
2357 Bildungssystem und demokratische Hochschulstrukturen.

2358 DIE LINKE will:

- 2359 ● **Die Hochschulen finanziell besser ausstatten:** Die Hochschulen sind
2360 unterfinanziert, die Mittel pro Student*in sinken seit Jahren. Das wirkt sich auf
2361 die Qualität der Ausbildung aus und führt zu Zulassungsbeschränkungen an
2362 den Hochschulen. Lehre und Forschung müssen ausreichend finanziert
2363 werden, deshalb muss ein neuer bedarfsdeckender Hochschulpakt verhandelt
2364 werden. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter deutlich
2365 stärken, um die Abhängigkeit von Drittmitteln substantiell zu verringern. Dafür
2366 soll u.a. die Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer
2367 Exzellenz (LOEWE) abgeschafft werden. Das Land Hessen soll sich zudem in
2368 der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) für die Beendigung der
2369 Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder einsetzen und stattdessen auf
2370 eine nachhaltige Kofinanzierung des Hochschulbereichs durch den Bund
2371 hinwirken.
- 2372 ● **Die Demokratisierung der Hochschulen:** Wir wollen eine lebendige
2373 demokratische Kultur an den Hochschulen, statt einer Verlagerung wichtiger
2374 Entscheidungskompetenzen an die Hochschulleitungen und die demokratisch
2375 nicht legitimierten Hochschulräte. DIE LINKE will dazu eine viertel paritätische
2376 Selbstverwaltung der Hochschulen und tritt für das Recht der Allgemeinen
2377 Studierendenausschüsse (ASten) ein, sich zu allgemeinpolitischen
2378 Fragestellungen zu äußern. Wenn durch den Autonomieprozess
2379 Entscheidungskompetenzen vom Ministerium an die Hochschulen verlagert
2380 werden, müssen diese auf die demokratisch gewählten Gremien übertragen
2381 werden. Die Hochschulräte sollen ausschließlich beratende Funktion haben
2382 und so besetzt sein, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen darin
2383 wiederfinden.
- 2384 ● **Ein gebührenfreies Studium:** Die Studierendenbewegung in Hessen hat
2385 erreicht, dass die bereits eingeführten Studiengebühren in Hessen wieder
2386 abgeschafft wurden. Studiengebühren vertiefen die sozialen Unterschiede.
2387 Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein und Studierende
2388 dürfen nicht gezwungen werden, sich schon bei der Aufnahme des Studiums
2389 hoch zu verschulden. Deshalb dürfen Studiengebühren nicht wieder eingeführt

- 2390 werden, auch nicht für Teile der Studierendenschaft. Die Erhebung von
2391 Gebühren für Verwaltung und Prüfungen lehnen wir ab.
- 2392 ● **Den Hochschulzugang erleichtern und Studienfinanzierung reformieren:**
2393 Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Berufswahl und in vielen
2394 Branchen herrscht akuter Fachkräftemangel. Dieses Recht wird aber
2395 unterlaufen, wenn immer mehr Hochschulen Zulassungsbeschränkungen
2396 erlassen. Wir wollen den Hochschulzugang erleichtern und Bildungsbarrieren
2397 abbauen. Dazu gehört auch eine Reform der Studienfinanzierung. DIE LINKE
2398 tritt für eine deutliche Erhöhung und Ausbau des BAFöG sowie für eine
2399 elternunabhängige Studienfinanzierung ein. Unsoziale Stipendiensysteme wie
2400 das sogenannte „Deutschlandstipendium“ lehnen wir ab. Ein Wechsel von
2401 Studiengängen soll wieder erleichtert werden.
 - 2402 ● **Die Reform der Bologna-Reform – Master für alle:** DIE LINKE lehnt die
2403 Bologna-Reform in ihrer Grundausrichtung ab. Die Umstellung auf Bachelor
2404 und Master hat zu einer Entwertung eines Großteils der Hochschulabschlüsse
2405 geführt. Zudem hat der Leistungsdruck an den Hochschulen enorm
2406 zugenommen. Volle Stundenpläne und enge Prüfungsrhythmen bedeuten
2407 enorme Belastung für Studierende, insbesondere, wenn sie nebenher arbeiten
2408 müssen. Wir wollen die Regelstudienzeit ausweiten, das Teilzeitstudium
2409 ermöglichen und die Prüfungsdichte verringern. Zudem setzen wir uns dafür
2410 ein, dass jede*r Bachelor-Absolvent*in ohne weitere
2411 Zulassungsbeschränkungen den Zugang zum Master-Studium erhält.
 - 2412 ● **Rüstungsforschung beenden – Zivilklauseln einführen und Einhaltung**
2413 **kontrollieren:** Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen muss dem
2414 Frieden verpflichtet sein, deshalb soll nur zu zivilen Zwecken geforscht werden.
2415 Forschungen zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben
2416 an unseren Hochschulen nichts zu suchen. Sie stehen auch im Widerspruch
2417 zum eindeutigen Friedensbekenntnis der hessischen Verfassung. Immer mehr
2418 Hochschulen führen eine sogenannte Zivilklausel ein, die Rüstungsforschung
2419 verhindern soll. Wir wollen, dass eine solche Klausel auch im hessischen
2420 Hochschulgesetz festgeschrieben wird. Zudem soll im
2421 Wissenschaftsministerium eine Kompetenzstelle „Zivilklausel“ eingerichtet
2422 werden, die die Hochschulen in dieser Frage beraten kann. Ein Missbrauch von
2423 Forschungsergebnissen oder eine militärische Nutzung ist auch bei ziviler
2424 Forschung nicht immer auszuschließen. Solche *Dual Use*-Problematiken
2425 müssen in der Wissenschaft kritisch und systematisch reflektiert und diskutiert
2426 werden. DIE LINKE setzt sich daher dafür ein, dass entsprechend der
2427 Empfehlungen der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Leopoldina
2428 an allen Hochschulen Kommissionen geschaffen werden, die für Fragen von
2429 *Dual Use* zuständig sind. Die Hochschulen sollen zudem die
2430 forschungsethische Reflexion stärker in den Studiengängen verankern.
 - 2431 ● **Studentischen Wohnraum schaffen und Studierendenwerke besser**
2432 **ausstatten:** Mit der Schaffung von jährlich 2.000 Wohnplätzen für Studierende
2433 wollen wir schrittweise für ausreichend Wohnraum sorgen. Gleichzeitig sollen

2434 die bestehenden Wohnheime auf heutige Standards modernisiert werden,
2435 ohne dass dies zu Mietpreissteigerungen führt. Neben guten
2436 Studienbedingungen brauchen Studierende auch eine gute soziale
2437 Infrastruktur, wozu auch günstiges Essen in der Mensa gehört. Deshalb
2438 müssen die Studierendenwerke finanziell besser ausgestattet werden und
2439 brauchen Planungssicherheit. Zugleich muss die demokratische Beteiligung
2440 der Studierenden von der Wohnheimverwaltung bis zum Studierendenwerk als
2441 Ganzes ausgebaut werden, um ihre Interessen gut zu vertreten.

2442 ● **Gerechte Ausgestaltung von Wissenschaft und Forschung:** Bestimmte
2443 Gruppen sind in der Wissenschaft nach wie vor unterrepräsentiert, allen voran
2444 Frauen*, Menschen aus nichtakademischen Familien und Menschen mit
2445 Migrationsgeschichte. Wir fordern eine Beibehaltung sämtlicher Lehrstühle für
2446 Geschlechter-, Migrations- und Ungleichheitsforschung, da hier gesellschaftlich
2447 relevante Forschung betrieben wird. Neue Studiengänge sind inhaltlich so zu
2448 gestalten, dass Frauen* und Männer gleichermaßen angesprochen werden.
2449 Lehrinhalte und Studieninformationen sind mindestens zweisprachig zu
2450 verfassen. Da Frauen* besonders in den MINT-Bereichen (Mathematik,
2451 Informatik, Naturwissenschaft, Technik) zu wenig vertreten sind, sind alle
2452 Förderlinien, die Schülerinnen für ein Studium in diesem Bereich begeistern,
2453 ebenso beizubehalten wie unterstützende Programme während und nach dem
2454 Studium. Das hessenweite Mentoringprogramm für mehr Frauen* in
2455 Wissenschaft und Wirtschaft, Mentoring Hessen, ist daher dauerhaft zu
2456 finanzieren. Transkulturelle Mentoringangebote sowie die Kooperation mit
2457 schichtspezifischen Programmen (z. B. ArbeiterKind.de) sind auszubauen und
2458 zu verstetigen.

2459 ● **Prekäre Beschäftigung an den Hochschulen zurückdrängen:** Die
2460 Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich, insbesondere im
2461 Mittelbau, enorm verschlechtert. Immer mehr Lehre wird von Lehrbeauftragten
2462 geleistet, die als Honorarkräfte nur kurzfristige Aufträge erhalten und nicht
2463 sozialversichert sind. Dies führt nicht nur zu existentieller Unsicherheit; durch
2464 die hohe Lehrbelastung ist es in den meisten Fällen auch nicht möglich, die
2465 persönliche akademische Weiterqualifikation zu erlangen. Dies hat zur Folge,
2466 dass wissenschaftlicher Nachwuchs nicht gefördert, sondern blockiert wird. DIE
2467 LINKE setzt sich für gute Arbeit an den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster
2468 Linie, dass es mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte
2469 Dauerstellen geben muss. Wir stehen hinter dem Prinzip: Dauerstellen für
2470 Daueraufgaben.

2471 ● **Gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft schaffen:** Die
2472 Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich in allen Bereichen -
2473 insbesondere im akademischen Mittelbau - enorm verschlechtert und ist von
2474 prekären Beschäftigungsverhältnissen gekennzeichnet. Arbeitsverträge
2475 werden immer häufiger befristet geschlossen. Das betrifft mittlerweile mehr als
2476 zwei Drittel aller Neueinstellungen an den Hochschulen. Aber auch die Lehre
2477 wird immer öfter von befristet beschäftigten Lehrbeauftragten geleistet.. DIE

2478 LINKE setzt sich für gute Arbeit an den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster
2479 Linie, dass es mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte
2480 Dauerstellen geben muss. DIE LINKE setzt sich für gute
2481 Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen ein. Dazu gehört, dass
2482 Mindestvertragslaufzeiten für alle Arbeitsverträge festgelegt werden und, dass
2483 Stellen im Regelfall als Vollzeitstellen besetzt werden. Zudem soll im
2484 hessischen Hochschulgesetz verankert werden, dass Mitarbeiterinnen und
2485 Mitarbeitern auf Qualifikationsstellen mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit zur
2486 eigenen Forschung zur Verfügung stehen. Stellen mit erhöhtem Lehrdeputat
2487 sollen nicht als Qualifikationsstellen ausgeschrieben werden und sind als
2488 Lehrkräfte für besondere Aufgaben unbefristet zu besetzen.

2489 ● **Privatisierungstendenzen stoppen:** DIE LINKE wendet sich gegen alle
2490 Formen von Privatisierung im Hochschulbereich wie beispielsweise durch das
2491 Modell der Stiftungsuniversität Frankfurt. Eine Förderung von privaten,
2492 gewinnorientierten Hochschulen lehnen wir ab. Hochschulen, wie die European
2493 Business School (EBS), die hohe Studiengebühren erheben und zur sozialen
2494 Selektion beitragen, dürfen nicht durch öffentliche Mittel bezuschusst werden.
2495 DIE LINKE hat die Förderung der EBS aus Steuermitteln als einzige Partei
2496 immer abgelehnt.

2497 ● **Forschungsförderung:** Forschung und Lehre an den Hochschulen müssen
2498 unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein und sich am Gemeinwohl
2499 orientieren. DIE LINKE sieht die Zunahme der Drittmittelquoten an den
2500 Hochschulen äußerst kritisch und tritt für eine deutliche Stärkung der
2501 Grundfinanzierung ein, um die Unabhängigkeit der Forschung zu sichern. Eine
2502 gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von Drittmitteln
2503 lehnen wir ab. Ferner müssen für drittmittelfinanzierte Stellen Mindeststandards
2504 etabliert werden. Dazu gehört, dass Stellen, die nicht der wissenschaftlichen
2505 Weiterqualifizierung dienen (z.B. Laborpersonal), in der Regel unbefristet zu
2506 besetzen sind.

2507 ● **Open Science:** DIE LINKE unterstützt grundsätzlich die Zielsetzung, dass das
2508 in den Hochschulen erzeugte Wissen der gesamten Öffentlichkeit frei zur
2509 Verfügung stehen sollte. Daher soll im hessischen Hochschulgesetz verankert
2510 werden, dass aus öffentlichen Mitteln finanzierte Forschungsergebnisse im
2511 Open Access – zumindest als Zweitveröffentlichung – publiziert werden
2512 müssen. Auch die Forschungsdaten, die den Publikationen zu Grunde liegen,
2513 sowie eventuell eingesetzter Softwarecode sollen – soweit möglich - frei
2514 zugänglich zur Verfügung gestellt werden. An den Hochschulen entwickelte
2515 Lerninhalte sollen ebenso nach Möglichkeit entsprechend veröffentlicht
2516 werden.

2517 ● **Wildwuchs im Dualen Studium beenden:** Solange es keine
2518 bundeseinheitliche Definition für ein Duales Studium gibt, muss der Wildwuchs
2519 im Bereich duales Studium auf Landesebene begrenzt werden. Das Duale
2520 Studium soll ein empfohlenes Verhältnis zwischen berufspraktischem und
2521 hochschulischem Lernen umfassen. Im Rahmen eines Dualen Studiums sollen

2522 bis zu 50 Prozent der zu erbringenden Leistungen „innercurricular“ beim
2523 Praxispartner erbracht werden können. Duale Studienangebote dürfen nicht zu
2524 betriebsspezifisch gestaltet sein. Bei ausbildungsintegrierten dualen
2525 Studiengängen muss die Mindestausbildungsdauer, die sich aus den
2526 Regelungen des § 8 BBiG ergibt, eingehalten werden, hierfür muss auf
2527 Landesebene mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen Sorge getragen
2528 werden.

2529 6.4. Unsere junge Menschen brauchen Zukunft - eine gute 2530 Berufsausbildung gehört dazu

2531 Immer noch werden junge Menschen in Hessen bei der Suche nach einem
2532 Ausbildungsplatz verfrachtet. Viele von ihnen hängen in endlosen Warteschleifen in
2533 Übergangssystemen fest. Besonders Hauptschüler*innen und Menschen mit
2534 Migrationsgeschichte sind auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt. Viele
2535 Arbeitgeber*innen klagen über Fachkräftemangel und über fehlende Bewerbungen für
2536 Ausbildungsberufe. Oft ist der Fachkräftemangel hausgemacht. Potenzielle
2537 Auszubildende werden als nicht ausbildungsreif eingestuft. Gleichzeitig klagen viele
2538 Auszubildende über zu hohe Belastung, viele gehen krank zur Arbeit oder werden als
2539 billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

2540 Damit jeder junge Mensch in Hessen die Chance auf eine duale Ausbildung bekommt,
2541 braucht es einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz. Eine berufliche
2542 Orientierung muss ohne Druck und jenseits vorgegebener Bildungsschranken möglich
2543 sein. Berufsausbildung soll der persönlichen Entwicklung und der freien Entfaltung
2544 des Individuums dienen.

2545 DIE LINKE will:

2546

2547 ● **Mehr Ausbildungsplätze beim Land Hessen:** Das Land Hessen muss sich
2548 verstärkt selbst als Ausbilder betätigen, damit ausreichend eigene Fachkräfte
2549 zur Verfügung stehen. Dafür müssen auch die Kommunen bei der Ausbildung,
2550 u.a. dem dualen Studium unterstützt werden.

2551 ● **Eine Ausbildungsplatzumlage einführen und Ausbildungsverbände**
2552 **fördern:** Dafür müssen Betriebe in angemessenem Ausmaß
2553 Ausbildungsplätze anbieten oder sich an gemeinsamen Ausbildungsverbänden
2554 beteiligen. Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Um nicht ausbildende Betriebe zur
2555 Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat eine Initiative zur
2556 Einführung einer Ausbildungsumlage starten.

2557 ● **Dass sich das Land Hessen auf Bundesebene für eine grundlegende**
2558 **Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) einsetzt:** Die Änderung soll die
2559 Ausbildungsqualität verbessern und einen Rechtsanspruch auf eine

- 2560 vollqualifizierende Ausbildung beinhalten. Das Land darf keine einjährige
2561 Ausbildung zulassen, wie beispielsweise bei der Kranken- und Altenpflegehilfe.
- 2562 ● **Eine Ausbildungsvergütung, die eine selbstständige, elternunabhängige**
2563 **Lebensgestaltung ermöglicht:** Auf Bundesebene soll sich das Land Hessen
2564 für eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung einsetzen.
 - 2565 ● **Eine Ausbildungsplatzgarantie:** Allen jungen Menschen soll im Rahmen
2566 einer Ausbildungsplatzgarantie die Möglichkeit eröffnet werden, in einem
2567 dualen Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz einen Beruf zu
2568 erlernen.
 - 2569 ● **Die Ausbildung in Berufen, die nicht dual geregelt sind, in eine duale**
2570 **Berufsausbildung überführen:** Bis dahin muss Schulgeld grundsätzlich
2571 entfallen und ein am Tarif orientiertes Ausbildungsgeld gezahlt werden.
 - 2572 ● **Berufliche Schulen zügig ausbauen und auf den neuesten technischen**
2573 **Stand bringen:** Dazu bedarf es finanzielle Unterstützung der Schulträger durch
2574 das Land Hessen.
 - 2575 ● **Mehr Stellen für Lehrkräfte sowie für Schulsozialarbeit und**
2576 **sozialpsychologische Begleitung in den beruflichen Schulen:** Dazu zählt
2577 auch mehr Berufsschullehrer*innen auszubilden und Quereinsteiger*innen
2578 verstärkt zu qualifizieren.
 - 2579 ● **Allen Berufsschüler*innen mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils**
2580 **sechs Unterrichtsstunden ermöglichen:** Dazu gehört auch, dass politische
2581 Bildung ein Teil der beruflichen Ausbildung sein muss.
 - 2582 ● **Eine enge Zusammenarbeit von Berufsschulen mit**
2583 **Qualifizierungseinrichtungen:** Dies gilt besonders für Jugendliche und junge
2584 Erwachsene mit besonderem Hilfebedarf.
 - 2585 ● **Assistierte Ausbildung stärker zu nutzen:** Dabei werden Arbeitgeber*innen
2586 bei der Ausbildung unterstützt und das ermöglicht somit Jugendlichen mit
2587 Behinderung, Benachteiligung und Lernschwierigkeiten, eine vollwertige duale
2588 Ausbildung wahrzunehmen.
 - 2589 ● **Eine flächendeckende Abdeckung mit Fachklassen in ganz Hessen:** Eine
2590 sinkende Anzahl von Auszubildende in dualen Ausbildungsgängen führt
2591 außerhalb der Ballungsräume zur Aufgabe von Fachklassenstandorten. Es
2592 braucht ein Konzept zur Entwicklung der beruflichen Schulen bei weniger
2593 Teilzeitschüler*innen und steigenden Ausstattungskosten.
 - 2594 ● **Preisgünstiger Wohnraum für Auszubildende:** Insbesondere in
2595 Ballungsräumen sind nicht nur Studierende, sondern auch junge Menschen
2596 in Ausbildung von steigenden Mieten und Verdrängung betroffen.

2597 7. Unsere Welt friedlicher

2598 Als konsequente Friedenspartei lehnt DIE LINKE Krieg als Mittel der Politik ab. Egal
2599 ob in der Ukraine, im Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt: Wir treten für
2600 ein Ende aller Kriege ein. Nur durch Frieden können soziale und freiheitliche

2601 Menschenrechte umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen
2602 Verhandlungen treten. Konflikte müssen politisch, diplomatisch und zivil gelöst
2603 werden. Und auch wenn es in der aufgeheizten Konfrontation schwer erscheint: Nur
2604 Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie
2605 gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren dauerhafte Sicherheit.

2606 7.1. Unser Hessen gegen Krieg

2607 DIE LINKE steht zum Bekenntnis in Art. 69 der hessischen Verfassung: „Der Krieg ist
2608 geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg
2609 vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

2610 Kriege und Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen weltweit
2611 zu. Ebenso wie geopolitische Rivalitäten zwischen den großen Blöcken. Kriege
2612 bedeuten Tod, Leid und Zerstörung. Die Leidtragenden sind immer die einfachen
2613 Menschen. Auch vom hessischen Boden geht Krieg aus. Hier werden Waffen zur
2614 Lieferung in alle Welt hergestellt und gehandelt. Bundeswehr, USA und NATO nutzen
2615 die hessische Infrastruktur für ihre militärischen Einsätze.

2616 Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts, dieser Leitsatz von Willy
2617 Brandt gilt für uns gerade jetzt.

2618 DIE LINKE will:

- 2619 ● **Bildung ohne Bundeswehr:** Wir wollen verhindern, dass Jugendoffiziere der
2620 Bundeswehr an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen für
2621 Kriegseinsätze werben dürfen. Krieg ist keine Alternative zu fehlenden
2622 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben
2623 fürs Sterben“ auf dem Hessentag und das Bündnis „Bildung ohne
2624 Bundeswehr“. Die Ausbildung von Minderjährigen zu Soldat*innen durch die
2625 Bundeswehr muss beendet werden.
- 2626 ● **Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und**
2627 **Bundeswehr aufheben:** Wir wollen die Kooperationsvereinbarung beenden,
2628 welche Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen unterstützt und
2629 vereinfacht.
- 2630 ● **Rüstungsforschung verhindern – Zivilklauseln verankern:** An hessischen
2631 Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit dem
2632 Wohl der Menschen dient. Wir sind konsequent für die Zivilklausel. Außerdem
2633 sollen wissenschaftlich begründete Konzepte für Rüstungskonversion
2634 entwickelt werden. Forschungen zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder
2635 Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts verloren. Sie stehen im
2636 Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der hessischen Verfassung.
- 2637 ● **Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie auflegen:** Das
2638 Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden zur Aufrüstung der Bundeswehr
2639 lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit

2640 dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt
2641 wird. Die Arbeitsplätze wollen wir nicht nur erhalten, die Beschäftigten sollen
2642 auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben. Unser Ziel ist es, die
2643 Rüstungsproduktion einzustellen und Rüstungsexporte zu verbieten.

2644 ● **Den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland:** Wir fordern den Abzug der
2645 US-Atomwaffen aus Deutschland, die im benachbarten Rheinland-Pfalz
2646 stationiert sind. Das Land Hessen sollte dem Vorbild vieler Kommunen folgen
2647 und sich zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen bekennen.

2648 ● **Keine Kriegsbeteiligungen in Hessen dulden:** In Wiesbaden muss das
2649 Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa geschlossen werden. Durch
2650 die Stationierung weiterer Truppengattungen der US-Army wächst die Gefahr,
2651 dass die Rhein-Main-Region zu einem Hotspot in einem neuen Kalten Krieg
2652 zwischen Russland und der NATO werden könnte. Der Ausbau der
2653 militärischen Einrichtungen muss beendet und der Militärflughafen geschlossen
2654 werden. Auch die Ausweitung der Geheimdienstzentren in Hessen ist endlich
2655 zu stoppen.

2656 ● **Internationale Zusammenarbeit fördern:** Das Land Hessen soll Initiativen
2657 von Kommunen, Vereinen und Verbänden zur Förderung von Solidarität und
2658 gegenseitigem Verständnis fördern und das Programm „Mayors for peace“
2659 unterstützen. Der internationale zivile Austausch, etwa in Wissenschaft und
2660 Kultur, zwischen hessischen Partnerregionen und zwischen Kommunen, soll
2661 weiter ausgebaut werden.

2662 7.2. Unser solidarisches Europa

2663 Wir kämpfen für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, in dem alle gut
2664 leben und arbeiten können. Ein solidarisches Europa, in dem alle Menschen vor Armut
2665 geschützt sind, in dem nicht Standortkonkurrenz und Profit, sondern Demokratie und
2666 Solidarität an erster Stelle stehen. Ein Europa, in dem Konzerne und Reiche endlich
2667 ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Für eine EU, die keine Deals
2668 mit Diktator*innen und multinationalen Konzernen macht, die Krieg als Mittel der Politik
2669 ächtet und verhindert, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken. Wir
2670 wollen eine Europäische Union, die Klimaschutz und eine Energie- und
2671 Verkehrswende endlich voranbringt, anstatt sie zu blockieren. Wir wollen ein
2672 friedliches Europa ohne Rüstungswettlauf. Wir fordern soziale Mindeststandards, gute
2673 Gesundheitsversorgung und Bildung für alle.

2674 In Europa aber wachsen die Gegensätze zwischen arm und reich, versagt die Politik
2675 bei der Eindämmung und Bewältigung der Klimakrise und an den Toren Europas
2676 sterben täglich Menschen auf der Flucht. Die Europäische Union versagt bei der
2677 Bewältigung der Probleme unserer Zeit. In der Folge erstarkt die politische Rechte.

2678 Die schwarz-grüne Landesregierung versteht unter europäischer Politik primär
2679 Standortwettbewerb um die besten Bedingungen für global agierende Unternehmen

2680 und will den „Finanzplatz Frankfurt“ stärken. Sie hat sich in den letzten Jahren vor
2681 allem darauf konzentriert, Banken nach Frankfurt zu locken oder vom Brexit durch die
2682 Ansiedlung von EU-Institutionen zu profitieren. Die Fraport-AG, teilweise im
2683 Landesbesitz, profitiert durch den Ankauf griechischer Flughäfen von der durch die
2684 deutsche Regierung erzwungenen Privatisierung in Griechenland. Diese Politik ist
2685 nicht europafreundlich, sondern befördert die Spaltungstendenzen in Europa.

2686 DIE LINKE will:

- 2687 ● **Ein solidarisches Europa:** Wir brauchen ein Europa der Solidarität, des
2688 Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Europas Zukunft liegt in mehr
2689 Demokratie und Ausgleich, statt weniger. Und wir wollen die undemokratische
2690 Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Mehr soziale Gerechtigkeit
2691 ist bei entschlossener Bekämpfung der Steuerflucht in ganz Europa möglich.
- 2692 ● **Ein friedliches Europa:** Wir lehnen die zunehmende Militarisierung der EU ab
2693 und fordern die Abschaffung der Aufrüstungsverpflichtung. Stattdessen muss
2694 die EU ihre ausschließlich zivilen Konfliktlösungskapazitäten stärken und ihre
2695 Ausgaben in diesem Bereich sowie bei der Entwicklungszusammenarbeit
2696 erhöhen. Wir fordern ein Europa der Abrüstung, der Entmilitarisierung und der
2697 kooperativen und solidarischen Außen-, Entwicklungs-, und
2698 Menschenrechtspolitik mit einer parlamentarischen Kontrolle.
- 2699 ● **Offene Grenzen für Menschen in Not statt Abschottung:** Die „Festung
2700 Europa“ muss der Vergangenheit angehören. Wir stehen für die Abschaffung
2701 von Frontex, einen humanen Umgang mit Geflüchteten und offene Grenzen für
2702 Menschen in Not.
- 2703 ● **Grenzüberschreitende Kontakte verbessern:** Wir wollen
2704 grenzüberschreitende Kontakte verbessern und unterstützen. Die
2705 Zusammenarbeit der Regionen sollte gefördert werden. Die politischen
2706 Gespräche und gemeinsamen Aktionen von Bürger*innen, Parteien,
2707 Nichtregierungsorganisationen in unterschiedlichen Regionen und durch
2708 Städtepartnerschaften sollen helfen, die Menschen und Bevölkerungen zu
2709 verbinden. Soziale Proteste, den Kampf für Frieden und Menschenrechte und
2710 die Überwindung sprachlicher Barrieren wollen wir fördern.
- 2711 ● **Demokratische Kräfte in Bursa und der Türkei unterstützen:** Wir haben es
2712 begrüßt, dass das Land Hessen eine Partnerschaft mit der Region Bursa in der
2713 Türkei eingegangen ist. Aus dieser Zusammenarbeit erwächst aber auch die
2714 Verantwortung diese Partnerschaft mit demokratischem Leben zu füllen, in dem
2715 das Erdogan-Regime in die Schranken gewiesen wird, sich das Land gegen die
2716 Kriminalisierung der demokratischen Opposition in der Türkei stellt und sich für
2717 die Freilassung inhaftierter demokratischer Regime-Kritiker*innen einsetzt.
2718 Eine Kriminalisierung der demokratischen kurdischen Bewegung in Hessen
2719 lehnen wir ab.

2720 7.3. Unsere Idee der Internationale 2721 Entwicklungszusammenarbeit

2722 In Hessen sind zahlreiche Organisationen tätig, die sich für die Verbesserung der
2723 Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des Südens, aber auch in den Staaten
2724 Osteuropas und Zentralasiens, einsetzen. Nichtregierungsorganisationen bieten
2725 Schulen ihre Zusammenarbeit an und vermitteln Kenntnisse über die
2726 Zusammenhänge der Globalisierung und damit einhergehender Probleme, wie den
2727 Klimawandel und die grassierende Verarmung ganzer Regionen. Sie wollen wir
2728 stärken.

2729 Die Entwicklungszusammenarbeit ist chronisch unterfinanziert. Gerade Menschen,
2730 die zu uns aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen und geflohen sind, können
2731 authentisch über die Lage in vielen Teilen der Welt berichten. Ihre Erfahrungen mit
2732 Flucht und Vertreibung sollten eine größere Öffentlichkeit erhalten. Das international
2733 angestrebte Ziel, die Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des
2734 Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, verfehlt die Bundesrepublik jedes Jahr aufs Neue.
2735 Auch der Beitrag Hessens ist zu niedrig, weil die CDU geführten Landesregierungen
2736 massiv gekürzt haben.

2737 DIE LINKE will:

- 2738 ● **Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit:** Wir wollen eine
2739 Verdopplung der im Haushalt eingestellten Mittel für
2740 Entwicklungszusammenarbeit.
- 2741 ● **Eine Entwicklungszusammenarbeit unabhängig von**
2742 **Wirtschaftsinteressen:** Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes darf
2743 nicht der Außenwirtschaftsförderung und Wirtschaftsinteressen hessischer
2744 Unternehmen untergeordnet werden. Sie muss unabhängig davon finanziert
2745 und gefördert werden.

2746 8. Unsere Entscheidung: Ob in Stadt oder Land - 2747 überall gut

2748 8.1. Unser Leben auf dem Land: Gleichwertig für alle

2749 Rund die Hälfte der hessischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Es gibt Vieles, was
2750 die ländlichen Räume lebenswert macht: die Nähe zur Natur, genügend Platz für
2751 Familie und Hobbys, regionale Traditionen, der enge Kontakt mit den Nachbarn oder
2752 der soziale Zusammenhalt im Alltag. Spätestens seit der Corona-Krise wissen dies
2753 immer mehr Menschen zu schätzen. Und auch für diejenigen, die nicht dort wohnen,
2754 sind ländliche Regionen wichtig: Ohne das Land und seine natürlichen Ressourcen
2755 könnten die hessischen Städte nicht überleben.

2756 Trotzdem wird der ländliche Raum von der Politik in Hessen noch immer
2757 vernachlässigt. Strukturpolitik, Regionalentwicklung und finanzielle Förderung
2758 konzentrieren sich auf einige wenige (Groß-)Städte, das ländliche Hessen steht
2759 hinten an – oder wird von der Landesregierung mit unübersichtlichen, kurzfristig
2760 ausgerichteten Aktionsplänen und viel zu knappen Förderprogrammen abgespeist.
2761 Die Folge dieser Politik: Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst weiter. Dies bringt
2762 für beide Seiten Nachteile; Während es in den Städten zu eng, zu laut und zu teuer
2763 ist, mangelt es in ländlichen Räumen vielfach an Arbeitsplätzen,
2764 Versorgungseinrichtungen und sozialer Infrastruktur. Wohnortnahe Schulen und
2765 Krankenhäuser werden geschlossen, Häuser stehen leer, der ÖPNV ist schlecht
2766 ausgebaut und viel zu teuer, Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte und Gaststätten,
2767 Bank- und Postfilialen oder Kultur- und Freizeitangebote verschwinden, das Internet
2768 ist viel zu langsam. Wer kein Auto hat, ist aufgeschmissen – und gerade junge Leute
2769 wandern weiter in die Städte ab.

2770 DIE LINKE kämpft dafür, dass gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und
2771 Land nicht nur als abstraktes Ziel benannt, sondern auch konkret umgesetzt werden.
2772 Hierfür braucht es eine konsequente Strukturpolitik zugunsten ländlicher Räume,
2773 zusätzliche Finanzmittel und eine dauerhafte, verlässliche Unterstützung für die vielen
2774 sozialen, kulturellen oder ökologischen Eigeninitiativen, die es vor Ort bereits gibt. Wir
2775 wollen lebenswerte ländliche Regionen, in denen das Gemeinwohl im Zentrum steht
2776 und in denen alles da ist, was alle im Alltag brauchen.

2777 DIE LINKE will:

- 2778 ● **Gerechte Strukturpolitik statt einseitige Standortpolitik:** Wir wollen die
2779 Landes- und Regionalentwicklung so ausrichten, dass sie zu einer
2780 gleichmäßigen, gerechten Verteilung von Unternehmen, Arbeitsplätzen und
2781 Infrastrukturen in Hessen führt. Es ist weder ökonomisch noch ökologisch
2782 sinnvoll das Wachstum von Frankfurt und der Rhein-Main-Region weiter zu
2783 fördern (z.B. durch das Anwerben von Brexit-Banken oder den weiteren
2784 Flughafenausbau). Stattdessen wollen wir Finanzhilfen und Förderprogramme
2785 verstärkt auf strukturschwache, ländliche Regionen ausrichten. Damit die
2786 Menschen hier gute, wohnortnahe Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse
2787 haben, müssen gezielt öffentliche Ämter und Behörden sowie kleine und
2788 mittlere Unternehmen angesiedelt werden.
- 2789 ● **Ausreichende Finanzausstattung sicherstellen:** Wir wollen für ländliche
2790 Räume, was wir auch für ganz Hessen fordern: Die Kommunen brauchen
2791 endlich ausreichend Finanzmittel, um öffentliche Leistungen erbringen und
2792 Investitionen tätigen zu können. Gerade Kommunen in ländlichen Räumen sind
2793 dabei auf hinreichende Zuweisungen des Landes angewiesen: Sie verfügen
2794 nur selten über hohe Grund- und Gewerbesteuererinnahmen, müssen zugleich
2795 aber Infrastrukturen auf großer Fläche oder mit relativ wenig Nutzer*innen
2796 bereitstellen. Deshalb streiten wir dafür, dass das Land die Grundfinanzierung

- 2797 der Kommunen verbessert und die Zuweisungen für kommunale Investitionen
2798 erhöht.
- 2799 ● **Straßenausbaubeiträge abschaffen:** Wir wollen, dass Hessen dem Beispiel
2800 vieler anderer Bundesländer folgt und die ungerechten, unsozialen
2801 Straßenausbaubeiträge vollständig abschafft. Diese Beiträge stellen gerade für
2802 ältere Menschen im ländlichen Raum eine hohe finanzielle Belastung dar.
2803 Neben der Abschaffung der Beiträge wollen wir die Einrichtung eines
2804 Landesfonds, der den Kommunen ihre Einnahmeausfälle erstattet und eine
2805 Gegenfinanzierung über die Grundsteuer unnötig macht.
 - 2806 ● **Mobilität für alle – auch ohne Auto:** Wir wollen, dass alle Menschen auf dem
2807 Land mobil sein können, auch ohne eigenes Auto. Voraussetzung dafür ist ein
2808 attraktives Angebot im Öffentlichen Nahverkehr, d.h. ein gut ausgebautes,
2809 barrierefreies Netz, ein dichter Takt (auch abends und am Wochenende) sowie
2810 niedrige Preise, die mittelfristig in einen Nulltarif münden. Stillgelegte
2811 Bahnlinien müssen reaktiviert und neue Angebote wie Regiotrams oder
2812 öffentlich betriebene Sammel- und Rufbusse geschaffen werden. Zudem
2813 braucht es Carsharing, E-Bikes und Pedelecs als Teil des öffentlichen
2814 Verkehrsangebots in kommunaler Hand sowie mehr und bessere Rad- und
2815 Fußwege, innerhalb und zwischen den Orten.
 - 2816 ● **Gesundheit für alle erreichbar:** Wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem
2817 alle – unabhängig vom Wohnort – die bestmögliche und wohnortnahe
2818 Prävention und Versorgung erhalten, die sie benötigen. Deshalb stellen wir uns
2819 dem Abbau der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen entschieden
2820 entgegen und streiten für den Erhalt von Klinikstandorten sowie für mehr
2821 Personal, eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Wir
2822 wollen flächendeckende Gesundheitszentren und Pflegeeinrichtungen in
2823 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand, eine wohnortnahe Eins-zu-Eins-
2824 Betreuung durch Hebammen und gute ambulante Dienste. Auch
2825 Beratungsstellen für körperliche Selbstbestimmung und Ärzt*innen für
2826 Schwangerschaftsabbrüche müssen innerhalb einer Stunde für alle erreichbar
2827 sein.
 - 2828 ● **Bezahlbaren und guten Wohnraum schaffen:** Wir wollen gutes, bezahlbares,
2829 barrierefreies und klimagerechtes Wohnen – auch auf dem Land. Dies ist eine
2830 öffentliche Aufgabe, weshalb Grund und Boden in öffentlicher oder
2831 gemeinwohlorientierter Hand bleiben sollen. Wir wollen auch kleinere, ländliche
2832 Kommunen darin unterstützen, kooperative oder kreiseigene
2833 Wohnungsbaugesellschaften zu gründen. Das landeseigene
2834 Wohnungsunternehmen Nassauische Heimstätte/Wohnstadt muss verpflichtet
2835 werden, auch im ländlichen Raum wieder bezahlbare (Sozial-)Wohnungen zu
2836 schaffen. Statt immer neue Wohngebiete für Eigenheime auszuweisen und die
2837 Landschaft zu zersiedeln, braucht es flächenschonendes Bauen, die
2838 warmmietenneutrale Modernisierung bestehender Gebäude, die Schließung
2839 von Baulücken sowie die Instandsetzung leerstehender Häuser im Ortskern.

- 2840 Hierfür wollen wir das Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung
2841 wiedereinführen.
- 2842 ● **Schulen im ländlichen Raum erhalten:** Wir wollen eine gute und
2843 wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und eine gute Erreichbarkeit
2844 weiterführender Schulen. Wir wollen kleine Schulen im ländlichen Raum
2845 erhalten. Schulschließungen lehnen wir ab, sie bedeuten für Schüler*innen
2846 noch längere Wege und weitere Verschlechterungen für ländliche Räume.
 - 2847 ● **Natürliche Lebensgrundlagen schützen, Klimaanpassung fördern:** Wir
2848 wollen durch Anreize und strengere Regelungen die ökologischen Leistungen
2849 ländlicher Räume – wie Nahrung, Wasser, Energie, Baustoffe oder Frischluft –
2850 stärker schützen und verhindern, dass ländliche Regionen weiterhin als
2851 Entsorgungsorte für Abfälle und Abwässer missbraucht werden. Wir wollen den
2852 Boden schützen, indem die Flächenversiegelung durch ein nachhaltiges
2853 Flächenmanagement bis 2030 auf Netto-Null reduziert sowie für gute und sehr
2854 gute Ackerböden ein sofortiger Versiegelungsstopp eingeführt wird. Ein
2855 öffentlicher Bodenfonds soll sicherstellen, dass diese Flächen zu niedrigem
2856 Pachtzins an ortsansässige Agrarbetriebe vergeben und umweltschonend
2857 bewirtschaftet werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Land- und
2858 Forstwirtschaft sowie die Wassernutzung ökologischer ausgerichtet und fit für
2859 den Klimawandel gemacht werden.
 - 2860 ● **Gemeinsamer Strom von vor Ort statt Kohle und Atom von weit weg:** Die
2861 Energieerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse soll unter kommunaler
2862 Regie und unter Beteiligung der Bevölkerung ausgebaut werden. Die Gewinne
2863 sollen vor Ort bleiben und allen zugutekommen, statt den Aktionären der
2864 Energiekonzerne. Kommunen sollen außerdem eigene Auflagen erlassen
2865 dürfen, etwa eine Solarpflicht für Neubauten und bei Dachsanierungen.
 - 2866 ● **Flächendeckender Breitband- und Mobilfunkausbau:** Alle Menschen in
2867 Hessen müssen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu schnellem Internet
2868 und störungsfreiem Mobilfunk haben. Daher wollen wir die
2869 Telekommunikationsanbieter verpflichten, ihre digitalen Infrastrukturen
2870 flächendeckend auszubauen und alle Einwohner*innen in einer Region zu
2871 versorgen. Zusätzlich braucht es auch und besonders auf dem Land öffentliche,
2872 kostenlose WLAN-Netze und Freifunk-Angebote.
 - 2873 ● **Die Chancen der Digitalisierung nutzen:** Richtig eingesetzt, kann
2874 Digitalisierung dabei helfen, Nachteile des ländlichen Raums, wie zum Beispiel
2875 ein schlechteres Angebot an medizinischer Versorgung oder kulturellen
2876 Angeboten, zu überwinden. Daher wollen wir, dass die Kommunen vom Land
2877 unterstützt werden, um z.B. gemeinsam eGovernment-Dienste und
2878 Bürger*innen-Apps zu entwickeln und Menschen unnötige Wege zu ersparen.
 - 2879 ● **Örtliche Nahversorgung erhalten und ausbauen:** Wir wollen, dass
2880 Gaststätten und Geschäfte des täglichen Bedarfs wie Lebensmittelläden,
2881 Bäckereien, Getränkemärkte, Apotheken oder Banken auch auf dem Land
2882 wohnortnah und möglichst ohne Auto erreichbar sind. Daher treten wir für eine
2883 Stärkung von Dorfzentren und kleinen Innenstädten sowie den Erhalt bzw. die

2884 geförderte Wiederansiedlung entsprechender Geschäfte ein. Wir pochen auf
2885 die Erfüllung des gesetzlichen Versorgungsauftrages öffentlicher Sparkassen
2886 auch in ländlichen Gebieten und Ortsteilen. Zudem wollen wir neue, innovative
2887 Konzepte wie mobile Lebensmittelläden oder öffentliche Gemeindedorfläden
2888 sowie alle Formen der Direktvermarktung regionaler Produkte fördern.

2889 ● **Kultur- und Freizeiteinrichtungen unterstützen:** Wir wollen ein lebendiges,
2890 aktives und kreatives Landleben fördern. Deshalb engagieren wir uns gegen
2891 die Schließung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen und deren allgemeinen
2892 Mangel im ländlichen Raum. Egal ob Schwimmbad, Sportplatz, Bücherei,
2893 Theater, Kino, Kulturfestival, Dorfgemeinschaftshaus oder Jugendzentrum: Es
2894 braucht nicht weniger, sondern mehr Angebote vor Ort – gerade für junge und
2895 ältere Menschen. Daher wollen wir entsprechende Einrichtungen finanziell
2896 fördern und lokale, unkommerzielle und kreative Eigeninitiativen besonders
2897 unterstützen.

2898 ● **Tourismus in der Region stärken:** Wir wollen die Tourismusförderung darauf
2899 ausrichten, die ländlichen Regionen sozial und ökologisch nachhaltig zu
2900 stärken. Die lokale und regionale Zusammenarbeit unterschiedlicher Anbieter
2901 soll verbessert werden. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wollen wir
2902 es für alle Menschen erleichtern, Ausflugsziele zu erreichen und sich Ausflüge
2903 auch leisten zu können.

2904 ● **Lokale Demokratie und Solidarität fördern:** Wir wollen, dass die
2905 Bevölkerung auf dem Land möglichst viele Entscheidungen selbst trifft – und
2906 alle mitentscheiden können, die vor Ort leben. Damit lokale Demokratie
2907 funktioniert, müssen insbesondere im ländlichen Raum Informationsquellen wie
2908 lokale Zeitungen, Fernseh- und Hörfunkprogramme oder selbstorganisierte
2909 Medienprojekte stärker gefördert werden. Wir wollen bürgerschaftliches
2910 Engagement unterstützen und niedrighschwellige, alltagsnahe Möglichkeiten
2911 der Bürgerbeteiligung einführen, z.B. in Gestalt regionaler Nachhaltigkeits-
2912 und/oder Ernährungsräte. Der Kampf gegen rechte Hetze sowie Rassismus,
2913 Sexismus und andere Formen der Diskriminierung ist auch in ländlichen
2914 Regionen notwendiger denn je. Wir wollen Initiativen, die sich hier für
2915 Demokratie und Solidarität einsetzen, besonders fördern.

2916 8.2. Unsere Kommune vor Ort: selbst verwaltet und 2917 demokratisch

2918 Kommunalpolitik berührt uns unmittelbar. Hier wird darüber diskutiert und
2919 entschieden, wo neue Wohnungen, Kitas oder Schulen entstehen, ob es vor Ort ein
2920 Schwimmbad, eine Bibliothek oder ein Jugendzentrum gibt und welche Steuern,
2921 Gebühren und Beiträge die Einwohner*innen, aber auch Unternehmen und Betriebe
2922 zu zahlen haben. In unserer Kommune können wir die Demokratie hautnah erleben
2923 und uns selbst einbringen, in lokalen Vereinen, Initiativen oder Parteien. Nicht

2924 umsonst ist die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Gemeinden und Kreise
2925 in der Hessischen Verfassung festgeschrieben.

2926 Leider ist diese kommunale Selbstverwaltung in der Realität oftmals stark
2927 eingeschränkt. Weil das Land die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet
2928 hat und eine dauerhafte, verlässliche Unterstützung fehlt, mangelt es vor Ort an
2929 echten Gestaltungsmöglichkeiten. Dies ist besonders problematisch, weil kommunale
2930 Leistungen angesichts der vielen gesellschaftlichen Veränderungen und
2931 Herausforderungen – allen voran dem Klimawandel –dringend angepasst und
2932 ausgebaut werden müssten. Stattdessen herrscht vielerorts ein Sparzwang,
2933 kommunale Infrastrukturen werden abgebaut oder Steuern und Gebühren erhöht.
2934 Auch Bürgerbegehren werden unter Verweis auf finanzielle Vorgaben ausgebremst.
2935 Doch wo es wenig zu entscheiden gibt, leidet die Demokratie. So ist die
2936 Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen besonders gering. Zudem bleiben junge
2937 Generationen, Frauen* und insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte in der
2938 Kommunalpolitik benachteiligt. Es mangelt an demokratischen
2939 Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort.

2940 DIE LINKE tritt für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung ein, damit die
2941 Menschen in den Städten, Gemeinden und Kreisen mehr demokratische
2942 Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Hierfür muss das Land die Kommunen
2943 aufgabengerecht und verlässlich finanzieren. Zudem braucht es mehr Unterstützung
2944 für lokales, zivilgesellschaftliches Engagement und mehr echte Demokratie in der
2945 Kommunalpolitik.

2946 DIE LINKE will:

- 2947
- 2948 ● **Die Finanzlage der Kommunen nachhaltig stärken:** Wir wollen, dass unsere
2949 Städte, Gemeinden und Kreise stabile Einnahmen und eine bessere, wirklich
2950 ausreichende Finanzausstattung erhalten. Hierfür muss die sogenannte
2951 Schuldenbremse abgeschafft, die Gewerbesteuer durch die Erweiterung der
2952 Bemessungsgrundlage der freien Berufe in eine Gemeindefinanzsteuer
2953 umgewandelt und der kommunale Finanzausgleich (KFA) bedarfsgerecht
2954 ausgestaltet werden. Es darf keine Aufgabenverlagerung von Bund und Land
2955 an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich (auch des
2956 Personalaufwands) geben (Konnextätsprinzip).
 - 2957 ● **Kommunale Infrastrukturen erhalten und ausbauen:** Das Land muss die
2958 Kommunen nicht nur bei Investitionen in Schulen, Kitas, Wohnungsbau oder im
2959 Gesundheitswesen finanziell unterstützen. Auch so genannte „freiwillige“
2960 Leistungen wie Bibliotheken, Schwimmbäder, Sporthallen und Sportplätze,
2961 Jugendzentren, Museen, Theater, kommunale Kinos oder
2962 Dorfgemeinschaftshäuser sind wichtige Einrichtungen der öffentlichen
2963 Daseinsvorsorge und sorgen vor Ort für ein gutes Leben. Statt sie dem
2964 Spardiktat zu opfern und gegeneinander auszuspielen, müssen diese
Einrichtungen erhalten, modernisiert und ausgebaut werden – und dabei für

2965 alle bezahlbar bleiben. Wir wollen lokales, zivilgesellschaftliches und
2966 ehrenamtliches Engagement in diesen Bereichen gezielt fördern und
2967 gleichzeitig verhindern, dass es zum Ersatz für notwendige staatliche
2968 Leistungen wird.

2969 ● **Den Landeswohlfahrtsverband (LWV) besser finanzieren:** In Hessen nimmt
2970 der LWV eine wichtige Rolle in der Inklusion ein. Wir wollen ihn und seine
2971 Strukturen erhalten und sprechen uns für eine solidarische Finanzierung von
2972 Land, kreisfreien Städten und Landkreisen aus. Um die finanziellen
2973 Belastungen für die Kommunen zu reduzieren, muss der Landesanteil deutlich
2974 angehoben werden.

2975 ● **Privatisierungen stoppen, Rekommunalisierung fördern:** Die Privatisierung
2976 öffentlichen Eigentums sowie öffentlich-private-Partnerschaften in Bereichen
2977 wie Krankenhäuser, ÖPNV, Wohnungsbau oder Wasser- und
2978 Energieversorgung lehnen wir ab. Ehemals kommunale Einrichtungen, die in
2979 den vergangenen Jahren an private Betreiber verkauft wurden, wollen wir in
2980 öffentliches Eigentum zurückholen (Rekommunalisierung). Damit soll die
2981 öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge für alle Menschen
2982 gestärkt werden. Das Land muss diesen Prozess über eine
2983 Rekommunalisierungsagentur nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell
2984 fördern. Die sogenannte „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der hessischen
2985 Gemeindeordnung, die Kommunen daran hindert, sich wirtschaftlich zu
2986 betätigen, muss ersatzlos gestrichen werden.

2987 ● **Interkommunale Zusammenarbeit stärken:** Die sinnlose Konkurrenz
2988 zwischen Kommunen um zahlungskräftige Bewohner*innen und die
2989 Ansiedlung von Unternehmen sowie der Unterbietungswettbewerb bei den
2990 Gewerbesteuern muss aufhören. Zwangszusammenschlüsse von Gemeinden
2991 und die Zentralisierung von Verwaltungsstellen, Ämtern und Behörden lehnen
2992 wir ab. Stattdessen setzen wir uns für die selbstbestimmte Zusammenarbeit
2993 zwischen benachbarten Kommunen, regionale Entwicklungspläne sowie die
2994 Dezentralisierung staatlicher Verwaltung ein. Dafür muss das Land Hessen
2995 finanzielle Mittel und Beratung zur Verfügung stellen.

2996 ● **Kommunalpolitik demokratischer gestalten:** Wir möchten die Hessische
2997 Gemeindeordnung (HGO) und die Hessische Landkreisordnung (HKO)
2998 reformieren. Unter anderem sollen die erfolgreichen bayerischen Regelungen
2999 für Bürger*innenbegehren und -entscheide in Hessen übernommen und durch
3000 Fairness- und Transparenzklauseln anderer Länder verbessert werden.
3001 Weitere erprobte Mitbestimmungsrechte, wie Bürger*innenanträge und das
3002 kommunale Petitionsrecht, sollen endlich auch in hessischen Gemeinden,
3003 Städten und Kreisen zur Anwendung kommen. Die Rechte von Ortsbeiräten
3004 und Ausländer*innen-Vertretungen sollen gestärkt und die Menschen durch die
3005 Einführung von echten Bürger*innenhaushalten an der Gestaltung der
3006 kommunalen Haushalte beteiligt werden. Zudem treten wir dafür ein, das
3007 Kommunalwahlrecht allen Menschen – also auch hier lebenden Nicht-EU-
3008 Ausländer*innen – ab dem 16. Lebensjahr einzuräumen.

- 3009
- 3010
- 3011
- 3012
- 3013
- 3014
- 3015
- 3016
- 3017
- 3018
- 3019
- 3020
- 3021
- 3022
- 3023
- 3024
- 3025
- 3026
- 3027
- 3028
- 3029
- 3030
- 3031
- 3032
- 3033
- 3034
- **Kommunalpolitik transparenter machen:** Wir wollen, dass Daten der Kommune möglichst einfach eingesehen werden können und öffentliche Akten frei zugänglich sind. Daher wollen wir das bestehende Informationsfreiheitsgesetz so reformieren, dass die Kommunen verpflichtet werden Auskünfte zu geben- – und dies gebührenfrei, damit es für alle zugänglich ist.
 - **Kommunalpolitik digitalisieren:** E-Government birgt großes Potenzial für gemeinwohlorientierte öffentliche Dienste. Es kann neue Möglichkeiten der Partizipation befördern. Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, kann E-Government aber auch das Gegenteil bewirken: soziale Ausgrenzung, Entdemokratisierung, Bürokratisierung und enorme Kosten. Daher befürworten wir den flächendeckenden digitalen Zugang zu Rathäusern und Behörden, wollen aber zugleich, dass es auch weiterhin die Möglichkeit einer analogen Nutzung gibt. Menschen mit Einschränkungen müssen die Angebote barrierefrei nutzen können. Bürger*innenbüros zur Erledigung von Amtsgängen oder für Fragen dürfen in diesem Prozess nicht eingespart werden. E-Government darf kein Vorwand für Personalkürzungen sein. Der direkte Kontakt mit der Kommune vor Ort muss weiterhin möglich sein. In Rathäusern, Bürger*innenbüros und im Bus muss weiterhin menschliches Personal arbeiten, das bei Schwierigkeiten ansprechbar ist und helfen kann.
 - **Personalaufbau in den Kommunen unterstützen:** In den nächsten Jahren wird die Hälfte der Beschäftigten aufgrund der demographischen Entwicklung den Beruf verlassen. Deshalb muss in Ausbildung investiert und die Ausstattung der Kommunen mit ausreichend Personal für einen guten öffentlichen Dienst garantiert werden. Dazu gehört auch eine gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.

3035 9. Unser Miteinander demokratischer

3036 9.1. Unsere Demokratie, Bürger*innenbeteiligung, 3037 Mitbestimmung und Wahlrecht, Transparenz

3038 DIE LINKE steht ein für Transparenz, Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung in
3039 Politik und Verwaltung. Nicht nur gewählte Vertreter*innen sollten entscheiden
3040 können, wie sich die Kommune und das Land weiterentwickeln. Wir wollen auch, dass
3041 die Menschen durch Bürger*innen-Begehren und -entscheide mehr unmittelbaren
3042 politischen Einfluss erhalten. Vollständige Transparenz bedeutet auch freien Zugang
3043 zu Informationen und einen gesetzlichen Anspruch auf die Herausgabe von
3044 Dokumenten, das ist die Basis für Teilhabe.

3045 Mitbestimmung ist nur möglich, wenn man über die Hintergründe der Entscheidungen
3046 von Politik und Verwaltung umfassend informiert ist. Eine Politik, bei der
3047 Entscheidungen mit Lobbyist*innen in Hinterzimmern getroffen werden, ist

3048 undemokratisch und wird von uns bekämpft. Im Gegensatz dazu braucht es
3049 Transparenz.

3050 Obwohl die hessische Verfassung in Artikel 71 das Volksbegehren und den
3051 Volksentscheid als wichtigstes Mittel der Gesetzgebung vorsieht, steht Hessen bei
3052 direkter Demokratie im Vergleich ganz weit hinten. Die gesetzlichen Hürden wurden
3053 von der Regierung sehr hoch gelegt, Demokratie darf nicht weiter auf das Abgeben
3054 der Wählerstimme beschränkt sein.

3055 DIE LINKE will:

- 3056 ● **Informationsfreiheit und Transparenz in politischen Prozessen und**
3057 **Entscheidungen verwirklichen:** Ein modernes Transparenz- und
3058 Informationsfreiheitsgesetz, das nicht nur Auskunftsansprüche vorsieht,
3059 sondern staatliche Stellen verpflichtet, wichtige amtliche Informationen, wie
3060 Gutachten und Verträge, von sich aus zu veröffentlichen.
- 3061 ● **Ein landesweites Lobbyregister** Wir wollen ein verbindliches,
3062 maschinenlesbares und transparentes Lobbyregister für Hessen einführen und
3063 treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyist*innen in Landesministerien
3064 und – bei Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten bei Unternehmen und
3065 Lobbyorganisationen ein. Kein Lobbyismus an Schulen!
- 3066 ● **Mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene.**
- 3067 ● **Volksbegehren und Volksentscheide für Hessen.**
- 3068 ● **Livestream bei Ausschusssitzungen:** Wie auch bei den Plenardebatten
3069 müssen öffentliche Ausschusssitzungen und andere öffentliche Tagungen des
3070 Landtages per Livestream übertragen werden.
- 3071 ● **Landtagsabgeordnete in gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen:** Wir
3072 werden einen Antrag zur Änderung der Altersversorgung der
3073 Landtagsabgeordneten einbringen mit dem Ziel, die bestehenden üppigen
3074 Versorgungsleistungen zu deckeln und die Abgeordneten in die gesetzliche
3075 Rentenversicherung aufzunehmen.
- 3076 ● **Das Wahlalter auf 16 Jahre herabsenken:** Wir sind der Meinung, dass auch
3077 junge Menschen über Wahlen mitbestimmen dürfen sollten. Deshalb soll das
3078 Wahlalter bei den Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt werden.

3079 9.2. Unsere Versammlungsfreiheit - ohne Wenn und Aber

3080 Art. 8 des Grundgesetzes regelt die Versammlungsfreiheit. Jede*r hat das Recht,
3081 öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und daran teilzunehmen.
3082 Während der Corona-Pandemie geriet dieses Recht unter Druck: Verbote und
3083 Auflagen machten die Ausübung des Grundrechts schwierig bis unmöglich. Gerichte
3084 mussten zwischen Gesundheitsschutz und Versammlungsfreiheit abwägen. Für
3085 Journalist*innen wird es, aufgrund von Übergriffen, schwieriger aus Versammlungen

3086 heraus zu berichten. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit muss von allen
3087 staatlichen Stellen geschützt und geachtet werden.

3088 DIE LINKE will:

3089 • **Keinen Lockdown für die Demokratie:** Gerade in Krisenzeiten:
3090 Bürger*innenrechte sind systemrelevant! Es darf keine Entmachtung der
3091 Parlamente geben, keine (Selbst-)Ermächtigung der Exekutive. Politische
3092 Betätigung und Versammlungen müssen möglich bleiben.

3093 • **Den Einsatz von Pfefferspray und Taser durch die Polizei massiv**
3094 **einschränken:** Im Zusammenhang mit Versammlungen, Ansammlungen im
3095 öffentlichen Raum und Veranstaltungen soll er verboten werden.

3096 9.3. Unsere Medien sind Träger von Informationsfreiheit, 3097 Meinungsvielfalt und Demokratie

3098 Meinungsvielfalt und Demokratie erfordern eine auf Wissen und
3099 Verantwortungsbewusstsein basierende Mediennutzung. Moderne Medienpolitik
3100 stärkt sowohl einen breit aufgestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunk einschließlich
3101 starker Internetangebote als auch Printmedien mit engagierten investigativem
3102 Journalismus, einen freien Zugang zum Internet für alle, lokale TV-Angebote und
3103 Bürger*innenmedien als Zentren demokratischer Mitwirkung. Entscheidende
3104 Grundlage ist dabei die Pressefreiheit, die wir gegen alle gegenwärtigen und
3105 zukünftigen Angriffe verteidigen.

3106 DIE LINKE will:

3107 • **Transparenz bei den öffentlich Rechtlichen:** Mit Blick auf die anhaltende
3108 gesellschaftliche Diskussion zum Rundfunkbeitrag ist Transparenz bei der
3109 Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen und beim
3110 wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen unerlässlich. Wir stehen
3111 für klare Befreiungstatbestände für Sozialempfänger*innen,
3112 Geringverdienende, Studierende, Senior*innen mit geringen Renten und
3113 Menschen mit Einschränkungen.

3114 • **Eine aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft für Hass im**
3115 **Netz:** Dem weiteren Ausufern von Beleidigungen, Bedrohungen und anderen
3116 Delikten in den digitalen Netzwerken müssen wir mit den Mitteln des
3117 Rechtsstaats entgegentreten. Mittel- und langfristig hilft im Kampf gegen
3118 Rassismus und Diskriminierung im Internet allerdings nur die aktive Aufklärung
3119 und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, es braucht eine „digitale
3120 Zivilgesellschaft“. Wir wollen deshalb den Zugang zu Informationsangeboten
3121 über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von Hass-Rede (Hate-
3122 Speech) erleichtern und hierbei die verschiedenen zivilgesellschaftlichen
3123 Strukturen unterstützen.

3124 9.4. Unseren Rechtsstaat gut ausstatten und demokratisieren

3125 Ziel des Strafvollzugs soll es sein, Gefangene in die Lage zu versetzen, künftig ein
3126 Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Dabei ist es ein kaum
3127 aufzulösender Widerspruch, dass das Leben in Freiheit in Gefangenschaft gelernt
3128 werden soll. Zu erfolgreicher Resozialisierung gehört auch die Möglichkeit, soziale
3129 Bindungen durch Besuche zu stärken. Um Opfern, Täter*innen und der Gesellschaft
3130 besser gerecht zu werden, muss zukünftig mit Straftäter*innen anders umgegangen
3131 werden. Hierzu gehören ein verbesserter Täter*in-Opfer-Ausgleich,
3132 Wiedergutmachung und alternative Bewährungsmodelle.

3133 Die hessische Justiz leidet unter Personalmangel. Auf allen Ebenen. Die
3134 Schuldenbremse und der mit ihr verbundene Sparzwang gefährden den Rechtsstaat.

3135 DIE LINKE will:

- 3136 • **Eine Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine**
3137 **Demokratisierung der Justiz:** Richter*innen und Staatsanwält*innen sollen
3138 ausschließlich durch Richter*innenwahlausschüsse ernannt werden statt wie
3139 bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizminister*innen. Zur Sicherung
3140 der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der
3141 Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einführen.
- 3142 • **Amtsgerichtstandorte erhalten, damit sie für alle Bürger*innen erreichbar**
3143 **sind:** Für schnellere Verfahren wollen wir zusätzliche Rechtspfleger*innen- und
3144 Richter*innenstellen schaffen.
- 3145 • **Die Prozesskostenhilfe ausbauen:** Rechtsschutz darf nicht eine Sache des
3146 Geldes sein.
- 3147 • **Die Abschaffung des Weisungsrechts:** Stärkung der Justiz durch
3148 unabhängige Staatsanwält*innen nach dem Vorbild der
3149 Richter*innen.Rechtsreferendar*innen müssen im Justizdienst bei der
3150 Ausbildungsvergütung mindestens mit den Lehramtsreferendar*innen
3151 gleichgestellt sein.
- 3152 • **Den Strafvollzug menschenwürdig gestalten und sinnvolle Alternativen**
3153 **entwickeln:** Er soll so weit wie möglich offen gestaltet werden. Strafgefangene
3154 sollen Zugang zum Internet, zu Medien und Informationen haben. Sie dürfen
3155 nicht als billige Arbeitskräfte herhalten, sondern einer angemessen bezahlten
3156 Beschäftigung nachgehen dürfen. Weiterbildungsangebote und psychosoziale
3157 Betreuung wollen wir ausbauen. Die Gesundheitsversorgung in Haftanstalten
3158 muss in Art und Qualität den Vorgaben der gesetzlichen Krankenversicherung
3159 entsprechen (Äquivalenzprinzip) und insbesondere einen umfassenden
3160 Impfschutz sowie die Bereitstellung von Präventionsmittel, wie zum Beispiel
3161 eine HIV-Präexpositionsprohylaxe (PreEP) beinhalten. Dazu ist ausreichend
3162 gut ausgebildetes Personal erforderlich. (Teil-)Privatisierungen von
3163 Strafvollzugsanstalten lehnen wir ab. Zudem wollen wir sinnvolle Alternativen

3164 zum derzeitigen Strafvollzug entwickeln, bei denen Resozialisierung an erster
3165 Stelle steht.

3166 9.5. Unsere Polizei: reformiert und kontrolliert

3167 DIE LINKE stellt sich eine grundlegend andere Sicherheitspolitik vor. Wir sind
3168 überzeugt: Eine Politik für mehr Sicherheit bei gleichzeitiger Stärkung der
3169 Bürger*innenrechte und einer Reform des Polizeiapparates ist möglich und dafür
3170 treten wir ein. Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und
3171 Geheimdiensten, sondern durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität,
3172 Verunsicherung und Gewalt. Eine gute Sozialpolitik ist immer die beste
3173 Kriminalitätsbekämpfung.

3174 Hessen wurde in den letzten Jahren von einer Reihe von Skandalen innerhalb der
3175 Polizei erschüttert. Ausgelöst durch den selbsternannten „NSU 2.0“ traten
3176 verheerende Missstände und Probleme in der Polizei ans Licht. Es gab illegale
3177 Datenabfragen durch Polizist*innen, Waffen und Munition verschwanden aus den
3178 Beständen der Polizei und in verschiedenen rechten Chatgruppen teilten Beamt*innen
3179 menschenverachtende, rassistische, antisemitische und neonazistische Inhalte
3180 miteinander. Rechte Netzwerke sind auch in der hessischen Polizei bittere Realität.

3181 Die Prioritäten bei der Kriminalitätsbekämpfung entsprechen nicht unserer
3182 Vorstellung: Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte wie Fahren ohne Fahrschein
3183 bringen jedes Jahr Tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von
3184 Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung werden hingegen heruntergefahren.
3185 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Entkriminalisierung von Fahren ohne
3186 Fahrschein und auch eine nicht repressive Drogenpolitik ein. Die hierdurch frei
3187 werdenden Ressourcen können an anderer Stelle besser verwendet werden und die
3188 völlig überlasteten Sicherheitsbehörden von Arbeitsfeldern befreien. Denn auch das
3189 gehört zur Wahrheit dazu: Mitursächlich für die Skandale ist auch die strukturell
3190 herbeigeführte Überforderung der eingesetzten Polizist*innen. Eine Verbesserung
3191 der Arbeitsbedingungen in den Sicherheitsbehörden ist daher für das Gelingen der
3192 dringend notwendigen Reformen essentiell.

3193 DIE LINKE will:

- 3194 ● **Eine unabhängige Beschwerdestelle:** An diese sollen sich Bürger*innen und
3195 Kolleg*innen wenden können und mögliches Fehlverhalten von
3196 Polizei-beamt*innen untersuchen und ahnden lassen. Sie soll dafür
3197 umfangreiche Ermittlungskompetenzen erhalten, sowie ein Anwesenheitsrecht
3198 bei Polizeieinsätzen.
- 3199 ● **Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expertenkommission
3200 und des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reform der Polizei:**
3201 Insbesondere verpflichtende Seminare zu Rechtsextremismus, Etablierung
3202 einer Fehlerkultur, Datenschutzmaßnahmen.

- 3203 ● **Eine stärkere Berücksichtigung von demokratiefördernden Inhalten in der**
- 3204 **Polizeianwärter*innenausbildung:** Dies geschieht durch verpflichtende
- 3205 Seminare zu interkultureller Kompetenz und Antisemitismus- und
- 3206 Rassismusprävention.
- 3207 ● **Die Auflösung der Hessischen Hochschule für öffentliches Management**
- 3208 **und Sicherheit (HöMS):** Wissenschaft und Polizeibehörde müssen klar
- 3209 voneinander getrennt sein. Durch die Vermischung von Forschung, Lehre und
- 3210 Weiterbildung unter dem Dach des Innenministeriums ist die
- 3211 Wissenschaftsfreiheit in Gefahr. Dies ist nicht mit der hessischen Verfassung
- 3212 vereinbar. Wir fordern die Wiedereröffnung der Hessischen Hochschule für
- 3213 Polizei und Verwaltung (HfPV), der Polizeiakademie Hessen sowie der
- 3214 Zentralen Fortbildung Hessen (ZFH).
- 3215 ● **Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden zerschlagen:**
- 3216 Menschenfeindliche, rassistische, antisemitische und neonazistische
- 3217 Äußerungen und Handlungen von Polizist*innen und Angehörigen des
- 3218 öffentlichen Dienstes müssen konsequent disziplinar- und strafrechtlich
- 3219 geahndet werden. Dazu muss auch das hessische Disziplinarrecht angepasst
- 3220 werden.
- 3221 ● **Die Abschaffung anlassloser und verdachtsunabhängiger Kontrollen:** So
- 3222 unterbinden wir Willkürmaßnahmen und Racial Profiling.
- 3223 ● **Die Rücknahme der Reform des Hessischen Sicherheits- und**
- 3224 **Ordnungsgesetzes:** Polizeipräsidien und LKA sollen nicht von dem
- 3225 Innenminister unterworfenen politischen Beamten geführt werden, sondern von
- 3226 unabhängigen Beamten.
- 3227 ● **Die Sicherstellung funktionierender Infrastruktur:** wie der Notruf 110.
- 3228 ● **Opfer und Angehörige unterstützen:** Opfer und unmittelbare Angehörige von
- 3229 schweren Gewaltdelikten müssen unmittelbar durch einheitliche professionelle
- 3230 Verfahrensweisen unterstützt werden, z.B. mit Angeboten zur psychologischen
- 3231 oder psychosozialen Hilfeleistung.
- 3232 ● **Die Verbreitung tödlicher Schusswaffen stoppen und Neonazis**
- 3233 **entwaffnen:** Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene und der
- 3234 Ermöglichung von mehr Kontrollen durch eine bessere personelle Ausstattung
- 3235 der Waffenbehörden.
- 3236 ● **Eine Verlaufsstatistik sowie eine Dunkelfeldstudie zu häuslicher Gewalt**
- 3237 **und die statistische Erfassung von Femiziden als eigene Kategorie:**
- 3238 Gefährdungsanalyse von Hochrisikofällen wollen wir bei der Polizei zum
- 3239 Standard machen.
- 3240 ● **Entlastung der Polizeibeamt*innen:** Dies passiert durch Abbau von
- 3241 Überstunden und Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die
- 3242 Polizeireform.

3243 9.6. Unser Verfassungsschutz gehört abgeschafft

3244 Der sogenannte Verfassungsschutz hat die wichtige Aufgabe, die Werte des
3245 Grundgesetzes zu schützen. Darunter fallen u.a. die Menschenwürde sowie das
3246 Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. DIE LINKE kritisiert, dass der sogenannte
3247 Verfassungsschutz dieser Aufgabe nicht nachkommt und mehr Gefahren für unser
3248 demokratisches Zusammenleben schafft als abwendet.

3249 Durch die Untersuchungsausschüsse zum NSU und dem Mord an Walter Lübcke
3250 zeigte sich, dass der sogenannte Verfassungsschutz auch bei seiner inhaltlichen
3251 Arbeit die Anforderungen nicht erfüllt.

3252 DIE LINKE will:

3253 ● **Den Verfassungsschutz abschaffen:** Unsere Alternative: Einer transparent
3254 arbeitenden, wissenschaftlichen Beobachtungsstelle von Angriffen auf
3255 Menschen-, Grundrechte und Demokratie ersetzt den aktuellen
3256 Verfassungsschutz. Es ist wichtig, Bestrebungen gegen unsere Grundwerte zu
3257 beobachten und ihnen entgegenzutreten – dafür brauchen wir aber keine
3258 Behörde, die die Bevölkerung ausspäht, die Extreme Rechte finanziert und mit
3259 ihrer Prioritätensetzung und Arbeitsweise rechten Terror nicht verhindern kann.
3260 Die Verfassung wird nicht hinter verschlossenen Türen und im Aktenschredder
3261 verteidigt, sondern am Arbeitsplatz, in der Kneipe, auf dem Kinderspielplatz, im
3262 Stadion oder beim nächsten Familienbesuch. Dazu und um uns schützen zu
3263 können, braucht es öffentliche Information über rechte, autoritäre und
3264 demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster sowie politische
3265 Bildung. Auch die damit einhergehende Abschaffung der Subventionierung der
3266 Extremen Rechten – auch genannt V-Leute-System – ist dringend geboten.
3267 Gelder müssen in die Stärkung der Demokratie und nicht ihrer Feinde investiert
3268 werden.

3269 ● **Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Arbeit des**
3270 **Verfassungsschutzes:** Die mangelhafte parlamentarische Kontrolle, die
3271 Berufsverbotspolitik und die als „geheim“ eingestuft Verstrickungen des
3272 Verfassungsschutzes in die Extreme Rechte machen eine wissenschaftliche
3273 Aufklärung dessen Arbeit notwendig. Wir fordern die Aufarbeitung der
3274 Tätigkeiten des Verfassungsschutzes sowie die vollständige Rehabilitierung
3275 und Entschädigung der Opfer, insbesondere der Betroffenen von
3276 Berufsverboten. Mehr Gefahr als Hilfe ist auch das V-Leute-System. Der NSU
3277 wurde durch V-Leute über Jahre mitfinanziert, generell unterstützte die
3278 Beschäftigung militanter Neonazis beim Inlandsgeheimdienst den Aufbau
3279 rechter und rechtsterroristischer Strukturen massiv. Neben dieser
3280 Unterstützung und der Frage, wie zuverlässig Informationsquellen aus der
3281 rechten Szene sind, beeinflusst das System auch ganz konkret die Arbeit des
3282 Verfassungsschutzes.

3283 9.7. Antifaschistisches Engagement ist unsere Aufgabe

3284 Für eine freie, offene und tolerante Gesellschaft braucht es eine Stärkung der
3285 wehrhaften Zivilgesellschaft. Antifaschistische und journalistische Recherche muss
3286 wertschätzend einbezogen werden. Wenn wir Grundwerte schützen wollen, müssen
3287 wir Menschenverachtung immer und überall aktiv entgegentreten – egal ob im Betrieb,
3288 in der Schule oder im Sportverein.

3289 Hessen hat ein massives Problem mit militanten Neonazis und rechter Gewalt. Das
3290 haben die letzten Jahre deutlich gezeigt.

3291 Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queer-Feindlichkeit und andere
3292 menschenverachtende Einstellungen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft
3293 verbreitet. Erfahrungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung etwa bei der
3294 Wohnungssuche, im Job oder bei rassistisch motivierten Polizeikontrollen sind für
3295 viele Menschen in Hessen tägliche und traurige Realität. Es ist aber nicht nur die AfD,
3296 die Hetze befeuert. Es sind Äußerungen am Stammtisch, Hate Speech in den sozialen
3297 Netzwerken und Kommentare auf Familienfeiern. Dass aus Worten Taten werden
3298 können, zeigen nicht nur die rechtsterroristischen Angriffe in Hessen. Auch rechte
3299 Vereinnahmung des öffentlichen Raums nimmt zu – seien es neonazistische
3300 Schmierereien oder queerfeindliche Übergriffe.

3301 Viel zu oft fühlen sich Betroffene rechter Gewalt von den Behörden im Stich gelassen
3302 und nicht ernst genommen oder werden gar – wie beim rassistischen Anschlag in
3303 Hanau – als Gefährder*innen angesprochen.

3304 Mit der Corona-Pandemie tauchten selbsternannte „Querdenken“-Gruppen auf. Die
3305 Gefahren durch diese in weiten Teilen antisemitischen, antidemokratischen bis hin zu
3306 völkisch-esoterischen Zusammenschlüsse wurden lange Zeit von den
3307 Sicherheitsbehörden heruntergespielt.

3308 Um rechten Terror wirksam zu verhindern, ist die Arbeit der Antifa und anderer
3309 zivilgesellschaftlicher Projekte, die die Demokratie stärken, unerlässlich und verdient
3310 Wertschätzung und Anerkennung. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung
3311 antifaschistischer Recherche und endlich langfristige Förderpläne für
3312 zivilgesellschaftliche Projekte, die die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus,
3313 Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung einsetzen. Gleiches gilt
3314 für Projekte, die Opfer und Betroffene rechter, menschenverachtender Gewalttaten
3315 unterstützen und in die gesellschaftliche Aufmerksamkeit bringen.

3316 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von
3317 Organisationen ein, die sich gegen rechte Hetze, Rassismus und Verfolgung
3318 einsetzen. Das schließt politische Tätigkeiten ein.

3319 DIE LINKE will:

- 3320 ● **Die Entkriminalisierung antifaschistischen Engagements:** Wer gegen
3321 Neonazis und Menschenverachtung aufsteht, handelt nicht gegen die Werte

3322 des Grundgesetzes, sondern verteidigt diese aktiv. Die Überwachung und
3323 Repression durch den sogenannten "Verfassungsschutz" und die polizeilichen
3324 Sicherheitsbehörden müssen daher beendet werden.

3325 • **Langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, die die**
3326 **Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und**
3327 **andere Formen der Menschenverachtung einsetzen:** Dazu muss eine
3328 dauerhafte Finanzierung dieser Strukturen sichergestellt werden. Für die
3329 haupt- und ehrenamtlich Tätigen muss die Unsicherheit darüber, ob ihre
3330 wichtige Arbeit auch nach Ablauf der aktuellen Förderperiode fortgesetzt
3331 werden kann, endlich aufhören.

3332 • **Ein langfristiges und flächendeckendes Angebot von**
3333 **zivilgesellschaftlichen Präventions- und Beratungsprojekten:** Es gibt
3334 aktuell noch keine flächendeckende mobile Beratung für Betroffene von rechter
3335 und rassistischer Gewalt in Hessen. Diese Lücken möchten wir schließen. Die
3336 meisten Präventions- und Beratungsstellen in Hessen sind an das
3337 Innenministerium angedockt. Wir wollen diese in die Verantwortung des
3338 Sozialministeriums überführen. Hier treffen die Expert*innen vor Ort auf
3339 Fachleute aus dem Ministerium.

3340 • **Die Einführung einer Studie „Hessenmonitor“ zu rechten, völkischen und**
3341 **diskriminierenden Einstellungsmerkmalen in der hessischen**
3342 **Bevölkerung.**

3343 • **Kriminalisierung von antifaschistischem Engagement stoppen:** Wer
3344 gegen Neonazis und Menschenverachtung aufsteht, handelt nicht gegen die
3345 Werte des Grundgesetzes, sondern verteidigt diese aktiv. Die Überwachung
3346 und Repression durch den sogenannten „Verfassungsschutz“ und die
3347 polizeilichen Sicherheitsbehörden müssen daher beendet werden.

3348 • **Eine würdige Gegenkultur:** Der 8. Mai als Jahrestag des Siegs über den
3349 Nationalsozialismus muss gesetzlicher Gedenk- und Feiertag in Hessen
3350 werden.

3351 9.8. Unser Schutz - Verbraucher*innenschutz

3352 Kein doppelter Boden, keine versteckten Kosten, keine unterschlagenen Inhaltsstoffe
3353 - volle Transparenz für Verbraucher*innen, sodass kein Kauf zur unliebsamen
3354 Überraschung wird, nur damit die Profite der Konzerne stimmen.

3355 Ob beim Kauf von Lebensmitteln, als Fahrgast, bei
3356 Telekommunikationsdienstleistungen, im Internet, als Strom- oder Gaskund*in oder
3357 als Finanzanleger*in - überall stehen den Interessen der Verbraucher*innen
3358 Interessen von Unternehmen gegenüber. Wir sind mit handfesten
3359 Lebensmittelskandalen, aggressiven Werbestrategien, unlauteren
3360 Geschäftspraktiken, Folgen der Corona-Pandemie und überhöhten Energiepreisen
3361 konfrontiert. Wir brauchen einen starken Verbraucher*innenschutz.

3362 DIE LINKE will:

- 3363 ● **Selbstbewusste, finanziell und rechtlich gut ausgestattete**
- 3364 **Verbraucher*innenorganisationen und -verbände:** Die Zuwendungen für
- 3365 die Verbraucher*innenschutzorganisationen in Hessen müssen deutlich
- 3366 angehoben werden.
- 3367 ● **Verständlichen Verbraucher*innenschutz:** Eine verständliche
- 3368 Kennzeichnung von Produkten und Dienstleistungen.
- 3369 ● **Zugang zu Beratungs- und Informationsangeboten und juristische**
- 3370 **Auskunft für alle Menschen.**
- 3371 ● **Regelungen, die Verbraucher*innen schützen:** Regelungen müssen auch
- 3372 von den zuständigen staatlichen Stellen wirksam kontrolliert und durchgesetzt
- 3373 werden.
- 3374 ● **Die Orientierung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit:** Einen
- 3375 Verbraucher*innenschutz, der eine Orientierung auf soziale und ökologische
- 3376 Nachhaltigkeit hat.

3377 9.9. Unsere Feuerwehren, Rettungsdienste und

3378 Katastrophenschutz

3379 Allein in Hessen engagieren sich über 70.000 Menschen ehrenamtlich bei den
 3380 Freiwilligen Feuerwehren vor Ort, tausende weitere Menschen engagieren sich in
 3381 Hessen bei den Rettungsdiensten. Diese Arbeit ist unbezahlbar und unabdingbar.
 3382 Aber auch hier gilt, Klatschen allein hilft nicht.

3383 Es sind die Kommunen vor Ort, die den Brandschutz und Rettungsdienst sicherstellen.
 3384 Um jeden Ort eines Unfalls oder eines Brandes innerhalb von zehn Minuten zu
 3385 erreichen, braucht es motivierte Menschen und eine zeitgemäße Ausstattung. Nur
 3386 damit kann die Einsatzbereitschaft 24/7 gewährleistet werden. Diese Herausforderung
 3387 kann nur gemeistert werden, wenn das Land die Kommunen die entstehenden Lasten
 3388 nicht allein schultern lässt und eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen
 3389 sicherstellt. Sonst werden vor Ort die berechtigten Interessen der Vereine, der
 3390 sozialen Hilfen, der Kultur etc. gegen die Erforderlichkeiten eines modernen
 3391 Rettungsdienstes ausgespielt.

3392 Dabei kommen durch die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte beim
 3393 Klimaschutz neue gewaltige Aufgaben auf die Rettungskräfte zu. Vegetationsbrände,
 3394 Überschwemmungen, Hochwasser und die Bedrohung durch Hitze werden, als
 3395 Klimafolgen, immer häufiger Hilfseinsätze auslösen. Darauf müssen die
 3396 Rettungskräfte personell und technisch vorbereitet werden.

3397 Gleichzeitig lehnen wir die Einbindung ziviler Rettungs- und Hilfsorganisationen in die
 3398 Strukturen der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ entschieden ab, da immer mehr
 3399 gesellschaftliche Bereiche offen oder verdeckt in eine Militärstrategie eingebunden
 3400 werden. DIE LINKE fordert die Auflösung des „Landeskommandos Hessen“ sowie der
 3401 Bezirks- und Kreiskommandos und die Auflösung der Heimatschutzkompanien.

3402 DIE LINKE will:

- 3403 ● **Die Förderung der Kinder- und Jugendabteilungen:** Dies soll durch ein
3404 freiwilliges Wahlfach in der Schule unterstützt werden.
- 3405 ● **Alle diskriminierenden Hürden und Verhaltensweisen benennen und**
3406 **beseitigen:** Einsatzabteilungen dürfen kein Rückzugsraum für
3407 Männerdominanz und White Supremacy sein.
- 3408 ● **Bezahlte Freistellung für Ausbilder*innen:** Die Arbeit der Ausbilder*innen
3409 soll durch die Möglichkeit einer bezahlten Freistellung unterstützt werden.
- 3410 ● **Die Nachwuchsgewinnung der Rettungsdienste intensivieren:** Dazu
3411 müssen vor Ort passende Bausteine entwickelt, erprobt und umgesetzt werden.
- 3412 ● **Nachhaltige Finanzierung:** Etwa des zivilen Katastrophenschutzes.

3413 9.10. Unser Ehrenamt: Förderung und Wertschätzen

3414 Das Ehrenamt in Hessen ist vielfach der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält.
3415 Ohne die über 2,3 Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Vereinen und
3416 Verbänden engagieren, würde viel notwendige Arbeit einfach liegen bleiben. Gerade
3417 vor dem Hintergrund einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, zahlreicher
3418 Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich und der Zunahme von Ressentiments, kann
3419 ehrenamtliches Engagement Brücken bauen und den Zusammenhalt stärken.

3420 Diese Bereitschaft vieler Menschen, sich in ihrer Freizeit für andere einzusetzen, darf
3421 aber nicht als Lückenbüßer und billige Alternative zu einer professionellen und
3422 auskömmlich bezahlten Arbeit missbraucht werden und so
3423 sozialversicherungspflichtige Stellen ersetzen.

3424 Die Aufnahme der Förderung des Ehrenamtes in die hessische Verfassung darf nicht
3425 über die Versäumnisse der Landesregierung hinwegtäuschen. Dem Staatsziel
3426 müssen auch Taten folgen, warme Worte und eine „Ehrenamtskarte“ reichen nicht.
3427 Derzeit kommt nicht einmal ein Prozent der ehrenamtlich engagierten Menschen in
3428 Hessen in den Genuss der spärlichen Vergünstigungen dieser „Ehrenamtskarte“.

3429 DIE LINKE will:

- 3430 ● **Freiwilliges Engagement weiter fördern:** Wichtig hierbei ist jedoch, dass
3431 gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten nicht durch freiwilliges Engagement
3432 ersetzt werden dürfen. Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich
3433 macht Ehrenamt möglich.

- 3434 ● **Die Einführung eines Ehrenamtsgesetzes:** Dieses soll Fragen des
3435 Versicherungsschutzes, der Gewährleistung kostenfreier Qualifizierungskurse
3436 sowie die Erstattung der tatsächlichen Aufwendungen aller Ehrenamtlichen
3437 regeln.

- 3438 ● **Ehrenamtsförderung verstetigen:** Vereine und Verbände sollten nicht nur
3439 projektbezogen, sondern verlässlich und dauerhaft gefördert werden, der
3440 bürokratische Verwaltungsaufwand bei Antragstellung und Abrechnung muss
3441 reduziert werden.

- 3442 ● **Ehrenamt auch im ländlichen Raum:** Im ländlichen Raum muss eine
3443 Infrastruktur für die ehrenamtliche Arbeit gefördert werden.
3444 ● **Freistellung und Förderung:** Die Freistellung und Förderung der
3445 Ehrenamtlichen.

3446 9.11. Unseren Breitensport fördern

3447 Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen.
3448 Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die
3449 Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness. DIE LINKE fördert und
3450 unterstützt vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und
3451 gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit
3452 mit den Schulen stärker unterstützt werden. Der Sportunterricht an den Schulen soll
3453 auf mindestens vier Unterrichtsstunden pro Woche erhöht werden.

3454 Viele Sporthallen und Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den Kommunen das
3455 notwendige Geld fehlt. Auch die gestiegenen Energiekosten erschweren das
3456 Betreiben von Sportstätten. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen und
3457 die Sportvereine ausreichend finanziell zu unterstützen, damit die notwendigen
3458 Investitionen vorgenommen werden können. Die Sportstätten sollen zeitgemäß,
3459 barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden. Deshalb muss Sport eine
3460 kommunale Pflichtaufgabe werden.

3461 DIE LINKE will:

- 3462 ● **Eine ausreichende finanzielle Ausstattung:** Besonders hervorzuheben ist
3463 hier der Landessportbundes und die Sportjugend.
3464 ● **Bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort:** Förderung, wo es nötig ist,
3465 insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den Schulen.
3466 ● **Flächendeckenden Schwimmunterricht an allen Grundschulen:** Alle
3467 Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen.
3468 ● **Den langfristigen Erhalt bestehender Projekte zur Integration:** Integration
3469 durch Sport. Dafür braucht es Erhalt und weiteren Ausbau dieser Angebote in
3470 den Sportvereinen.
3471 ● **Ein Sportstättenanierungsprogramm des Landes:** Es müssen jährlich
3472 mindestens 50 Millionen Euro investiert werden,
3473 ● **Ein Sonderprogramm des Landes:** Sanierung und Betrieb von Frei- und
3474 Hallenbädern mit jährlich mindestens 50 Millionen Euro.

3475 9.12. Unsere Zukunft: digital wann und wo wir es brauchen

3476 Alle sollten, wo immer sie gerade in Hessen sind, digital vernetzt sein, wenn sie das
3477 wollen. Gleichzeitig muss es in Behörden und an Servicestellen Personal geben,
3478 welches für Fragen und Antworten zur Verfügung steht. DIE LINKE will die Vorteile
3479 der Digitalisierung in ganz Hessen nutzen, ohne technisch weniger versierte

3480 Menschen zu benachteiligen. Richtig eingesetzt, kann Digitalisierung auch dabei
3481 helfen, Nachteile des ländlichen Raums auszugleichen.

3482 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft durchlebte dank der Corona-Pandemie einen
3483 Riesenschub. Daher müssen digitale Erreichbarkeit und Angebote flächendeckend
3484 verfügbar sein. Für DIE LINKE bedeutet dies, dass wir nicht nur im gesamten Land
3485 kostenfreies und öffentliches WLAN fordern müssen, sondern auch in allen
3486 landeseigenen Einrichtungen.

3487 Weiterhin müssen Onlinezugänge in den Verwaltungsbehörden vereinfacht werden.
3488 Menschen mit einem geringen technischen Verständnis muss die Möglichkeit
3489 gegeben werden, Behördengänge auch online erledigen zu können. Dabei darf es
3490 allerdings nicht zu einem Abbau von Arbeitsplätzen innerhalb der Verwaltung
3491 kommen. Vielmehr muss es bedeuten, dass Bildungs- oder Schulungsangebote im
3492 Bereich Digitalisierung gesteigert werden. Bei der Beschaffung von Software muss
3493 immer überprüft werden, ob sogenannte Open-Source-Software, also Software deren
3494 Quellcode frei zugänglich ist und beliebig kopiert, genutzt und verändert werden darf.
3495 Mehrkosten durch vermehrtes Heizen der eigenen Wohnung im Homeoffice, größeren
3496 Platzbedarf und somit erhöhte Mietkosten, Wegfall von Kantinennutzung oder
3497 Einrichten ergonomischer Arbeitsmöglichkeiten müssen von Arbeitgeber*innen
3498 übernommen werden.

3499 DIE LINKE will:

- 3500 ● **Freies WLAN in allen landeseigenen Gebäuden:** Alle müssen Zugang
3501 haben.
- 3502 ● **Freie Wahl zwischen Homeoffice und Arbeiten im Büro:** Durch die
3503 fortschreitende Digitalisierung kommt das Thema Homeoffice immer öfter auf
3504 und bietet viele Herausforderungen. Arbeitet man von zu Hause, so vermischen
3505 sich allerdings zu leicht Arbeit und Privates. Es muss die ständige Möglichkeit
3506 gegeben sein, an den Arbeitsplatz zurückkehren zu können. Mobiles Arbeiten
3507 darf auch nicht zur ständigen Erreichbarkeit durch Arbeitgeber*innen führen.
- 3508 ● **Bildungsangebote für verschiedene Alters- und Kenntnisgruppen:**
3509 Bildungs- oder Schulungsangebote im Bereich Digitalisierung nicht nur für
3510 Arbeitsplätze, sondern auch für die Bevölkerung. Dabei muss es viele
3511 verschiedene Angebote geben. Vom anfängerfreundlichen Einsteigerangebot
3512 bis hin zu seniorenfreundlichen Möglichkeiten.
- 3513 ● **Digitale Angebote barrierefrei gestalten.**
- 3514 ● **Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen:** Gemeinsam
3515 eGovernment-Dienste und Bürger*innen-Apps entwickeln und Menschen
3516 unnötige Wege zu ersparen, zum Bsp.
- 3517 ● **Schule digitalisieren:** Schulen müssen mit einem bestimmten Kontingent an
3518 modernen (mobilen) Endgeräten ausgestattet werden, um einen bestimmten
3519 digitalen Standard zu schaffen. Zudem muss das Land eine digitale Lern- und
3520 Verwaltungsumgebung schaffen, die benutzerfreundlich und
3521 datenschutzkonform ist. Große IT-Konzerne haben mit ihrer Lern-Software und

3522 ihren pädagogischen Konzepten an unseren Schulen grundsätzlich nichts zu
3523 suchen. Außerdem muss der Umgang mit digitalen Medien als
3524 Querschnittsaufgabe im Unterricht verankert sein.

3525 ● **Die Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten nutzen:** Digitale
3526 Anwendungen sollen bessere Verteilung von Arbeit und kürzere Arbeitszeiten
3527 erreichen, sie dürfen nicht zu einer weiteren Verdichtung und völligen
3528 Entgrenzung von Arbeit führen.

3529 ● **Menschenorientierte Digitalisierung im Gesundheitssystem:** Bessere
3530 Patient*innenversorgung und verbesserte Arbeitsbedingungen für die
3531 Beschäftigten müssen ausschlaggebend für den Einsatz von digitalen
3532 Anwendung auch im Gesundheitswesen sein.

3533 9.13. Unsere Kultur: divers, vielfältig und für alle zugänglich

3534 Kultur in ihrer Vielfalt ist demokratierelevant, denn kulturelle Orte schaffen
3535 Begegnungen und Austausch, sie bieten Raum für Reflexionen und Utopien. Wir
3536 können uns mit und in unterschiedlichen Künsten entfalten und entwickeln. Ohne
3537 Kunst und Kultur verkümmert der/die Einzelne und Gesellschaft verrohrt. In Zeiten
3538 vielfacher Krisen will DIE LINKE Förderstrukturen planungssicher gestalten und die
3539 soziale Lage von Kulturschaffenden verbessern, damit die kulturelle Infrastruktur
3540 geschützt und ausgebaut wird. Da Kultur zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen
3541 zählt, wird an ihr rasch der Rotstift angesetzt, wenn eingespart wird. Zudem leiden
3542 kulturelle Einrichtungen unter einem an die Substanz gehenden Investitionsstau. Nicht
3543 zuletzt setzen die Folgen der Corona-Pandemie aber auch die gestiegenen
3544 Energiekosten der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft weiterhin schwer zu. Zwar ist
3545 in Hessen Kultur als Staatsziel verankert, doch ohne eine ausreichende Finanzierung
3546 bleibt die Staatszielbestimmung symbolpolitisch.

3547 DIE LINKE versteht Kulturförderung im weitesten Sinne als Infrastrukturförderung in
3548 Stadt und Land. Dabei treten wir für einen breiten und partizipativen Kulturbegriff ein,
3549 der kulturelle Bildung, soziokulturelle Zentren, Vereins- wie auch Clubkultur, Festivals,
3550 Theater und Kinos, die Freie Szene, Bibliotheken, Orchester, kleine und große
3551 Kulturinstitutionen, die Pflege des kulturellen Erbes und eine lebendige Gedenkkultur
3552 umfasst. Die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands im 19.
3553 und 20. Jahrhundert liegt uns besonders am Herzen, allen voran die Verbrechen des
3554 Nationalsozialismus. Aber auch die Aufarbeitung und Erinnerung an den
3555 Kolonialismus und Sklaverei muss präsenter werden. Wir wollen eine lebendige
3556 Erinnerungskultur fördern, die sich an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft
3557 orientiert.

3558 Kulturelle Bildung ermöglicht nicht nur dem Einzelnen, sich künstlerisch
3559 auszudrücken, sondern auch, sich mit gesellschaftlichen Normen und sozialen
3560 Verhältnissen kritisch auseinanderzusetzen. Ein zentraler Begriff im Feld der
3561 kulturellen Bildung lautet Teilhabe, der untrennbar mit dem bislang nicht erreichten

3562 Ziel gesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit verbunden ist. Deshalb will DIE LINKE
3563 kulturelle Bildung besonders für Kinder und Jugendliche ausbauen.

3564 DIE LINKE will:

- 3565 ● **Die Landeskulturförderung insgesamt prozesshaft und weniger**
3566 **projektorientiert gestalten:** In diesem Sinne sind langfristige
3567 Stipendienprogramme sinnvoll. Bei der Vergabe von Fördermitteln sollen
3568 soziale Standards, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität als Kriterien
3569 etabliert werden.
- 3570 ● **Verbindliche Mindeststandards der Honorierung** in der freien Kunst- und
3571 Kulturarbeit und branchenspezifische Honoraruntergrenzen.
- 3572 ● **Ein Hessisches Kulturraumgesetz entwickeln**, in dem die „Pflichtaufgabe
3573 Kultur“ verankert ist.
- 3574 ● **Bibliotheken flächendeckend sichern und zu einem sogenannten „Dritten**
3575 **Ort“ wandel:** In diesem Sinne sollen Bibliotheken frei zugänglich für alle sein
3576 und neben ihrer Kernaufgabe, der Wissensvermittlung, Austausch und
3577 Gemeinschaft ermöglichen.
- 3578 ● **Räume schaffen:** Zwischennutzung gerade bei innenstadtnahem Leerstand
3579 fördern. Unterstützung und Förderung bei Raumsuche und langfristige
3580 Finanzierungszusagen zum Raumerhalt (geht in die Richtung weg von
3581 Projektförderung).
- 3582 ● **Einen kostenlosen Eintritt in Landesmuseen für Schüler*innen sowie für**
3583 **Studierende:** Mit einem Netzwerk aus Akteur*innen der Kultur-, Bildungs- und
3584 Jugendarbeit sowie ehrenamtlicher Unterstützung sollen lokale Bündnisse
3585 gefördert werden, die nachhaltige und inklusive Bildungsangebote schaffen
3586 sollen.
- 3587 ● **Die Vielfalt der Clubkultur stärken.**
- 3588 ● **Ehrenamtlich geführte Gedenkarbeit flächendeckend unterstützen:**
3589 Auch die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals in Museen und
3590 Gedenkstätten müssen verbessert werden.
- 3591 ● **Das Gedenken und die Erinnerung stärker verankern:** Etwa an die Opfer
3592 von rassistischer und antisemitischer Gewalt in der jüngeren Geschichte
3593 Deutschlands.
- 3594 ● **Provenienzforschung stärken** und die Rückgabe von NS-Raubkunst sowie
3595 Restitution von unrechtmäßig erworbenen Kulturgütern aus kolonialen
3596 Kontexten unterstützen.

3597 10. Unsere Entscheidung: Wie wir leben und wer 3598 wir sind

3599 Eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft, wie wir sie erstreiten wollen, gibt es nur
3600 ohne jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung. Die gesellschaftliche Vielfalt
3601 und Realität muss gelebt und von allen akzeptiert werden.

3602 Selbstbestimmt leben ist für einige Menschen leichter: Wer ausreichend Geld, den
3603 „richtigen“ Bildungsgrad und die passenden Netzwerke hat, kann gut vorankommen
3604 in dieser Gesellschaft. Die Mehrzahl der Menschen in unserem Land muss sich jedoch
3605 gegen Diskriminierungen und Widerstände durchsetzen.

3606 Allen voran betrifft dies Frauen* und Mädchen. Sie werden weiterhin auf dem
3607 Arbeitsmarkt und bei Löhnen benachteiligt, Sexismus und Übergriffe prägen ihren
3608 Alltag.

3609 Menschen, die sich nicht als heterosexuell oder männlich/weiblich definieren, erleben
3610 immer wieder Diskriminierungen. Zwar wurden viele gesetzliche Verbesserungen in
3611 den letzten Jahren Realität, einhergehend mit dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft
3612 gibt es aber zugleich verstärkte Gewalt gegen offen queer lebende Menschen.

3613 Menschen mit Behinderungen stoßen trotz UN-Behindertenrechtskonvention in allen
3614 Lebensbereichen auf Barrieren und Vorurteile.

3615 10.1. Unsere Gleichberechtigung, unsere Emanzipation

3616 Die Gleichberechtigung der Geschlechter bleibt weiterhin unvollendet. Noch immer
3617 sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Frauen*
3618 verdienen auch in Hessen eklatant weniger als Männer. In den Familien übernehmen
3619 immer noch Frauen* den größeren Teil der Sorgearbeit. Viele werden zwischen
3620 Familienpflichten und eigener Erwerbsarbeit zerrieben. Frauen* arbeiten häufiger in
3621 unfreiwilliger Teilzeit, insbesondere Alleinerziehende. Berufe, in denen Frauen*
3622 besonders häufig arbeiten, sind in der Regel schlechter bezahlt. Die Führungsetagen
3623 sind überwiegend von Männern besetzt. Das alles führt dazu, dass vor allem Frauen*
3624 von Altersarmut betroffen sind.

3625 Der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus stößt noch immer auf erbitterten
3626 Widerstand. Gewalt gegen Frauen* wird weithin verharmlost und den Betroffenen
3627 selbst die Schuld gegeben. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen* ist in weiten
3628 Teilen mehr Wunschtraum als Realität.

3629 Wir wehren uns gegen Patriarchat und Kapital, die eine Geschlechterordnung
3630 festschreiben, die Frauen* unterdrückt. Wir streiten für eine Welt, die
3631 geschlechtergerecht und solidarisch ist.

3632 DIE LINKE will:

- 3633 ● **Gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen der Wirtschaft und**
3634 **Gesellschaft:** In den Führungspositionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft

3635 dominieren Männer. Die gläserne Decke, die Frauen* am Aufstieg hindert,
3636 muss zerbrochen werden. Ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Ziels
3637 sind gesetzliche Quotierungen, um fähige Frauen* an patriarchalen
3638 Netzwerken vorbei in Führungsverantwortung zu bringen. Dazu reformieren wir
3639 das Hessische Gleichberechtigungsgesetz und weiten es auf alle
3640 privatrechtlichen Gesellschaften des Landes Hessen aus, stärken
3641 Frauen*beauftragte und nehmen auch private Unternehmen über das
3642 Vergaberecht in die Pflicht. Über den Bundesrat streiten wir für ein
3643 bundesweites Entgeltgleichheitsgesetz, das den gleichen Lohn bei gleicher und
3644 gleichwertiger Arbeit vorschreibt. Wir streiten für ein neues
3645 Normalarbeitsverhältnis von 30 Stunden pro Woche bei Lohn- und
3646 Personalausgleich, um Sorgearbeit umverteilen zu können.

- 3647 ● **Dein Körper, deine Entscheidung:** Mit der Streichung des
3648 Informationsverbots über Schwangerschaftsabbrüche ist ein wichtiger Schritt
3649 erreicht. Jetzt muss auch der § 218 StGB endlich fallen. Wir wollen eine
3650 Gesellschaft, in der Schwangere selbstbestimmt über einen Abbruch
3651 entscheiden können. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen: Wir
3652 sind für Beratungsangebote für ungewollt Schwangere – diese müssen deutlich
3653 ausgebaut und besser finanziert werden -, aber freiwillig und ohne staatliche
3654 Bevormundung. Es braucht wohnortnah Beratungsangebote und
3655 Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen. Fundamentalistische Aufmärsche,
3656 die Frauen* in Konfliktsituationen unter Druck setzen wollen, werden wir vor
3657 Beratungsstellen und Praxen verhindern. Einen Gesetzentwurf haben wir
3658 hierzu bereits vorgelegt. Methoden des Schwangerschaftsabbruchs müssen
3659 verpflichtender Bestandteil eines Medizinstudiums, spätestens in der
3660 gynäkologischen Fachweiterbildung, werden. Öffentliche Kliniken müssen im
3661 Rahmen der Krankenhausplanung verpflichtet werden, die Durchführung von
3662 Schwangerschaftsabbrüchen auch nach der Beratungsregelung
3663 sicherzustellen. Schwangerschaftsabbrüche müssen als normale
3664 kassenärztliche Leistung abgerechnet werden.
- 3665 ● **Alltagssexismus und Patriarchat überwinden:** Voraussetzung für eine
3666 gleichberechtigte Gesellschaft ist es, sexistische Diskriminierungen,
3667 Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormte Bilder und Vorbilder
3668 zurückzudrängen. Wir wollen die einschränkende Dominanz dieser
3669 Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für die individuelle Entfaltung
3670 schaffen. Dazu arbeiten wir eng mit feministischen Initiativen zusammen.
3671 Gerade Bildungseinrichtungen sind ein zentraler Ort, um Sexismus und
3672 Rollenklischees gezielt etwas entgegenzusetzen. Dazu müssen Lehr- und
3673 Lernmaterialien angepasst, Lehr- und Erziehungskräfte qualifiziert werden.
3674 Gerade in der Arbeit mit Jungen und Männern muss Antisexismus und
3675 Geschlechtergerechtigkeit einen höheren Stellenwert erhalten, um
3676 übergriffiges Verhalten zu überwinden.
- 3677 ● **Vor geschlechtsspezifischer Gewalt schützen:** Jeden dritten Tag wird in
3678 Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-)Partner ermordet. Jede dritte Frau in

3679 Deutschland erlebt im Laufe ihres Lebens sexualisierte Gewalt, Sexismus ist
3680 ein Alltagsphänomen in unserer Gesellschaft.
3681 Mit der seit 2018 auch in Deutschland rechtsgültigen Istanbul-Konvention, dem
3682 Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt
3683 gegen Frauen* und häuslicher Gewalt, sind die rechtlichen
3684 Rahmenbedingungen gegeben, um gegen Hass und Gewalt gegen Frauen*
3685 vorzugehen. Doch in Hessen fehlt weiterhin eine unabhängige Monitoringstelle.
3686 An der Unterfinanzierung der Hilfseinrichtungen hat sich in den vergangenen
3687 fünf Jahren leider wenig getan, oft sind bei Fachberatungsstellen weder
3688 Urlaubs- noch Krankheitsvertretungen möglich. Hessische Frauen*häuser
3689 brauchen eine bessere personelle und sächliche Ausstattung sowie
3690 Barrierefreiheit. Mehr Landesmittel für die Förderung und den Ausbau von
3691 Beratungsangeboten für Mädchen und Frauen* mit Erfahrungen sexualisierter
3692 Gewalt sowie für die Arbeit mit Täter*innen ist erforderlich. Zur Verstetigung der
3693 Arbeit ist die unverzügliche Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für
3694 die Fachberatung erforderlich. Wir brauchen ein Landesinvestitionsprogramm
3695 für mehr Schutzräume in Frauen*häusern und -wohnungen und ausreichend
3696 Belegungsrechte bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, um Frauen*
3697 nach dem Frauen*haus angemessen unterbringen zu können. Wegweisungen
3698 als ordnungsrechtliches Mittel sind zu stärken und die Fristen zu verlängern,
3699 damit Täter*innen und nicht die Gewaltbetroffenen die gemeinsame Unterkunft
3700 verlassen müssen. Verwaltung, Polizei und Justiz brauchen effektive
3701 Fortbildungen, für die Polizei ist ein landesweites Konzept für eine
3702 Hochrisikoanalyse mit wirksamen Maßnahmen zu schaffen. Wir verlangen die
3703 Einrichtung einer landesweiten Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung,
3704 damit nach sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung eine gute medizinische
3705 Betreuung gewährleistet ist und Täter*innen auch mit zeitlichem Abstand zur
3706 Verantwortung gezogen werden können.

- 3707 ● **Sexarbeitende unterstützen:** Freiwillig in der Sexarbeit Tätige müssen in
3708 ihren Arbeitsrechten gestärkt werden. Betroffene von Menschenhandel und
3709 Zwangsprostitution brauchen ein uneingeschränktes Bleiberecht und
3710 passgenaue Ausstiegsbegleitung.
- 3711 ● **Freiräume für Mädchen und Frauen* erkämpfen:** Zur Förderung der
3712 Gleichberechtigung muss Frauen*- und Gleichstellungspolitik weiterhin ein
3713 eigenständiger Politikbereich bleiben, mit entsprechenden personellen,
3714 materiellen und finanziellen Ressourcen. Gerade selbstverwaltete Frauen*
3715 und Mädchenprojekte bieten vielseitige Angebote und sind als Orte der
3716 Selbstorganisation und des Erfahrungsaustausches von Frauen* bzw.
3717 Mädchen unverzichtbar.
3718 Wir wollen spezifisch an den Lebenslagen von Mädchen ausgerichtete
3719 pädagogische Angebote, die sie bei der Entwicklung von Selbstständigkeit und
3720 Selbstbewusstsein gegen Rollenklischees unterstützen, besonders fördern.

3721 10.2. Unser Geschlecht, unsere Sexualität, unsere Freiheit

3722 Für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wurden in den letzten Jahren einige
3723 Fortschritte erkämpft, aber die vollständige Gleichberechtigung, Gleichstellung und
3724 Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sind leider noch nicht erreicht. Wir
3725 wollen eine Gesellschaft, die frei von Diskriminierung und Belästigung ist, in der alle
3726 Lebens- und Beziehungsentwürfe gleichgestellt sind. Hierfür engagieren wir uns
3727 weiter, zusammen mit vielen Verbündeten aus der LSBTIQA*-Community (lesbische,
3728 schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, queere und asexuelle Personen).

3729 DIE LINKE will:

- 3730 ● **Queere Unterstützung und Beratung auch im ländlichen Raum:**
3731 Beratungsstellen, die sich Aufklärung und Unterstützung von geschlechtlicher
3732 und sexueller Vielfalt widmen, konzentrieren sich weitgehend auf die größeren
3733 Städte in Hessen. Dieses Stadt-Land-Gefälle muss überwunden werden und
3734 die Finanzierung dezentrale Anlaufpunkte sicherstellen.
- 3735 ● **AIDS-Hilfen und Community-Projekte besser unterstützen:**
3736 Selbstorganisierte und von der Community getragene Initiativen, Projekte und
3737 Veranstaltungen wollen wir als Beispiele gelebter Vielfalt fördern. Die AIDS-
3738 Hilfen sind längst zentrale Beratungs- und Anknüpfungspunkte über die HIV-
3739 Prävention hinaus. Sie brauchen eine angemessene und verlässliche
3740 Finanzierung für ihre vielfältige Arbeit.
- 3741 ● **Queerfeindlichkeit entschieden entgegnetreten:** Immer wieder kommt es zu
3742 verbalen oder körperlichen Angriffen auf offen queer lebende Menschen in
3743 Hessen. Wie bei anderen Formen der Hasskriminalität braucht es hier in erster
3744 Linie eine deutliche Ächtung und Widerstand durch die Zivilgesellschaft und
3745 deren Solidarität. Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz müssen im Umgang
3746 mit dem Thema sensibilisiert werden. Community getragene Safe Spaces
3747 wollen wir unterstützen.
- 3748 ● **Geschlechtsneutrale Sprache fördern:** Sprache prägt das Bewusstsein.
3749 Öffentliche Stellen sollten deshalb eine Sprache wählen, die weder ausgrenzt
3750 noch verletzt.
- 3751 ● **Diskriminierungsschutz ausweiten:** Wir wollen den Schutz vor
3752 Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation, sexuellen Identität und
3753 Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Mit unserem Entwurf
3754 eines Hessischen Antidiskriminierungsgesetzes haben wir einen konkreten
3755 Vorschlag unterbreitet, wie eine rechtliche Umsetzung in Hessen gelingen
3756 könnte.

3757 10.3. Unser Leben: inklusiv und barrierefrei

3758 Menschen sind nicht behindert und sie haben auch keine Behinderung, sondern sie
3759 werden behindert. Selbstbestimmt zu leben bedeutet, nicht durch Barrieren an einer

3760 selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert zu sein. Die UN-
3761 Behindertenrechtskonvention verlangt zurecht einen vollständigen Abbau dieser
3762 Barrieren.

3763 Eine solche Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den
3764 Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, Fahrrad und Kinderwagen, für
3765 alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in
3766 Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen, Älteren, Menschen
3767 mit Lernbeeinträchtigung, aber auch allen anderen besser, ihre Rechte zu verstehen
3768 und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern und gesellschaftlich teilzuhaben.

3769 DIE LINKE will:

- 3770 ● **Beteiligung und gleiche Rechte durchsetzen:** „Nichts über uns ohne uns“
3771 heißt eine Forderung der selbstbestimmten Behindertenbewegung. DIE LINKE
3772 will gemeinsam mit den Menschen und ihren Verbänden die Grundlagen dafür
3773 schaffen und verbessern. Wir fordern die vorbehaltlose Umsetzung der UN-
3774 Behindertenrechtskonvention in Hessen auf Landes- und kommunaler Ebene.
3775 Ein verbindlicher Aktionsplan für Hessen ohne Kostenvorbehalt, mit
3776 überprüfbaren Zielen und Fristen muss erarbeitet und verwirklicht werden.
3777 Solche Aktionspläne braucht es auch in den Städten und Gemeinden, für die
3778 Umsetzung stellt das Land finanzielle Mittel zur Verfügung. Wir fordern
3779 öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, um auf allen Ebenen das Verständnis für
3780 Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer
3781 Würde zu unterstützen.
- 3782 ● **Zugang garantieren:** Die Gestaltung öffentlicher Räume muss in jeder
3783 Hinsicht die Bedürfnisse von Menschen mit Inklusionsbedarf berücksichtigen,
3784 zum Beispiel auch Ruhe- und Rückzugsräume. Orientierungshilfen wie zum
3785 Beispiel Blindenleitsysteme müssen verbindlich vorgeschrieben werden, hierzu
3786 muss in jedem Planungsschritt auf die Kompetenzen von betroffenen
3787 Verbänden zurückgegriffen werden. Digitale Anwendungen und Formulare der
3788 öffentlichen Verwaltung müssen vollständig barrierefrei sein. Haltestellen und
3789 Bahnhöfe des öffentlichen Nahverkehrs sind schnellstmöglich barrierefrei
3790 umzubauen. Wir wollen zusätzlich zur existierenden Förderung für den Umbau
3791 von barrierefreiem Wohneigentum ein Landesprogramm zum Umbau von
3792 Mietwohnungen auf den Weg bringen.
- 3793 ● **Barrieren bei Arbeit und Bildung abbauen:** Die Trennung von Menschen mit
3794 und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein Ende haben. Dazu
3795 müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet und Nachteilsausgleiche
3796 ausgeweitet werden (s. Kapitel „Unsere Bildung gerechter“). Auch im
3797 Berufsleben wollen wir Sonderzonen zurückdrängen. Das Budget für Arbeit
3798 wollen wir stärken, die gesetzliche Deckelung aufheben und als Instrument für
3799 die reguläre Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten
3800 Arbeitsmarkt nutzen. Mentoring muss gefördert werden, um mehr Menschen
3801 zum Schritt in den ersten Arbeitsmarkt zu ermutigen. Mit Förderprogrammen

3802 wollen wir mehr für barrierefreie Arbeitsplätze tun. Schrittweise wollen wir eine
3803 tarifliche Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf
3804 Außenarbeitsplätzen, einführen. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an
3805 Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an
3806 Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben
3807 werden.

3808 Um die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu bewältigen, benötigen wir
3809 zudem mehr Menschen mit inklusionsbezogenen Kompetenzen. Übersetzende
3810 für Gebärdensprache und andere Assistenzleistungen für spezifische
3811 Beeinträchtigungen fehlen in Hessen vielerorts. Hier braucht es
3812 Ausbildungsgänge, Qualifizierungs- und Studienangebote, um Teilhabe über
3813 Assistenz Realität werden zu lassen. Assistenzleistungen müssen
3814 angemessen vergütet und über staatliche Mittel statt durch die Betroffenen
3815 refinanziert werden.

3816 ● **Gesundheitsversorgung und Betreuung verbessern:** Der barrierefreie
3817 Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung. Arztbesuche
3818 dürfen nicht an unzugänglichen Praxen scheitern. Daher wollen wir den
3819 barrierefreien Umbau festlegen und hierfür Fördermittel bereitstellen.

3820 Wer in stationären Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür
3821 und Gewalt. Insbesondere Frauen* und Mädchen mit Behinderung sind hier
3822 einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Menschen mit Behinderung müssen die
3823 Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und
3824 mit wem sie leben. Sie sollen nicht verpflichtet sein, in besonderen
3825 Wohnformen zu leben. Dafür wollen wir einkommens- und
3826 vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage fördern und
3827 die erforderlichen Hilfsmittel bedarfsgerecht bereitstellen. Die Betroffenen
3828 sollen das Recht haben, ihre Pflegekräfte selbst zu wählen.

3829 ● **Barrierefreier Zugang zu Information:** Der Zugang zu Information und
3830 Kommunikation muss barrierefrei sein, damit Inklusion gelingen kann. Die
3831 besten Expert*innen auf diesem Weg sind die Betroffenen selbst. Wir wollen
3832 Hilfsangebote, in denen Menschen mit Behinderung mitarbeiten, besonders
3833 fördern und ausbauen.

3834 ● **Den Landeswohlfahrtsverband (LWV) besser finanzieren:** In Hessen nimmt
3835 der LWV eine wichtige Rolle in der Inklusion ein. Wir wollen ihn und seine
3836 Strukturen erhalten und sprechen uns für eine solidarische Finanzierung von
3837 Land, kreisfreien Städten und Landkreisen aus. Um die finanziellen
3838 Belastungen für die Kommunen zu reduzieren, muss der Landesanteil deutlich
3839 angehoben werden.

3840 ● **Teilhabeleistungen rechtssicher ausgestalten:** Nach langjährigem Drängen
3841 durch Verbände und LINKE hat Hessen seit 2021 endlich neben dem
3842 Blindengeld auch Mehrbelastungsausgleiche für Gehörlose und taubblinde
3843 Menschen eingeführt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die
3844 Ausgleichszahlungen deutlich erhöht und die gesetzliche Grundlage entfristet

3845 wird, um Rechtssicherheit für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen
3846 herzustellen.

3847 10.4. Unsere Welt: grenzenlos solidarisch

3848 Auf den Sommer der Migration folgte ein Herbst der Abschottung und ein langer Winter
3849 der Brutalisierung im Vorgehen gegen Schutzsuchende. Immer höhere Grenzzäune,
3850 tausende Tote im Mittelmeer, dem Atlantik und der Sahara, Elendslager auf den
3851 griechischen Inseln und entlang der Balkanroute sowie fortschreitende Entrechtung,
3852 Kriminalisierung und Isolation auch in Europas geographischer Mitte. Dies ist die
3853 traurige Realität der europäischen Asylpolitik. Hessen reiht sich mit seiner
3854 unrühmlichen Unterbringungspraxis in Quasi-Ankerzentren, restriktiver
3855 Gesetzesauslegung sowie einer aggressiven Abschiebepolitik in die globale
3856 Abschreckungskette ein. Familien werden auseinandergerissen, Aufenthalts- und
3857 Arbeitserlaubnisse aus fadenscheinigen Gründen versagt, das Land leistet sich das
3858 drittgrößte Abschiebegefängnis in der Bundesrepublik.

3859 Doch die Reaktion der Europäischen Union auf die durch den Ukraine-Krieg
3860 ausgelösten Fluchtbewegungen haben gezeigt: eine andere Asylpolitik ist möglich- in
3861 der EU und in Hessen!

3862 Erstmals seit ihrem Bestehen wurde die sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“
3863 durch den Rat der Europäischen Union aktiviert, die eine schnelle und unbürokratische
3864 Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ermöglicht hat. Das zivilgesellschaftliche
3865 Engagement und die schnelle Handlungsbereitschaft von Kommunen hat dafür
3866 gesorgt, dass viele Menschen schnell aufgenommen und versorgt werden konnten.
3867 Was für Menschen mit ukrainischem Pass gilt sollte für alle Menschen, die vor Armut,
3868 Krieg, Verfolgung und den Folgen des Klimawandels und der Globalisierung fliehen
3869 selbstverständlich sein: sichere Einreisemöglichkeiten, Aufenthaltsrecht und
3870 Freizügigkeit innerhalb Europas, sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Schule und
3871 zu Sprachkursen. Dezentrale Unterbringung statt der Isolation in Lagern, Zugang zu
3872 regulären Sozialleistungen und medizinischer Versorgung. All das sollte für alle
3873 Schutzsuchenden selbstverständlich sein, denn es gibt keine Geflüchteten erster und
3874 zweiter Klasse!

3875 DIE LINKE will:

- 3876 ● **Sichere Fluchtwege:** Landespolitische Spielräume müssen genutzt werden,
3877 um Schutzsuchende aufzunehmen. Kommunen sollen bei der Aufnahme
3878 unterstützt werden. Es braucht zudem umfassende Aufnahmekontingente über
3879 das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des
3880 Visumszwangs für Schutzsuchende.
- 3881 ● **Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden:**
3882 Die Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir auflösen, und die Menschen in
3883 kleineren, dezentralen Unterkünften und Wohnung unterbringen. Für
3884 Gemeinschaftsunterkünfte muss es verbindliche Mindeststandards und eine

3885 einheitliche und angemessene Gebührenordnung geben. Die Unterkünfte für
3886 besonders vulnerable Schutzsuchende wollen wir ausbauen und mit
3887 ausreichend geschultem Personal ausstatten. Wohnraumbörsen sollen
3888 Geflüchtete bei der Wohnungssuche unterstützen. Wohnsitzauflagen und die
3889 Residenzpflicht wollen wir abschaffen.

3890 ● **Zugang zur medizinischen Versorgung ab dem ersten Tag:** Wir wollen uns
3891 auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das diskriminierende
3892 Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird. Asylsuchende sollen eine
3893 elektronische Gesundheitskarte bekommen und die Kostenübernahme von
3894 Sprachmittlung durch die Krankenkassen erfolgen. Die psychosoziale
3895 Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte muss
3896 ausgebaut und längerfristig finanziert werden.

3897 ● **Sofortiger Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende:** Arbeitsverbote wollen
3898 wir abschaffen und Neuankommenden die Erwerbstätigkeit ab dem ersten Tag
3899 ermöglichen.

3900 ● **Deutschkurse für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus:** Die
3901 bestehenden Angebote müssen ausgebaut werden und für alle Zugewanderten
3902 offenstehen.

3903 ● **Faire Asylverfahren und gute Beratungsstrukturen:** Unabhängige Rechts-
3904 und Verfahrensberatung muss flächendeckend ausgebaut und nachhaltig
3905 finanziert werden.

3906 ● **Bleiberecht statt Abschiebung:** Es braucht eine Stichtag-unabhängige und
3907 vereinfachte Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete, spätestens nach 5
3908 Jahren Aufenthalt. Abschiebungen und Abschiebungshaft lehnen wir ab.
3909 Insbesondere fordern wir einen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete-
3910 dieser kann und muss auf Landesebene verhängt werden. Abschiebungen aus
3911 Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern sollen
3912 verboten werden. Die Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt-Eberstadt muss
3913 geschlossen werden und die Mittel einer unabhängigen Rechtsberatung zu
3914 Gute kommen.

3915 ● **Umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches**
3916 **Einwanderungsrecht:** Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall
3917 des Geburtsorts oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. Wir
3918 setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und
3919 solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von
3920 Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.

3921 ● **Fluchtursachen effektiv bekämpfen:** Wir wollen die Verhältnisse verändern,
3922 die immer wieder zur Flucht zwingen und Hilfe notwendig machen. Statt weiter
3923 systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie
3924 Armut zu exportieren, wollen wir deshalb globale Ungerechtigkeiten
3925 überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und
3926 Menschen in Not effektiv helfen.

3927 10.5. Unser Hessen: vielfältig und gleichberechtigt

3928 Hessen ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Orten und so vielfältig wie noch
3929 nie. Mehr als ein Drittel aller Hess*innen haben eine Migrationsgeschichte. Menschen
3930 aus 180 Nationen sind hier zuhause. Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern
3931 Alltag vieler Menschen und eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.

3932 Leider erschweren Diskriminierungen in Institutionen, Schulen, auf dem Arbeits- und
3933 Wohnungsmarkt aufgrund von Aussehen, Namen oder Religionszugehörigkeit vielen
3934 Menschen das Leben. Viele Einwander*innen arbeiten als Ungelernte, in Leiharbeit
3935 oder werden mit Dumpinglöhnen, Scheinselbstständigkeit und halblegaler
3936 Unterbringung ausgebeutet. Menschen mit Migrationsgeschichte leiden häufig unter
3937 Mehrfachdiskriminierung, Stigmatisierung und Ausbeutung. Die ältere Generation lebt
3938 besonders häufig in Altersarmut. Der schulische und berufliche Werdegang der Kinder
3939 ist oft aufgrund ihrer Herkunft erschwert.

3940 DIE LINKE tritt für ein weltoffenes Land und ein solidarisches Miteinander ein. Wir
3941 stellen uns dagegen, wenn Beschäftigte und Rentner*innen gegen Menschen, die vor
3942 Armut, Unterdrückung, den Folgen der Klimakatastrophe und Krieg fliehen,
3943 gegeneinander ausgespielt werden. Stattdessen setzen wir uns für eine gerechtere
3944 Verteilung von Reichtum und Ressourcen ein.

3945 Wir wollen, dass alle Menschen, die hier dauerhaft leben, rechtlich, politisch und sozial
3946 gleichgestellt werden und unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten können. Rassismus,
3947 Diskriminierung und Ausbeutung dürfen in Hessen keinen Platz haben.

3948 DIE LINKE will:

3949 ● **Uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt**
3950 **dauerhaft in Hessen haben:** Die Selbstorganisation von Migrant*innen, die
3951 kommunalen Ausländerbeiräte, sowie ihren Dachverband auf Landesebene
3952 wollen wir stärken und ausbauen.

3953 ● **Eine aktive Antidiskriminierungspolitik:** Wir wollen ein flächendeckendes
3954 Angebot an unabhängigen Beratungsstellen schaffen. Um bestehende Lücken
3955 im rechtlichen Diskriminierungsschutz zu schließen, wollen wir ein Landes-
3956 Antidiskriminierungsgesetz einführen, damit auch Diskriminierung durch
3957 staatliche Stellen geahndet werden kann.

3958 ● **Bildungsbenachteiligung abbauen:** Die Chancengleichheit muss durch
3959 frühkindliche Bildungsangebote, gute schulische Förderung und gezielte
3960 Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Schulen müssen
3961 besser auf sprachlich vielfältige Schulklassen und eine Schüler*innenschaft mit
3962 zahlreichen Migrationsbiographien ausgerichtet werden. Der
3963 herkunftssprachliche Schulunterricht muss aufgewertet und als gleichwertiges
3964 Schulfach angeboten werden.

3965 ● **Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt abbauen:** Berufsqualifikationen aus
3966 dem Ausland müssen unbürokratisch anerkannt werden und ein ausreichendes
3967 Angebot für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen

- 3968 geschaffen werden. Wir wollen wirksame Strategien gegen die Diskriminierung
3969 bei Auswahlprozessen entwickeln und die Öffentlichkeit besser für bestehende
3970 Benachteiligungen sensibilisieren.
- 3971 ● **Besseren Zugang zum Gesundheitssystem und zur Pflege ermöglichen:**
3972 Wir wollen speziell für den medizinischen Bereich geschulte Sprachmittlung
3973 einführen, die für Patient*innen kostenfrei ist. Eingewanderte Senior*innen
3974 brauchen eine kultursensible Altenpflege. Alle Menschen, unabhängig von
3975 Herkunft oder Religion, müssen Anspruch auf umfassende medizinisch-
3976 pflegerische Versorgung haben. Hessen soll im Bundesrat eine Initiative
3977 starten, um das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.
3978 Auch Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sollen
3979 Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können, ohne ihre Abschiebung
3980 zu riskieren. Hierzu sehen wir die Schaffung von Clearingstellen und einen
3981 Behandlungsfonds vor, der im Wege eines anonymen Behandlungsscheins
3982 Zugang zur medizinischen Versorgung ermöglicht.
 - 3983 ● **Eine Einbürgerungskampagne und beschleunigte Einbürgerungen:**
3984 Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung müssen abgebaut werden. Den Zwang,
3985 die bisherige Staatsangehörigkeit abzugeben, wollen wir beseitigen.
 - 3986 ● **Landesverwaltung interkulturell öffnen:** Die Mitarbeiter*innen der
3987 Landesverwaltung müssen sich interkulturell weiterbilden können, zugleich ist
3988 der Anteil an Bediensteten mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Die
3989 Behördenkultur muss den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft
3990 Rechnung tragen. Wir wollen, dass alle Einwohner*innen in Hessen
3991 gleichberechtigt und ungehindert öffentliche Dienstleistungen in Anspruch
3992 nehmen können.
 - 3993 ● **Religions- und Weltanschauungsfreiheit sicherstellen:** Hessens Vielfalt
3994 wollen wir verteidigen. Verbote von Sakralbauten sowie von religiös motivierter
3995 Kleidung und eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser
3996 Grundlage lehnen wir ab. Wir streben einen Ethikunterricht für alle
3997 Schüler*innen an. Soweit bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen
3998 angeboten wird, muss diese Möglichkeit für alle Religionsgemeinschaften
3999 bestehen. Der Stigmatisierung von Menschen wegen ihres Glaubens stellen
4000 wir uns entschieden entgegen.
 - 4001 ● **Reguläre Migrationswege schaffen:** Der Familiennachzug muss
4002 beschleunigt und vereinfacht werden. Das Land muss rechtliche Spielräume
4003 ausnutzen, um besonders schutzbedürftige Personen aus dem Ausland
4004 aufzunehmen. Arbeitnehmer*innen und Auszubildende brauchen
4005 Aufenthaltserlaubnisse, die unabhängig von Beschäftigungsdauer und
4006 Arbeitgeber*innen sind, dabei soll es flächendeckende Kontrollen zur
4007 Durchsetzung des Mindestlohns geben.

4008

11. Unser Gemeinwesen gerecht finanzieren

4009 Unser Leitbild ist ein soziales, gerechtes und demokratisches Gemeinwesen, wie es
4010 im Grundgesetz und Hessischer Verfassung als verfassungsrechtlicher Auftrag
4011 festgehalten ist. Ein leistungsfähiger und auskömmlich finanzierter Staat hat die
4012 Aufgabe, soziale Sicherheit, bürgerfreundliche Dienstleistungen und eine gut
4013 ausgebaute öffentliche Infrastruktur (Öffentlicher Nahverkehr, Schulen und
4014 Hochschulen, Sportstätten) zu gewährleisten. Um notwendige öffentliche Ausgaben
4015 zu tätigen, setzt sich DIE LINKE für die Herstellung eines sozial gerechten
4016 Steuersystems ein, in dem Reiche und Vermögende endlich gerechter besteuert
4017 werden. Nur Reiche und Wohlhabende können sich einen armen Staat leisten.
4018 Bundesweit waren Einkommen und Vermögen noch nie so ungleich verteilt wie heute.
4019 Immer größere Vermögen haben sich in immer weniger Händen konzentriert: Zwei
4020 Drittel aller Vermögen sind in der Hand der oberen 10 Prozent der Bevölkerung. Allein
4021 die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der
4022 Bevölkerung zusammengenommen. Auch in Hessen klafft die soziale Schere immer
4023 weiter auseinander. Während die Armut Höchststände erreicht, wächst die Zahl der
4024 Einkommensmillionäre kontinuierlich. Mittlerweile zählen in Hessen über 2000
4025 Menschen dazu.
4026 Privater Reichtum und öffentliche Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. In
4027 Hessen besitzt eine einzige Familie ein Vermögen, das halb so groß ist wie die
4028 Schulden des ganzen Bundeslandes.

4029

11.1. Unser Geld: Sozial gerecht Umsteuern

4030 Unsere Forderungen sind finanzierbar, wenn hohe Einkommen, große Vermögen und
4031 Konzerne endlich gerecht besteuert werden. Dazu muss u.a. die Vermögensteuer
4032 wieder erhoben werden, die den Haushalten der Bundesländer zu Gute kommt. Die
4033 Verbesserung des Landeshaushalts kann nicht durch das Kürzen öffentlicher
4034 Leistungen, sondern nur durch die Erhöhung der Einnahmen sinnvoll und wirksam
4035 stattfinden. Ähnlich den Kataster- und Grundbuchämtern ist auf Bundesebene ein
4036 Vermögensregister aufzubauen, um Vermögen und abgeleitet die Steuerlast
4037 feststellen zu können. Gleichzeitig wollen wir auf kostspielige, ökologisch und
4038 ökonomisch fragwürdige Projekte, wie den Betrieb des Regionalflughafens Kassel-
4039 Calden verzichten. Zusätzliche und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze führen zu
4040 höheren Steuereinnahmen und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben. Zusätzliche
4041 Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere Forderungen zur Steigerung der
4042 Einkommen der Beschäftigten (insbesondere Mindestlöhne, ein Tariftrueugesetz,
4043 welches seinen Namen verdient und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen) durchgesetzt
4044 werden.
4045 Eine solche Politik fußt auf den Grundlagen der Hessischen Verfassung. So heißt es
4046 in Art. 38 HV: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen
4047 Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das

4048 Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung,
4049 Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil
4050 an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu
4051 schützen.“

4052 DIE LINKE fordert die Schlagkraft der hessischen Steuerverwaltung weiter zu
4053 verstärken. Die Deutsche Steuergewerkschaft hat errechnet, dass jede*r
4054 Betriebsprüfer*in etwa 1,6 Millionen Euro für das allgemeine Steueraufkommen aus
4055 nachzuzahlenden geschuldeten Steuern erwirken kann. DIE LINKE will aus Gründen
4056 der Steuergerechtigkeit und zur Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und
4057 Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen
4058 (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung intensivieren. Ziel muss es sein, die
4059 Steuerverwaltung in die Lage zu versetzen, gerade am Banken- und Finanzplatz
4060 handlungsfähig zu sein. Großbetriebe in Hessen müssen regelmäßig geprüft werden.
4061 Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich. Wir wollen
4062 Steuer-CDs ankaufen, um Steuerhinterzieher zu verfolgen und zu bestrafen.

4063 DIE LINKE will eine Bestandsaufnahme der bisherigen Privatisierungsprojekte, um zu
4064 prüfen, inwieweit das düstere Erbe der Ära Roland Koch in Form von teuren Sale-and-
4065 Lease-Back-, PPP- und ähnliche Projekten wieder rückgängig gemacht und
4066 Staatsausgaben gesenkt werden können.

4067 DIE LINKE will:

- 4068 ● **Eine sozial gerechte Steuerpolitik:** Das fordern wir auch auf Bundesebene.
- 4069 ● **Eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen für die Wiedereinführung**
4070 **der Vermögenssteuer als Millionärssteuer.**
- 4071 ● **Eine Reform der Erbschaftssteuer und Erhebung einer**
4072 **Börseumsatzsteuer.**
- 4073 ● **Die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer:**
4074 So kann die Finanzsituation der Kommunen verbessert werden..
- 4075 ● **Die Überwindung der sogenannten Schuldenbremse:** Sie setzt einseitig auf
4076 Ausgabenkürzungen und behindert sinnvolle Kreditaufnahme für langfristige
4077 Infrastrukturinvestitionen.

4078 11.2. Für Investitionen in unsere Zukunft

4079 Für eine gute Zukunft jetziger und kommender Generationen ist eine gut ausgebaute
4080 öffentliche Infrastruktur unerlässlich. Generationengerechtes Handeln bedeutet für
4081 uns, unsere Schulen und Hochschulen zu sanieren, den öffentlichen Nahverkehr
4082 auszubauen und bezahlbares und klimagerechtes Wohnen zu ermöglichen.

4083 Das Instrument der sogenannten Schuldenbremse steht diesem Ansinnen
4084 fundamental entgegen, weil es de facto als Kreditverbot für öffentliche Haushalte wirkt.
4085 Eine ganz große Koalition aus CDU, SPD, Grüne und FDP hat das Kreditverbot und
4086 dessen Aufnahme in die Landesverfassung bei der Volksabstimmung 2011

4087 durchgesetzt. In den 2010er Jahren diente die Schuldenbremse den Regierenden als
4088 Vorwand für Sozialabbau und Privatisierung und Kürzung von öffentlichen Leistungen.
4089 Mit der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass die Schuldenbremse auch entschlossenes
4090 Handeln in der Krise erschwert. Das Scheitern der Schuldenbremse manifestiert sich
4091 auch darin, dass die Regierenden in der Krise nicht darum herum kamen, die
4092 Schuldenbremse wenigstens zeitweise auszusetzen.

4093 Für DIE LINKE bleibt die Schuldenbremse ein Kreditverbot, das öffentliche
4094 Investitionen und entschlossenes Handeln in der Krise behindert. Laufende Ausgaben
4095 im Landeshaushalt zur Stärkung der sozialen Sicherheit und höhere
4096 Personalausgaben wollen wir über eine gerechtere Steuerpolitik finanzieren. Mit einer
4097 erleichterten Kreditaufnahme gilt es, öffentliche Investitionen in die Zukunft zu
4098 realisieren und Handlungsspielräume für Krisenzeiten zu schaffen.

4099 Tatsächlich rächt es sich heute, dass vor allem dort gekürzt wurde, wo sich die Folgen
4100 des vermeintlichen Sparkurses erst später auswirken würden: bei den Investitionen
4101 und bei der Personalausstattung. Die „Schwarze Null“ war für alle Landesregierungen
4102 immer ein wichtiges Ziel. Das Ergebnis ist katastrophal: Viele Schulen,
4103 Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder und andere Bereiche der öffentlichen
4104 Infrastruktur sind marode. Die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise
4105 und Gemeinden ist vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht
4106 ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen
4107 gezwungen hat. An allen Enden fehlt es an Personal, um den alltäglichen Aufgaben
4108 gerecht zu werden: Termine sind bei Ämtern nur schwer zu bekommen, die
4109 Planungsämter sind überfordert und Baumaßnahmen stocken, der Mangel an
4110 Ressourcen und Personal ist unübersehbar.

4111 DIE LINKE setzt sich für ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm ein,
4112 um unsere öffentliche Infrastruktur, unsere Schulen, Kindertagesstätten,
4113 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen auch für kommende Generationen
4114 nachhaltig zu erhalten und auszubauen. Damit wollen wir auch dringend benötigte
4115 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich schaffen. DIE
4116 LINKE setzt sich dafür ein, die Umsetzung des Milliarden-Investitionsprogramms
4117 durch entsprechende Personalausstattung sicherzustellen.

4118 DIE LINKE will:

- 4119 ● **Schulgebäude sanieren:** Es herrscht ein gravierender Sanierungsstau in
4120 hessischen Schulen. Schlecht ausgestattete oder gar baufällige Schulen sind
4121 eine schwere Hypothek für die Zukunft der jungen Generation. Für ein sozial
4122 gerechtes Bildungswesen ist es unerlässlich, die dringend notwendige
4123 Sanierung anzugehen und es sind die baulichen Voraussetzungen für neue
4124 Aufgaben zu schaffen, wie etwa Ganztagsunterricht, modernen Fachunterricht
4125 in gut ausgestatteten Räumen und für Maßnahmen, die die Inklusion von
4126 Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen erlauben.
- 4127 ● **Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau:** Das Land muss die
4128 Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen für alle als zentrale öffentliche Aufgabe

4129 begreifen. Wir wollen eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau. Private
4130 Marktteilnehmer*innen haben hier völlig versagt.

4131 ● **Krankenhäuser und Pflege:** Seit Jahren kommt das Land seiner Verpflichtung
4132 nicht nach, die Mittel für Investitionen in öffentliche Krankenhäuser und
4133 Pflegeeinrichtungen zu finanzieren. Das wollen wir ändern.

4134 ● **Öffentliche Verkehrsangebote ausbauen:** Statt immer mehr Straßen zu
4135 bauen und damit noch mehr Autoverkehr hervorzurufen, muss in den Ausbau
4136 des öffentlichen Personennahverkehrs investiert werden. Die Verkehrswende
4137 ist wichtig für Menschen, die sich kein Auto leisten können oder die aus
4138 Umweltschutzgründen kein Auto fahren wollen, für unser aller Gesundheit und
4139 für die Abwendung einer Klimakatastrophe.

4140 ● **Finanzlage der Kommunen stärken:** Die Finanzlage der Städte und
4141 Gemeinden muss deutlich verbessert werden. Es darf keine Verlagerung von
4142 Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich geben.

4143 ● **Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und keine ÖPP-Projekte:** Die
4144 Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie öffentlich-private-Partnerschaften
4145 lehnen wir ab. Ehemals kommunale Einrichtungen, die in den vergangenen
4146 Jahren an private Betreiber*innen verkauft wurden, sollen wieder in öffentliches
4147 Eigentum zurückgeholt werden (Rekommunalisierung). Damit soll die
4148 öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge für alle Menschen
4149 gestärkt werden. Die sogenannte Schuldenbremse steht notwendigen
4150 öffentlichen Investitionen im Wege, weshalb wir sie überwinden wollen. Bis zur
4151 Abschaffung der Schuldenbremse aber sind wir gezwungen, Spielräume zu
4152 nutzen, um sie zu umgehen. Insbesondere mit unserer Initiative "Reparierte
4153 Schulen Gesetz", einem Programm für die Sanierung von Schulen, zeigen wir
4154 auf, dass auch unter Bedingungen der Schuldenbremse Möglichkeiten
4155 bestehen, öffentliche Investitionen zu realisieren. Wo ein politischer Wille ist, ist
4156 auch ein Weg für Investitionen in ein gerechtes Land.

4157 11.3. Geschlechtergerechter Haushalt geht uns alle an - Gender 4158 Budgeting

4159 Ein wesentliches Mittel, gleichstellungspolitische und feministische Politikansätze
4160 auch finanziell abzubilden, ist die geschlechtergerechte Haushaltsaufteilung (Gender
4161 Budgeting). Wir wollen daher im Landeshaushalt ein „Gender Budgeting“ einführen –
4162 das heißt, alle Haushaltsentscheidungen bezüglich ihrer Auswirkung auf die
4163 Geschlechter zu überprüfen, wie dies etwa in Berlin und Thüringen schon geschieht.

4164 12. LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag

4165 Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Hessischen Landtag vertreten. In dieser
4166 Zeit haben wir gemeinsam mit Bürger*innen, Gewerkschaften, Initiativen und
4167 außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht.

4168 Das zeigt, dass Druck von links auch aus der Opposition heraus Wirkung entfalten
4169 kann.

- 4170 ● Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung
4171 der Studiengebühren gegeben.
- 4172 ● DIE LINKE hat gemeinsam mit DGB, Mieterbund und Mieter*inneninitiativen
4173 erreicht, dass die Nassauische Heimstätte/ Wohnstadt nicht privatisiert wurde.
- 4174 ● Ohne DIE LINKE wäre die NS-Vergangenheit hessischer
4175 Landtagsabgeordneter nicht aufgeklärt worden. Erst durch uns wurde diese
4176 Aufarbeitung nach mehr als 60 Jahren in Gang gesetzt.
- 4177 ● Ohne den Druck der LINKEN wäre kein NSU-Untersuchungsausschuss
4178 eingesetzt worden, der die Rolle hessischer Behörden und Politiker*innen im
4179 Zusammenhang mit dem NSU-Komplex beleuchtet hat.
- 4180 ● Auch die Einsetzung der Untersuchungsausschüsse zum Terroranschlag von
4181 Hanau und zur Ermordung von Walter Lübcke ist von der LINKEN wesentlich
4182 mit vorangebracht worden.
- 4183 ● Gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat
4184 DIE LINKE ein Gutachten vorgelegt, wie das privatisierte Universitätsklinikum
4185 Gießen und Marburg (UKGM) wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt
4186 werden kann.
- 4187 ● Viele Forderungen, die DIE LINKE als erste in den Landtag eingebracht hat,
4188 wurden später zumindest teilweise umgesetzt – auch auf Druck von Initiativen
4189 und Gewerkschaften. Beispiele: Einführung Gehörlosen- und Taubblindengeld,
4190 hauptamtliche Kinderrechts- und Behindertenbeauftragte, Koordinierungsstelle
4191 zur Istanbul-Konvention, Sicherung der Ombudsstelle für Kinder- und
4192 Jugendrechte.
- 4193 ● DIE LINKE hat sich immer gegen die Verschärfung des Asylrechts und gegen
4194 Abschiebungen eingesetzt. Durch unsere Arbeit im Petitionsausschuss und in
4195 Solidaritätskomitees konnten wir einzelne Abschiebungen verhindern und
4196 Bleiberechtsregelungen erwirken.
- 4197 ● DIE LINKE hat die Forderungen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und
4198 Verbänden in den Landtag eingebracht und betriebliche Kämpfe im Landtag
4199 zum Thema gemacht.
- 4200 ● DIE LINKE hat Missstände benannt und öffentlich gemacht, kritische Fragen
4201 gestellt und politische Alternativen aufgezeigt.
- 4202 ● DIE LINKE hat Menschen gestärkt und unterstützt, die sich gegen die
4203 Verschlechterung ihrer Lebenssituation wehren und dagegen kämpfen, dass
4204 über ihre Köpfe hinweg regiert wird.
- 4205 ● DIE LINKE thematisiert regelmäßig Armut in Hessen und zeigt politische
4206 Alternativen auf.

4207 Dieses Engagement wollen wir gestärkt fortsetzen. Eine Stärkung der LINKEN in
4208 Hessen ist auch ein Signal für eine andere Politik im Bund und in den Kommunen. DIE

- 4209 LINKE ist in Hessen flächendeckend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten
4210 aktiv, mit kommunalen Fraktionen und vielen aktiven Mitgliedern vor Ort.
- 4211 Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden. Eine Stärkung der
4212 LINKEN in Hessen ist eine Unterstützung für all diejenigen Kräfte, die sich für einen
4213 grundsätzlichen Politikwechsel, für soziale Gerechtigkeit, für einen sozial-
4214 ökologischen Umbau sowie für Frieden und Solidarität einsetzen.